Nr. 259 28. Oktober 1993

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info


auswärts 3 DM

2,50 DM



Am 9. November 1918 besaß das deutsche Proletariat die gesamte politische Macht

Rechts oben: Das erste Exemplar „Die Rote Fahne", hergestellt in der von der revolutionären Arbeiterschaft besetzten reaktionären „Berliner Lokal-Anzeiger"-Druckerei



Ich hasse Berlin und die Schwaben aus ganzer Seele, es soll sie der Schlag treffen.
rosa l.

alles banane, oder?

Inhalt

Ordner
Tibetveranstaltungen
Presseerklärung Häusertage
Presseerklärung Demo Wolfsburg 8.10.
Faltblatt Antifaaktionswochen (Schwarzrot!!)
Protestwanderung in der Provinz
Prozeß wg. Hausbesetzung in Fuerth
Presseausschnitte zu Görlitz,
Wolfsburg und Detemerode.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

GESCHICHTE WIRD GEMACHT...

Zum 9. November



Seit 1989 darf am 9.11. wieder gefeiert werden. Dies Datum steht für den "Fall der Mauer" in Berlin, und die anschließende Einverleibung der DDR durch die BRD. Im weiteren Sinne also für den vorläufig konkurrenzlosen Sieg des Kapitalismus. Bis in linke Kreise hinein macht sich das Bewußtsein breit vom "Ende der Geschichte" (Francis Fukuyama). Aufbruchstimmung vermitteln lediglich noch die nationalistischen Rechten, die ihre Zeit gekommen sehen. Nicht ohne Grund planen die Euro-Rechten, grade am 9. November grade in Berlin ihre Fraktionssitzung durchzuführen.

Zumindest ein kritischer Teil der Öffentlichkeit bezieht dieses Datum auf den 9.11.1938, die sogenannte "Reichskristallnacht". Ein Ereignis, das historisch betrachtet, die systematische Vernichtung der europäischen JüdInnen einleitete und den Antisemitismus großer Teile der damaligen deutschen Bevölkerung dokumentierte.

Schon in den Jahren vor der Reichspogromnacht waren die Nazis bemüht, mit großem Pomp diesen Tag für sich in Beschlag zu nehmen: Gedacht wurde der "gefallenen Kameraden" des 9. November 1923. Damals wurde in München der Hitlerputsch niedergeschlagen, der geschichtsträchtig als "Marsch auf die Feldherrenhalle" die rechte Machtergreifung einleiten sollte. Bewußt auf diesen Tag gelegt, sollte er zur Tilgung dieses "Schanddatums" dienen, um die Erinnerung an Ereignisse auszulöschen, die u.a. von den NationalsozialistInnen als "Dolchstoß" interpretiert wurden. Denn: Der 9. November hat auch eine revolutionäre Geschichte.

9.11.1918.: Sturz der Monarchie, Karl Liebknecht ruft in Berlin die "Sozialistische Republik" aus, überall in Deutschland haben sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Dies markiert das Ende des 1.Weltkriegs.

Die Geschichte ist eine rückwärts blickende Prophetin

Wir wollen dies Datum als Anlaß nehmen für unseren Beitrag zur intensiveren Auseinandersetzung mit Geschichte, die innerhalb der Restlinken dringend Not tut. Wir verstehen dies nicht als "akademisches Gelaber", sondern gehen sogar davon aus, daß wir als Menschen im Kampf zu diesem Thema besondere Aspekte herausarbeiten können. Schließlich haben wir ein spezielles Erkenntnisinteresse. Sinn macht solche Theoriearbeit selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß sie Ergänzung und nicht Ersatz zu kontinuierlicher Praxis darstellt.

"Aus den Erfahrungen seines Schiffsbruchs lehrte er uns das Segeln"
(B. Brecht)

Geschichte hat in der Altlinken von je her große Bedeutung gehabt. Von (K-)Gruppen, die als reine Kopien historischer Vorgänger auftraten, bis zu denen, die Geschichte als fetten roten Faden verstanden, als dessen Zwischenetappe beinahe zwangsläufig der Sieg des "Proletariats" kommen würde.
Wir als Autonome haben nochmals unsere besonderen Schwierigkeiten. Oft wird alles nicht völlig dem eigenen Entsprechende in Bausch und Bogen verdammt. Übrig bleibt dann nur noch die ganz und gar eigene Geschichte. 15 Jahre Bewegungsdynamik, deren AktivistInnen derart vollständig aus dem Prozeß herausfielen, daß für Erinnerungsarbeit nur wenige übrigbleiben. "*Weil, was wir probieren wollten, kaum einen Erfolg gehabt hat, halten wir auch den Versuch nachträglich für peinlich*"(M. Wildenhain)
Gescheitert sind aber ALLE linken Ansätze, denn auf der ganzen Linie durchgesetzt hat sich der heutige Zustand (je nach Gewichtung bezeichnet als Imperialismus/Kapitalismus/ Patriarchat). Aus dieser Ausgangslage ziehen wir es vor, solidarisch Positives aus dem revolutionären Widerstand herauszuarbeiten und weiterzuentwickeln, statt vorrangig Abgrenzung zu betreiben.

Entscheidungen lassen sich durch Einsichten in Tatsachen nicht ersetzen. Aber ohne Hintergrundwissen ist alles nichts und läuft auf den verbreiterungsunfähigen Standpunkt hinaus, daß wir Widerstandsleistenden so sind, wie wir sind, weil wir in unserer völlig neuen Einzigartigkeit nicht anders konnten.

Und wer diese Erinnerungsarbeit für überflüssig hält, der/die sei darauf hingewiesen, daß grade der vorwärts orientierte Teil der Nazi-Szene, die Neuen Rechten, sich massiv der Umschreibung der Geschichte widmen. Auch diese haben die Bedeutung des Kampfes um "kulturelle Hegemonie" begriffen. Dies beinhaltet den ständigen Stellungskrieg um politische Einflußnahme, der in der Gesellschaft um einzelne Bereiche läuft. Grade die Interpretation der Geschichte und die damit verbundenen Weltanschauungen und Wertvorstellungen spielen hier eine große Rolle.

Veranstaltung:
"ZUR GESCHICHTE DES 9. NOVEMBERS"

Mo, 1.11. 19 Uhr LAZ (Crellestr.22,B-Schöneberg)

Die Veranstaltung wird durchgeführt im Rahmen der Antifa-Aktionstage und ist gedacht als Beitrag zur Mobilisierung zur 9. November-demo in Moabit ("Kein Vergessen-Eingreifen",9.11., 17 Uhr, Turmstraße beim Hertie)

TUN,WAS GETAN WERDEN MUSS
Antifa A&P
(c/o LAZ, Crellestr.22,10827 Berlin)
...organisiert in der



Behinderter am Bahnhof Schöneweide wurde erschlagen
(dpa). Ein behinderter 28jähriger Mann ist am Berliner Bahnhof Schöneweide brutal erschlagen worden. Wie die Polizei am Dienstag mitteilte, wurde das bereits am Boden liegende Opfer noch mit Schuhen oder einem Schlagwerkzeug am Kopf traktiert. Dies habe die Obduktion des Mannes ergeben, der am Sonntag morgen gefunden worden war.

PROGRAMM

Do. 28.10. um 14.00 Uhr
Infoveranstaltung über die Zusammenhänge von Faschismus und Kapitalismus, Referent: Prof.Reinhard Kühnl, **Hörsaal 2(Rostlaube), FU Berlin, Habelschwerdter Allee, U2 Thielplatz**
um 19.00 Uhr: Infoveranstaltung
"Bleiben darf nur wer Arbeit hat", zur Situation der VertragsarbeiterInnen aus der Ex - DDR; **Infoladen Bandito Rosso, Lottumstr.10.a**
um 21.00 Uhr: Film (Scharfe Glatzen), **Fete im K.O.B., Potsdamerstr.157**

Fr.29.10. um 20.00 Uhr:
Antifasoliparty im Infoladen Bandito Rosso, Lottumstraße 10a

Sa. 30.10. um 20.00 Uhr
Antifafete / Konzert (Apperatschiks) **im Clash, Uferstr.13, U8.Pankstraße**

So. 31.10. um 17.00 Uhr
Veranstaltung "Gegen die Grenzen in unseren Köpfen", ein Versuch zu Rassismus im Alltag, anschließend Diskussion **im Antifacafe Wedding, (Putte, Osloerstraße 12, 2.HH., 2.Etage)**

um 19.00 Uhr: Internationale Infoveranstaltung:
Antifas aus diversen europäischen Ländern berichten über faschistische Organisierung und antifaschistischen Widerstand in ihren Ländern **SO36, Oranienstr.190**

Di. 2.11.Antirassistischer Aktionstag an der Humboldt - Universität Berlin, Unter den Linden

Do. 4.11. um 14.00 Uhr
Infoveranstaltung
"Die technische Fraktion der Faschisten im Europaparlament" Zur Geschichte, Entstehung und Strategie, zu Verknüpfungen und Inhalten der technischen Fraktion der Eurorechten (Flams Blok, Front National, Rep's, MSI und Untergruppen)
FU Berlin, Hörsaal 2(Rostlaube)

Fr. 5.11. um 19.00 Uhr
2.Moabiter Antifa - Kieztreffen,
"Nazis in Moabit", Welche Nazis gibt es in Moabit, wie sind sie aktiv, und was für Möglichkeiten gibt es, gegen sie vorzugehen?
Grundschule Rathenower Str.18

Sa. 6.11. ab 16.00 Uhr:
Antifa - Infotag in Hohenschönhausen
16.30: ***"Wahrheit macht frei"***
17.30: ***"Faschistische Organisierung am Beispiel Nationalistische Front"***
18.30: ***"Von Gewalt halt ich nicht viel - mit Gewalt erreichste ne ganze Menge" Interviews mit rechten Jugendlichen aus Marzahn***
20.00: ***"Von fehlgeleiteten Jugendlichen' und anderen Irrtümern der Sozialarbeit"*** - Veranstaltung mit Beiträgen: - zum staatlichen "Aktionsprogramm gegen Agression und Gewalt", - zu Projekten mit rechten Jugendlichen, - zum Jugendclub Sandow, Cottbus, mit VertreterInnen der dortigen Antifa, **Ort: Infocafe im GRÜZ, Am Berl 17, S - Wartenberg**

So. 7.11. um 17.00 Uhr
Infoveranstaltung über "Die technische Fraktion der Faschisten im Europaparlament" **Antifacafe Wedding, (Putte, Osloerstr.12, 2HH, 2. Etage)**
um 21.00 Uhr: Film über Georg Elser. einen beinahe vergessenen Hitlerattentäter, im **K.O.B., Potsdamerstr.157** ***(Der Georg Elser Film wird am nächsten Tag zur gleichen Zeit wiederholt)***

Di. 9.11. um 17.00 Uhr
Antifa Demo in Moabit:
"KEIN VERGESSEN - EINGREIFEN!"
im Gedenken an die Opfer der Faschisten gestern und heute ***Treffpunkt U9-Turmstr. vor Hertie***
um 19.30 Uhr:
Dokumentarische Filmaufnahmen vom 09.11.1918 (Novemberrevolution), **SO36 Oranienstr.190**

An diesem Tag wird es in vielen Berliner Schulen von SchülerInnen organisierte Aktionstage zum Themenkomplex Faschismus / Rassismus geben

Mi. 10.11.um 18.00 Uhr:
Film,"Die Wahrheit liegt in Rostock",
"Am 21.9.1992, kurz nach dem >Rudolf Hess Gedenkmarsch< von ca. 2000 Nazis in Rudolstadt, eskalierten die Pogrome von Rostock Lichtenhagen. Bereits die Augustausgabe der NF - Zeitung 'Aufbruch' erschien mit dem Titel >..come together in Rostock<. Die Faschos nutzten den Aufmarsch zur Mobilisierung...
Dieser Film ist das Ergebnis einer 6 - monatigen Recherche einer englischen und einer Rostocker Filminitiativein Kooperation mit örtlichen Antifa - Gruppen und vietnamesischen BewohnerInnen des angegriffenen Gebäudekomplexes. Der Film versucht ein Bild zu vermitteln, in welchem gesellschaftlichen Umfeld alltäglicher rassistischer Übergriffe die Pogrome entstehen konnten. Er verdeutlicht in einer Reihe von Interviews, welche Drahtzieher und Hintermänner am Werke waren und nach wie vor sind.", anschließend Diskussion
Aula des Andreasgymnasiums Koppenstr.74 U5 Strausberger Platz, S Hauptbahnhof

Montag, 1.11., 19.00 Uhr
Veranstaltung zur Geschichte des revolutionären Widerstands von der Antifa A P. im LAZ, Crellestr. 22

So 14.11.
Verhindern wir den Nazi-Aufmarsch in Halbe oder sonstwo
dazu gibt es Vollversammlungen am 21.10. 20.00 Uhr,(Versammlungsraum Mehringhof) 28.10. gleicher Ort gleiche Zeit (NUR FRAUEN/LESBEN) und am 12.11. noch eine Abschluß - VV

Vom 8.11 - 12.11.1993
Geplantes Treffen der Faschisten aus dem Europaparlament in Berlin
ACHTET AUF KURZFRISTIGE MOBILISIERUNGEN!!!

5.11.-15.11. In fünf U - Bahnhöfen(Alexanderplatz, Jannowitzbrücke, Rosenthaler Platz, Oranienburger Tor, Stadtmitte) gestalten ausländische und deutsche Jugendliche Plakatwände mit **Graffitikunst zum Thema Rassismus und Faschismus**

ab 28.10.: 250 vierteilige Plakatreihen mit Informationen über das Berliner Umfeld der Technischen Fraktion der Faschisten im Europaparlament werden in der ganzen Stadt in Kneipen und Läden hängen.Wer welche aufhängen möchte, kann sich beim Infotelefon melden.

In beiden Wochen:
Mo, Di, Mi 14 - 16 Uhr
Infotelefon: 7865917, Fax 7869984 ;
9.11. + 14.11. ab 14.00 Uhr

Antwort auf die Stellungnahme zu der Aktion in Spandau (18.9.)

Wir haben in unserem Beitrag nicht die konspirative Mobilisierung kritisiert. Wir denken - wie ihr -, daß sie für viele Aktionen die einzige Möglichkeit ist, selbstbestimmt zu handeln, ohne Bullenpräsenz.
Unsere Kritik richtete sich dagegen, wie mobilisiert wurde. Auf dem 1. Vorbereitungstreffen wurde von der Vorbereitungsgruppe klargemacht, daß nur ganz wenige Antifas/Gruppen angesprochen werden sollen und eine breitere Unterstützung von Antifa-Gruppen nicht erwünscht ist. Viele blieben deshalb nach diesem 1. Treffen genervt weg, mit dem Gedanken, "dann sollen die ihr Ding halt alleine durchziehn". Wir machen der Vorbereitungsgruppe den Vorwurf, daß sie spätestens dann, als absehbar war, daß kaum Leute am 18. kommen würden, keine weiteren Antifa-Gruppen angesprochen hat mit der Bitte um Unterstützung. Bzw. denken wir, daß es spätestens dann immer noch besser gewesen wäre, zu einer öffentlichen Kundgebung aufzurufen, das Ganze öffentlich zu machen, als, sich mit 30 Leuten der Jagd der Bullen auszusetzen. Die haben natürlich an uns größeres Interesse als an der Wiking-Jugend. So, wie das Ganze gelaufen ist, wurde es nicht in einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, daß die Wiking-Jugend unter Bullenschutz ihr Fußballspiel durchziehn konnte. Dazu kommt, daß wiegesagt einige der Antifas jetzt ziemlich üble Ermittlungsverfahren zu laufen haben, die eventuell zu vermeiden gewesen wären, wären wir mit mehr Leuten dort gewesen.

Einige Antifas

Spendenaktion

Wir unterstützen Frauen in Polen, die Opfer medizinischer Versuche im KZ Ravensbrück waren

An über 70 polnischen Frauen wurden 1943/44 in Ravensbrück medizinische Experimente durchgeführt. Unter der Leitung von Dr. Gebhard, damaliger Vorsitzender des Deutschen Roten Kreuzes, wurde die Wirkung von Sulfonamiden getestet - die Verhinderung von Infektionen bei verwundeten Soldaten war das Ziel. Es wurden Versuche zur Regeneration von Knochen, Muskeln, Nerven, Sehnen bei Transplantationen, Verletzungen und Verstümmelungen durchgeführt. 74 junge und gesunde Frauen aus dem polnischen Widerstand, als politische Gefangene in Ravensbrück inhaftiert, wurden für eine oder mehrere Versuchsreihen mißhandelt. Die Frauen leiden heute unter sehr starken gesundheitlichen Folgeschäden.

Im früheren Polen bekamen diese Frauen als Opfer des Faschismus eine Zusatzrente und eine angemessene medizinische Versorgung. Nun nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Polens fallen diese Leistungen weg. Hinzukommt, daß die Frauen aufgrund ihrer schweren gesundheitlichen Schäden medizinische Versorgung und Medikamente benötigen. Diese sind nur gegen Devisen zu haben und - das zeigt beispielhaft den Zynismus deutscher Geschichte - oft deutsche Produkte.

Wir wollen versuchen, diesen Frauen unbürokratisch und effektiv das Nötigste an Unterstützung auf der Basis einer Spendenkampagne zu gewährleisten.

Wir sammeln Medikamente und medizinische Hilfsmittel.
Wir sammeln Geld für spezielle medizinische Behandlungen und Medikamente, für Kuraufenthalte und für Lebensmittelpakete.

Neben einmaligen Spenden sind es Daueraufträge, egal in welcher Höhe, die eine kontinuierliche Unterstützung gewährleisten.

Es leben noch 29 Frauen in Polen die Hilfe benötigen !

Unterstützungskreis für die Frauen in Polen, die die medizinischen Versuche im KZ Ravensbrück überlebten

Spendenkonto: Initiative für polnische KZ Versuchsopfer ; Gegründet von deutschen Häftlingsfrauen aus Ravensbrück und den Mitarbeitern der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück.

KontoNr.: 43 00 87 70, Stichwort: Frauen in Warschau, Sparkasse Fürstenberg BLZ 16 05 19 52

„Dauerterror" durch Hausbesetzer

Angst vor Randale, Steinwürfen und Drogen

DER TAGESSPIEGEL

thm. **POTSDAM**, 14. Oktober. Anwohner haben die Zustände und den „Dauerterror" in der Potsdamer Hausbesetzermeile Gutenbergstraße, mitten im barocken Stadtzentrum, kritisiert. Die Belästigungen „durch kriminelle Hausbesetzer" hätten unerträgliche Ausmaße erreicht, berichteten drei Sprecher der Anwohnerschaft auf der gestrigen Rathauspressekonferenz. Aus Angst vor Repressalien baten die drei Männer, die nach eigenem Eindruck dem Herzen der Mehrheit der Anwohner Luft machten, ihre Namen nicht zu veröffentlichen. [illegible]sierten. Potsdamer Lokalblätter hätten „ein falsches Bild über die Zustände vermittelt.

Durch Belästigungen der Hausbesetzer, nächtlichen Lärm bis in die frühen Morgenstunden („Die Musik dröhnt durch die ganze Straße.") seien sie völlig entnervt, zumal besonders ältere Bürger. Kinder und Berufstätige darunter leiden würden. So habe sich die illegale Hausbesetzerkneipe in der Gutenbergstraße 108 (ehemalige Pension „Stadt Magdeburg") zu einem Brennpunkt entwickelt, wo „permanent Randale" stattfindet und nach ihren Beobachtungen Alkohol, aber auch Drogen konsumiert wird. „Wüste Feten bis früh um fünf und permanentes Hundegebell rauben uns den Schlaf." Zudem seien Autos demoliert und Schaufenster von Geschäften eingeschlagen worden. Es sei lebensmüde, in der Gutenbergstraße, der Vorstufe der Mainzer Straße, eine Gaststätte eröffnen zu wollen.

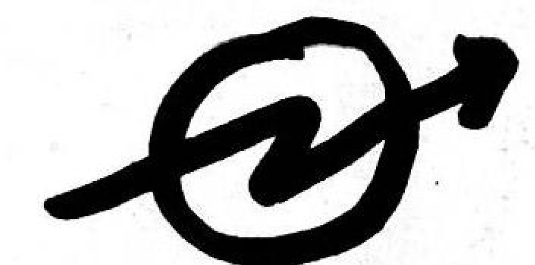
„Das sind keine Autonomen, sondern Kriminelle, mehr nicht", so ihr Fazit. Ordnungsdezernent Erwin Motzkus (CDU) bestätigte, daß kriminelle Aktivitäten „von den besetzten Häusern" ausgehen. Die Bauarbeiten an der geräumten Gutenbergstraße 107 mußten eingestellt werden, so Motzkus, da die Bauarbeiter sich weigerten, unter Steinwürfen zu arbeiten. Es nehme zu, daß durchfahrende Pkw's, Busse und Kleinbusse aus besetzten Häusern mit Steinen beworfen werden. Nach seinen Worten seien etwa 30 Straftatbestände erfüllt, von Landfriedensbruch bis zu schwerer Körperverletzung, Brandstiftung und Diebstahl.

Um so unverständlicher ist es für die Anwohner, daß trotz mehrerer Anzeigen und Beschwerdegespräche bei Polizei und Magistrat, dem Treiben ein Ende bereitet werde. „Es ist sinnlos die Polizei anzurufen", so die Erfahrung. Die drei Vertreter forderten, die Straße „auf einen Schlag" zu räumen. „Entweder die Zustände hören auf, oder es gibt Bürgerkrieg mit den Anwohnern." Dann werde man eine Bürgerwehr gründen. Eine generelle Räumung ist nicht möglich, reagierte Motzkus, da die Stadt nicht Eigentümer der Häuser sei. Aussagen zur Polizeitaktik wolle und könne er aber nicht treffen.

Die Anwohner wiesen außerdem die Selbstdarstellung der Hausbesetzer zurück, die Häuser „instandzusetzen". Dieser Vertrauensvorschuß sei verbraucht. Baustadtrat Detlef Kaminski bestätigte, daß nicht eines der besetzten Häuser bisher „instandgesetzt" wurde. Im Gegenteil, durch die Besetzer sei zumeist die Substanz weiter beschädigt worden. In der Innenstadt sind 20 Häuser besetzt.

Motzkus erteilte aber Forderungen nach Differenzierung der Hausbesetzer eine Absage. Wer dort mitmache, beteilige sich an kriminellen Aktivitäten.

KASTANIE 77



sechs Uhr früh, diese Schweine, bollern an die Tür, du denkst, das kann nur ein besoffener Kegelklub sein, der sich mit uns einen schlechten Scherz erlauben will, oder Faschos, diese Idioten, deren Existenz uns das Alltagsunwohlsein besorgt, aber ne, die sehen dann doch anders aus.

sechs Uhr früh, das zeigt doch schon, wie wenig Ahnung die von unserer Kultur verstanden haben. Vierzig Typen im Hof und sie schlagen uns die Türen ein. Eigentum ist ihr einziges Argument. Kettensägen sind ihr Ausdrucksmittel. Sie kaufen sich einen Trupp Ahnungsloser. Hinterher steht der an der nächsten Straßenecke und wartet auf das Schmiergeld. Sie fütten die Hirne mit dem Schlag Chaoten, klar das kennen sie aus der Zeitung, das sind doch bloß die Schmarotzer, die die alles kaputt machen. Ein klares Feindbild überdeckt nur allzuleicht die eigene Handlungsweise.

sechs Uhr früh und ohne Rücksicht auf Verluste. Egal ob da nun jemand hinter oder vor der splitternden Tür steht. Die Motorsäge jault auf und schafft sich ihren Weg. Und dann das Märchen vom Guten Bullen vom Prenzlberg. Sie stehen da, sie sind tatsächlich gekommen, obwohl wir sie gerufen haben. Und man schaut in diese freundlichen Gesichter, die uns ausnahmsweise einmal rundherum Recht geben und irgendwie schwebt die Frage durch die Luft, ob das tatsächlich die selben sein können, die ansonsten hinter Plexiglas versteckt, weißbehelmt und knüppelschwingend, ohne persönliche Identität in deinem Weg stehen.

sechs Uhr früh, klare Morgenluft und die Gedanken hellen auf. Hinter dem Faschismus steht das Kapital. Mein Name ist Dietz, ich bin Rechtsanwalt. Mein Name ist Stober, ich bin Hausverwalter. Wir handeln im Auftrag unseres Herrn. Er hat das große Geld, er hat das Eigentumsrecht, er heißt Kirchenbauer. Netter Tarnname für einen Tempelschänder. Denn das scheint sein Hobby zu sein. Knallharte Modernisierung, Mietenausbeutung, Vertreibung der Menschen aus ihrem Kiez. Bedingungslose Durchsetzung der eigenen Interessen gegen die durch die Vereinzelung in unserer Gesellschaft Wehrlos gemachten. Gegen die, die Angst haben. Berechtigte Angst. Denn alleine machen sie dich ein.

sechs Uhr früh. Und der anwesende Glasermeister gibt zu, sein Auftrag sei, die Fenster herauszureißen. Dieser Herrenclub scheint im Kopf nicht so ganz winterfest zu sein. Immerhin am Rande ein kleiner Geistesblitz. Und schwupps, wird das Chaotenklischee gegen ein bekanntes, gutbürgerliches ausgetauscht. Mein Gott, wenn ich das gewußt hätte, hier wohnen ja richtige Familien mit Kindern.

sechs Uhr früh. Feindbilderprojektionen. Hier gerät eins ins wanken, dort verfestigt sich das andere. Und wir können damit spielen. Kriminelle Elemente der gewaltbereiten Hauseigentümerszene Berlins haben zugeschlagen. Doch dies ist unser Haus, hier kriegt ihr uns nicht raus, schmeißt doch lieber Dietz und Stober und Kirchenbauer raus. Oder noch besser, Kirchenbauer,Stober,Dietz - raus aus´m Kietz!

neun Uhr früh. Es ist immer noch unser Haus. Klar. Wir bleiben alle. Was denn sonst. Ihr hättet ruhig auch noch ´nen Schluck Kaffee mittrinken können. Ihr Kules, Lychis, ihr 85/86ger, ihr Marchis, ihr Kreutziger oder wir ihr euch sonst so nennt. Und wenn ihr mal wieder wegen uns geweckt werdet, denkt dran, es könnte noch ´nen Zacken heftiger bei uns brennen. Alleine machen sie uns ein. Kommt zusammen! Hilf dir selbst sonst hilft dir Gott! Keine Räumung der Häuser und Wagenburgen! Gegen die Berliner Baumafia! Mehr Parolen! Und überhaupt!

Redebeitrag Wagenburgen auf dem Fahrrad-/Wagenburgenumzug 23.10. '93

Eigentlich sollte dieser Umzug einfach ein buntes Lebenszeichen von den besetzten Häusern und Wagenburgen werden. Jetzt sind wir traurig und wütend, weil vor 14 Tagen zwei Wagenburgen geräumt bzw, vertrieben wurden und weil das Vorhaben des Senats, in den nächsten Wochen sämtliche Wagenburgen in der Innenstadt zu räumen, bekannt wurde.
-An dieser Stelle erst einmal solidarische Grüße an die Leute von der Schwulen-Lesben-Wagenburg und der Walde-Wagenburg.-
Am 9.-11. Oktober wurde die Wagenburg am Engelbecken in der Waldemarstraße geräumt und einen Tag später die Schwulen-Lesben-Wagenburg vom Kinderbauernhof vertrieben trotz einer bis zum Frühjahr 1994 gültigen Duldung. Das Müllabfuhrunternehmen ALBA sollte die Menschen und ihre Wohnungen auf die ehemalige Schweinemastanlage in Karow bringen. Folglich wurde mit den Leuten von der Waldeburg auch wie mit städtischem Abfall verfahren: ab auf die Müllhalde vor der Stadt.
Eine Hetzkampagne in den Springerblättern BZ und Morgenpost hatte das klima für dies Art der Räumung vorbereitet. In dieser Kampagne wurden sämtliche Berliner Wagenburgen als Seuchenherde und Schlupfwinkel von Kriminellen aufgebaut. Für Faschos und sonstige Brandstifter wurden fürsorglich die Adressen der Wagenplätze angegeben.
Die Vertreibung der WagenburglerInnen aus der Stadt sollte auf Geheiß des Senats endgültig sein. Der Senat scheute dabei nicht davor zurück, den Leuten ihre Rechte abzusprechen, z.B. das auf freie Wahl des Wohnsitzes, vielleicht auf einer anderen Wagenburg im Innenstadtbereich. Die Bullen riegelten deshalb sämtliche Wagenburgen tagelang ab und ließen die nach Karow verschleppten Wagen dort nicht mehr weg.
Die Begründung für die Aufhebung der Rechte und Mißachtung der ausgesprochenen Duldungen lautet "Gefahr im Verzug". Mit Hilfe dieses Gummiparagraphen ist dem Senat die sofortige Räumung aller Wagenburgen und besetzten Häuser möglich.

Inzwischen wurde von verschiedenen Seiten das Gerücht bestätigt, daß in den nächsten sechs Wochen die auf städtischem Gelände befindlichen Wagenburgen geräumt werden sollen. Das beträfe die Eastside, die zwei Wagenburgen an der Schillingbrücke, das Kreuzdorf, die Lohmühle und die letzte Wagenburg am Kinderbauernhof. Die RollheimerInnen vom Potsdamer Platz sind ebenfalls stark räumungsbedroht.
Schon schleichen die Bullen über den Kinderbauernhof und ums Kreuzdorf und zählen unsere Wagen, drohen gar mit Räumungen in der nächsten Woche.

Die Bedrohung kommt für viele von uns völlig unerwartet. Viele Wagenburgen haben Duldungen, die sich mindestens noch aufs nächste Jahr erstrecken, andere stehen schon zehn Jahre auf ihrem Platz und haben daher Gewohnheitsrechte.
Sie sagen, sie wollen Wohnungen bauen auf unseren Plätzen. Aber gebaut werden kann erst in einigen Jahren. Auf dem Platz der Wagenburg am Engelbecken soll sogar ein 3,5 Millionen Mark teurer Sportplatz gebaut werden, der in zwei bis drei Jahren - wenn dort Luxusappartements erstellt werden - wieder abgerissen wird.

Sie wollen uns also loswerden - so schnell wie möglich und um jeden Preis! Sie scheinen fest entschlossen zu sein, ca. 400 Menschen in diesem Winter aus der Stadt zu jagen oder obdachlos zu machen.
Berlin soll sich trotz ihrer Olympiaschlappe in die Kette der gesichtslosen Metropolen des Kapitals und Konsums einreihen.
Alle, die sich dagegen zur Wehr setzten, und alle, die für's Kapital nutzlos sind, werden in die Reservate vor der Stadt abgeschoben.
Wir WagenburglerInnen, die wir mit unseren Wagen flexibel und daher für sie schwerer kontrollierbar sind, wir, die wir keine Miete zahlen und uns somit ihremZugriff entziehen, sind ihnen ein besonderer Dorn im Auge. Darum sind wir auch die ersten - aber bestimmt nicht die letzten.
Die Umstrukturierung Berlins und die Politik der Bundesregierung bedrohen sehr viele mehr.
Auf Stadtebene bedeutet das die Zerstörung der Kiezstrukturen, die ein Zusammenleben unterschiedlichster Menschen ermöglichen und die städtische Anonymität aufheben. Nicht nur Wagenburgen und besetzte Häuser, sondern zunehmend mehr MieterInnen und kleine Läden und Betriebe sollen den Büroflächen, Innenstadtringen und Großverdienenden weichen.
Auf Bundesebene heißt das, daß massenweise Arbeitende wegrationalisiert oder gegen billigere oder weniger aufmüpfige Arbeitskräfte ausgetauscht werden.
Die immer stärker werdende rassistische Hetze, die Mißachtung der menschenrechte von Flüchtlingen und die ununterbrochen stattfindende sexistische Hetze gegen Frauen sind auch Produkte dieser Politik.
In unserem Widerstand dagegen kämpfen wir also nicht nur um unsere Existenz als WagenburglerInnen, sondern auch für ein menschenwürdiges Leben in dieser Stadt.

REDEBEITRAG KINDERBAUERNHOF:

Nach dem Willen der großen Berliner Koalition der Betonköpfe soll es den Kinderbauernhof Mauernplatz nicht mehr geben.

Der Bezirk Kreuzberg will auf unserem Gelände eine Grundschule noch eine Kita und Wohnungen errichten. Die Eigentümer der benachbarten Gewerbehöfe wollen neue dicke Straßen für ihre Grundstücke haben. Gleichzeitig -so ein Zufall- werden unsere spärlichen Fördergelder aus dem Haushalt gestrichen.

Den Kinderbauernhof gibt es seit fast 13 Jahren. Es ist damit der älteste existierende besetzte Platz in Berlin. Nie haben uns die Politiker Verträge geben wollen, aber sie konnten sich auch nicht entschließen, den ihnen verhaßten (von uns geliebten) Kinderbauernhof mit Gewalt zu räumen.Warum nicht?

Sie wissen (oder auch nicht) was auf sie zukommt:

Da wo er ist, wird der KBH gebraucht und weil er dort gebraucht wird, werden sich viele, viele Menschen für seinen Erhalt einsetzen und ihn gegen staatliche Gewaltwillkür verteidigen.

Schon Einmal, am 26.März 87, hat die Politik versucht sich mit Gewalt durchzusetzen: Daran und auch an die Folgen- erinnern sich noch alle- die und wir.

Von Politikern werden kostspielige Programme aufgelegt, rechtsradikale Jugendliche zu erreichen, Drogenmißbrauch und Jugendkriminalität "in den Griff" zu bekommen, kostspielige Programme, die nur zu oftdoch nicht greifen.

Auf dem Kinderbauernhof passiert praktische Integration, wovon viele nur reden. Hier lernen Erwachsene , Kinder und Jugendliche verschiedener Nationalitäten, aus Ost und West, gemeinsam Verantwortung für Menschen , Tiere und Pflanzen übernehmen.

Politiker führen Kinder und Jugendlichen den Raubbau an unseren Lebensgrundlagen vor und zerstören eine der wenigen grünen Oasen!

Beflügelt vom Hauptstadtwahn, hohlen die herrschenden zu neuen Schlägen aus:

Die geplante Zerstörung des Kinderbauernhofes ist nur ein Beispiel für lebens und menschenfeindliche Politik, die gewachsene Strukturen zerstört, welche sich Menschen in jahrelanger Arbeit aufgebaut haben, um das Leben in der Großstadt lebenswerter zu machen. Der KBH wird weiterbestehen, ob es den Politikern gefällt oder nicht. Obs regnet oder schneit, der KBH wird 100 Jahre alt.

Redebeitrag auf der Häuser- und Wagenburgendemo am 23.10.93

Alle von uns fieberten dem 23.9. entgegen. Wird die Bedrohung "Berlin 2000" endlich wegfallen? Der Jubel war dann groß, als "The winner is Sydney" über die Bildschirme schallte.

Schnell mußten wir aber merken, daß die Bedrohung unserer Lebensräume nicht geringer geworden ist. Bereits 2 Wochen später, am 7. Oktober, wurde die Waldeburg geräumt. Wie jetzt bekannt wurde, sollen die restlichen Wagenburgen bis zum Beginn der nächsten Legislaturperiode Anfang '94 aus der Innenstadt verschwunden sein. Auch einige besetzte Häuser sind akut räumungsbedroht.

Über Berlin steht ein weiteres Damoklesschwert. Am Abend des 20. Juni 1991 stimmten Gesamtdeutschlands VolksvertreterInnen für die Rückverlagerung von Regierung und Parlament in die alte Reichshauptstadt Berlin.
Zudem soll die Stadt zu einer der führenden Metropolen der Welt werden. Eine Metropole, die uneingeschränkt der kapitalistischen Wachstumsideologie unterworfen ist. Regierendes Kapital und Politestablishment sind entschlossen, in Berlin die Schaltstelle des Kapitals zwischen Ost und West aufzubauen.
Zudem sollinderInnenstadt ein Megakonsumparadies entstehen. Die Einkaufspassagen werden durch und durch geplant. Sie sollen die Konsumbedürfnisse der Menschen anregen. Die City soll zum Zentrum für Kultur, Vergnügen und Gastronomie werden. Störende visuelle Eindrücke wie Armut, Obdachlosigkeit Fabrikarbeit usw. sollen möglichst unsichtbar gemacht werden. Am Kudamm haben private Wachschützer schon für ein sauberes Straßenbild gesorgt. Hütchenspieler, Obdachlose, BettlerInnen und Junks sind da völlig von der Straße verschwunden. Das Stadtbild soll glänzen und nur noch die Sonnenseiten der kapitalistischen Gesellschaft zeigen.
Die Innenstadt soll der Hauptstadt des neu erwachten und mächtigen Deutschlands gerecht sein und dies gut nach außen repräsentieren können.

Dafür muß sich aber noch so einiges in der Stadt verändern. Sanierung und damit Umstrukturierung der inneren Bezirke wird zum absoluten Muß. Vom Innenstadtring begrenzt wird die City luxuriös für Bonzen und Regierung ausgebaut. Investitionsgierige und spekulationsgeile Interessenten haben sich ihre Plätze bereits gesichert. Rücksichtslos planen sie ihre Dienstleistungszentren oder Einkaufspassagen und machen sich in der Stadt breit.

So wurde am Potsdamer Platz der Bellevue-Tower für den Daimler-Komplex gesprengt. Der Tower war früher ein Wohnheim für StudentInnen. 281 MieterInnen wurden in andere Wohnheime umgesetzt. Dadurch erhöhten sich die Wartezeiten auf einen Wohnheimplatz auf 4 - 4 1/2 Jahre.

In Friedrichshain entstehen entlang der Frankfurter Allee auf 2 km gleich 4 Dienstleistungszentren mit Hotels, Kaufhäusern und teuren Büros. In den Nebenstraßen werden dafür immer mehr MieterInnen wegen Zahlungsunfähigkeit geräumt.

Am Spreebogen in Moabit entsteht auf dem 5 ha großen ehemaligen Meierei-Gelände von Bolle ein riesiges Dienstleistungszentrum. Der Bezirk hatte auf diesem Gelände eine Schule vorgesehen, konnte aber mit den horrenden Kaufpreissummen für den Platz nicht mithalten. Für 60 mio. DM wurde das Gelände den Spekulanten in die Hände gegeben.

Solche Beispiele könnten noch weiter aufgelistet werden. Die Hauptstadt wird gerade an die Meistbietenden verkauft.

Alle diese Konzerne, die nun ihre Zentrale an die Spree verlegen wollen, werden hunderte ihrer höheren und mittleren Angestellten nach Berlin schicken. Sie und all die Regierungs-beamtInnen aus Bonn werden den Bedarf an exquisiten Wohnungen erhöhen. Da deren Arbeitsplätze in der Innenstadt liegen, werden sie auch das unmittelbare Umfeld als für sie primär in Frage kommenden Wohnbereich betrachten. Wie die Heuschrecken werden sie über die benachbarten Viertel Kreuzberg, Prenzlauer Berg und Friedrichshain herfallen und die dort lebenden Menschen mit weit niedrigerem Einkommen verdrängen. In diesen Bezirken wird die Kiezstruktur samt dem kleinen Gewerbe völlig zerstört werden. Altbauluxusmodernisierungen machen die Mieten unerschwinglich, Gewerbemieten steigen ins unermeßliche.
Die jetzigen BewohnerInnen werden in riesige Neubaughettos und Slums für die Armen an die Stadtränder verdrängt. Obdachlosigkeit und damit ein Leben unter dem Existenzminimum wird keine Seltenheit mehr sein. Bereits jetzt gibt es in Berlin offiziell 28.000 Obdachlose. Die Dunkelziffer dürfte noch mehr als doppelt so hoch sein. Diese Menschen dürfen aber auf keinen Fall in der Innenstadt präsent sein.
Im Rausch des Hauptstadtwahns soll die Stadt glänzen, störende Elemente müssen verschwinden.
In ein solches Stadtbild passen natürlich auch keine Wagenburgen und besetzte Häuser. Sie müssen weg - wie auch schon Ende des letzten Jahrhunderts für das in der Reichshauptstadt stattfindende "DREI_KAISER-TREFFEN" Hüttendörfer rücksichtslos beseitigt wurden.

Füt Kapital und Obrigkeit ist ein weiterer Aspekt in einem solchen Umstrukturierungsprozeß mit Sicherheit von zentraler Bedeutung. Die Verdrängung der bisher in der Innenstadt lebenden Menschen, die Vernichtung von Häusern und Wagenburgen erhöht ihre Sicherheit im okkupierten Bereich.
Rings um ihre von Bullen geschützte Hochsicherheitszone der Macht wollen sie eine Pufferzone friedlicher Yuppie-Wohnquartiere einrichten.
Durch die Vertreibung der sozial Schwachen in Außenstadtghettos werden nachbarschaftliche Beziehungen und Lebenszusammenhänge zerstört. Diejenigen, die das Quartier verlassen müssen, werden gegeeinander isoliert. Die Menschen in den Neubaughettos kennen sich nicht mehr, es sind keine engen sozialen Bindungen mehr vorhanden. In einer solchen Vereinzelung ist kein Austausch über die gemeinsame Not mehr möglich.
Somit stellt eine solche Vertreibung von Menschen eine präventive Maßnahme zur Verhinderung von sog. "sozialen Gärprozessen" dar, die einmal umschlagen könnten.

Daß eine solche Überlegung mit im Hintergrund steht, läßt sich am Beispiel der Kahlschlagsanierung im Wedding nachvollziehen. Wedding war früher der fast einzige homogene ArbeiterInnenbezirk Berlins mit fast 60.000 EinwohnerInnen pro qkm. Von diesem Bezirk ging stets kaum zu kontrollierender Widerstadt aus. z.B. wehten am 1. Mai 1934 hier noch die roten Fahnen. Auch in der Nachkriegszeit war dieser Bezirk kaum in den Griff zu bekommen. Also wurde der unkontrollierbarste Teil an Brunnen- und Ackerstraße mit fast 30.000 Wohnungen komplett abgerissen. Die BewohnerInnen wurden ins Hochhausghetto Märkisches Viertel umgesiedelt. Es entstanden großzügigere und für die Bullen übersichtlicher gegliederte Neubauten für Besserverdienende. Ein sozialer Unruheherd wurde komplett ausgelöscht.

Etwas ähnliches soll mit den Häusern und Wagenburgen passieren. Wir Menschen hier versuchen, sichtbare Alternativen zu den herrschenden Verhältnissen der Vereinzelung zu leben. Wir wollen uns nicht der Kontrolle und den Verwertungsprozessen unterordnen, uns nicht gleichschalten lassen, uns nicht auf wirtschaftliche Objekte reduzieren lassen.
Schon eine solche Lebensform an sich bedeutet Opposition, die die Herrschenden in ihrem neuen Zentrum der Macht nicht dulden können.

Wir sind ihnen ein Dorn im Auge und sollen hier verschwinden!

Dem werden wir uns mit aller Macht entgegenstellen!

Wir bleiben Alle!

Jagt die Spekulanten aus Euren Kiezen!



Wiedererkennungsmöglichkeit für Spekulanten: Happening in der Fasanenstraße *Foto: Rolf Zöllner*

Ene, mene, miste - rappelt's nochmal in der Kiste ???
oder:
Allein machen sie DICH ein !!!

Im Rahmen der Berliner Häuser- und Wagenburgen-Aktionstage 17. - 23.10.93 fanden mehrere Veranstaltungen (Theater, Vokü, Infostände, Kiezspaziergänge ...) in mehreren Bezirken unter dem Motto "Berlin - besetzt! Wir bleiben alle!" statt. Leider haben sich an der Vorbereitung, wie bei den tatsächlichen Aktionen nur wenige - und immer wieder die selben - Menschen beteiligt. Auch wenn diese durchweg eine Menge Spaß dabei hatten, stellt sich doch wieder einmal mehr und gerade danach massiv die Frage, ob die Menschen die in (ex-)besetzten Häusern und Wagenburgen leben überhaupt noch Besetzungen als politisches Thema begreifen, und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Eine Auswertung der Aktionstage scheint auf diesem Hintergrund notwendig. Die folgende - unvollständige - Chronologie der Repression macht deutlich, warum die Aktionstage jetzt stattfinden mußten. Die uns immer wieder frustende Lethargie in den Häusern und Wagenburgen ist gerade aufgrund dieser vielen Vorfälle unverständlich. Vielleicht geht es uns doch zu gut?!

23.6.93 Prozeßkundgebung vor dem Amtsgericht Charlottenburg (wegen geplanter Räumung der Marchstr./Einsteinufer).

30.6.93 Um 4 Uhr morgens wird die Kastanienallee 85 (Prenzl. Berg) von den Bullen durchsucht.

6.7.93 Um 6 Uhr morgens durchsuchen 500 Bullen die Marchstr./Einsteinufer. Die Personalien der BewohnerInnen werden festgestellt und 5 Personen ohne deutschen Paß festgenommen.

Anfang Juli Senatsbeschluß zur Umsiedlung der Wagenburg am Engelbecken nach Karow.

13.7.93 Kundgebung der March/Einstein-BewohnerInnen vor dem Spekulantenbüro in der Fasanenstraße.

Mitte Juli Springer-Hetze gegen besetzte Häuser wegen "Stromdiebstahl", sowie gegen Wagenburgen ("Engelbecken = Chaotendorf").

Anfang Aug. In der Mainzer Straße wird bekannt, daß die Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt wurden.

ab 4.8.93 Regelmäßig 2wöchige berlin- und bezirksweite Häuser- und Wagenburgentreffen.

11.8.93 Transpi-Aktion der Wagenburgen, (ehemals) besetzten Häuser und solidarischen Projekten unter dem Motto: "WIR BLEIBEN ALLE, weil .....!"

17.8.93 Besetzung und Räumung der Pfarrstraße 112 (Lichtenberg).

20./21.8.93 Hausdurchsuchung der Pfarrstraße 88. Die Bullen nehmen aus der von ihnen sogenannten "Kommandozentrale der Autonomen" technische Geräte mit und klauen Geld.

6.9.93 Kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus zur Marchstraße (Antwort liegt noch nicht vor).

13.9.93 Prozeßbeginn um den Mord an Silvio Meier.

15.9.93 23 Uhr, Räumung einer neubesetzten Wohnetage in der Grünberger Straße 56 HH (F'hain). Anti-Räumungs-Demo am 16.9.93 um 18 Uhr am Frankfurter Tor.

16.9.93 Kundgebung zum Räumungsprozeß Marchstr./Einsteinufer.

18.9.93 Häuser- und Wagenburgenblock auf der Anti-Olympia-Demo.

21.9.93 Ein Beispiel von vielen: 3 Spekulanten/Makler filmen und fotografieren die Rigaer Straße 80 (F'hain) und werden vertrieben. Allgemeine Räumungspanik auf dem Hintergrund von Gerüchten, daß beim Bausenat Räumungsbegehren für mehrere Häuser in F'hain vorliegen.

22.9.93 Räumung der Fabrik in Potsdam. Es kommt zu Auseinandersetzungen zwischen den DemonstrantInnen und der brutal vorgehenden Polizei. Nächtliche Straßenschlachten.

23.9.93 500 Menschen demonstrieren in Potsdam gegen die Räumung. Die ehemalige russische Musikschule in der Hegelallee wird besetzt.

28.9.93 Der Runde Tisch zwischen HausbesetzerInnen, Verantwortlichen von Stadt, Kirche, Polizei und Bundesvermögensamt ist geplatzt.

28.9.93 Treffen der WaldeburgbewohnerInnen mit Bezirksbürgermeister Keil (Mitte). Resultat: keine Ausweichmöglichkeit in Mitte, Angebot Pankow/Karow.

29.9.93 Potsdams Horst Gramlich (SPD) weist Forderungskatalog der HausbesetzerInnen für den Runden Tisch zurück.

30.9.93 Begehung der Wagenburg am Engelbecken wegen Transporttauglichkeit der Fahrzeuge. Androhung der Räumung für den nächsten Tag.

1.10.93 Freiwilliger Abtransport von 3 Wagen vom Engelbecken. Einreichung einer einstweiligen Verfügung wegen Rechtswidrigkeit.

1.10.93 Urteil im Prozeß um Mord an Silvio Meier unter Ausschluß der Öffentlichkeit: Freiheitsstrafen von 4,5 und 3,5 Jahren, sowie 8 Monate auf Bewährung. In der darauffolgenden Nacht Scherbenaktion auf der Frankfurter Allee.

3.10.93 Aktionstag zu bevorstehender Räumung: Kiezpalaver im Engelbecken.

5.10.93 Potsdamer HausbesetzerInnen sagen den für 7.10. geplanten Runden Tisch ab.

7.10.93 7 Uhr morgens: Räumung der Wagenburg am Engelbecken; bis zu 900 Bullen im Einsatz. Antrag auf Räumungsstop wird vom Verwaltungsgericht abgelehnt, nachdem das Landgericht ihm stattgegeben hatte. Beginn des Hungerstreiks von 5 BewohnerInnen, die sich auf dem Platz festketten. Sechs Wagen flüchten zu der Schwulen/Lesben/Frauen-Wagenburg auf dem Kinderbauernhof, wodurch der Senat seinen Beschluß unterlaufen sieht, und allen dortigen Wagen die Räumung androht. 18 Uhr: spontane Lauf-Demo durch Kreuzberg.

7.10.93 Potsdams Baustadtrat Kaminski kündigt weitere Räumungen besetzter Häuser an. Nächster Runder Tisch soll am 28.10. sein.

8./9.10.93 Schwulen/Lesben/Frauen-Wagenburg verläßt ihren Platz am Kinderbauernhof mit den dorthin geflüchteten Wagen.

9.10.93 Der Hungerstreik der 5 ehemaligen BewohnerInnen des Engelbeckens wird, nach der Vertreibung vom geräumten Platz, vor dem Roten Rathaus fortgesetzt.

10.10.93 Kurze Besetzung des Lausitzer Platzes durch BewohnerInnen Berliner Wagenburgen.

11.10.93 Ultimatum des Bundesvermögensamtes an die BesetzerInnen der Villa Hegelallee 5 (Potsdam) bis 13 Uhr ist abgelaufen. Die Behörde erschien nicht. Das Haus bleibt besetzt.

12.10.93 Sitzblockade vor dem Roten Rathaus aus Protest der Räumung des Engelbeckens. Die Polizei nahm 3 Personen fest.

13.10.93 Der Hungerstreik wird am Marx-Engels-Forum fortgesetzt. Räumung vor dem Roten Rathaus erfolgte wegen zu großer Sympathiebekundungen.

13.10.93 Im Bezirk Kreuzberg dürfen künftig keine Wagenburgen mehr aufgeschlagen werden. BVV Kreuzberg: " Die Wagenburgen sind eine besondere Form der Obdachlosigkeit und soziale Deklassierung."

13.10.93 Ein vom Hausbesitzer geschickter 40köpfiger "Räumungstrupp" dringt in die Kastanienallee 77 (Prenzl. Berg) mit Motorsäge und Schlagwerkzeug gegen 6 Uhr morgens ein. Eine Anzeige wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch gegen diese nimmt die Polizei entgegen und schmeißt sie aus dem Haus.

13.10.93 Ergebnis von Anfragen und Anträgen bei der Friedrichshainer BVV: Es liegen derzeit keine Anträge auf Baugenehmigungen für besetzte Häuser in F'hain vor. Das Bezirksamt setzt sich gegenüber privaten Vermietern und der WBF dafür ein, daß im Winter 93/94 kein Mensch auf die Straße geräumt wird (Räumungsmoratorium = lediglich politische Aussage!). Bezüglich der Wagenburgen gibt es in nächster Zeit keine Lösungen à la Engelbecken. Ein halbes Jahr vor Baubeginn auf den Plätzen soll mit den WagenburglerInnen über Ausweichstandorte verhandelt werden.

17.-23.10.93 Berlinweite Häuser- und Wagenburgen-Aktionstage

18.10.93 Die Hungerstreikenden am Marx-Engels-Forum bauen sich eine Hütte, nachdem das Aufschlagen eines Zeltes verhindert wurde.

18.10.93 Innenausschußsitzung: Zum Thema "Durchsetzung der Berliner Linie", Innensenat macht Druck auf die Bezirke, um über "aktive Legitimation vor Gericht" durch die WBGs auf dem zivilen Rechtsweg Klärung über Eigentumsverhältnisse/Rechtslage zu erreichen --> zivilrechtliche Räumungsklage. Es liegt kein Bauantrag für die Pfarrstraße 112 vor --> weiter in Leerstandsverwaltung. § 70 der Landesbauordnung kann für Räumungen der Wagenburgen herangezogen werden. Die Absegnung (siehe Engelbecken) erfolgte durch das Oberverwaltungsgericht. Die Handhabung von § 70 liegt in Händen der Bezirke.

18.10.93 Beim spektakulären Happening gegen happige Spekulanten (Aktionstage) wird vor dem Spekulationsbüro Henning von Harlessem & Co. ein Aktionskünstler festgenommen. Beim anschließenden Fischstäbchenessen und Straßentheater kommt es zu Bullenrangeleien.

19.10.93 Verkauf des Rathaus F'hains (Aktionstag). Ziel der Theateraktion war die Konfrontation der politisch Verantwortlichen mit einer für HausbesetzerInnen und MieterInnen alltäglichen Situation. Fazit: Bezirksbürgermeister Mendiburu veranlaßt Personalienfeststellung und Anzeige wegen versuchten Hausfriedensbruchs und Urkundenfälschung gegen die SchauspielerInnen der Theatergruppe "Eisenstein e.V.".

20.10.93 Besetzung der Johannisstr. 8 (Mitte) von Obdachlosen und Wohnungssuchenden im Rahmen des Aktionstages. Ziel: Wohnprojekt für Obdachlose. Leerstand seit 1989, kein Bauantrag. 150 Bullen räumten das Haus und nahmen 7 Obdachlose fest.

21.10.93 Auswertung der Räumung des Engelbeckens durch die politisch Verantwortlichen in Mitte. Die Hungerstreikenden der Mahnwache, die als Betroffene ebenfalls teilnehmen wollten, werden durch die Polizei entfernt. Personalienfeststellung.

22.10.93 Die Hungerstreikenden werden in der Nacht zuvor von Faschos angegriffen. Am Tag werden die Hütten von den Bullen abgerissen. Festnahme einer Frau. Der Hungerstreik wird abgebrochen. Die Mahnwache soll fortgesetzt werden.

23.10.93 Abschluß der Aktionstage mit einem Wagen- und Fahrradumzug mit ca. 700 Leuten. Im Anschluß Verhaftungen wegen angeblichen Sachbeschädigungen.

Termine bei Räumungen:
jeweils am gleichen Tag um **18 Uhr** im betroffenen Bezirk

F'hain	Frankfurter Tor
P'berg	Kollwitzplatz
Mitte	Rosa-Luxemburg-Platz
X-berg	Oranienplatz

In der Nacht Kleingruppenaktionen im gesamten Stadtgebiet!!!

Räummirnix

Hungerstreik nach 16 Tagen beendet –

Mahnwache & Widerstand gehen weiter!!!

Die wenigen Tage polizeiterror-freier Mahnwache am Marx-Engels-Forum (zwischen Rotem Rathaus und Palast der Republik) waren am Freitag 22.10.93 gegen Mittag vorbei. Während der Suppenküche für Obdachlose erfolgte der Abriß unserer Hütte, die für uns ein wichtiger Schutz gegen Regen und Kälte war. Herr Rauner vom Naturschutz- u. Grünflächenamt Mitte war der Auftraggeber des brutalen Polizeieinsatzes und legte auch selbst Hand an. Bezirksbürgermeister Gerhard Keil hatte Tage zuvor sinngemäß erklärt: "Ich lasse mich nicht erpressen, Sanitätszelt und Hütte lehne ich ab, notfalls bringt der Krankenwagen die Leute ins Krankenhaus!" Nach diesem Polizeieinsatz waren wir am Ende unserer Kräfte und der psychischen Belastbarkeit. So haben wir am Freitag Abend den Hungerstreik beendet!

Was haben wir bisher erreicht?

Wurde anfangs gegen uns in der Öffentlichkeit hauptsächlich als Kriminelle und Junkies gehetzt, so ist mittlerweile die Vertreibung von unerwünschten Menschen für eine saubere Innenstadt ein Thema. Sehr viele Menschen haben uns direkt ihre Solidarität und Zustimmung gezeigt. Das hat uns immer wieder viel Mut und Kraft gegeben!!! Die Vertreibungsstrategie von Senat und Bezirksamt ist bisher nicht aufgegangen: Nach der Räumung unserer Wagenburg ist keine/keiner von uns nach Karow gezogen!

Die PolitikerInnen scheinen diese Angelegenheit aussitzen zu wollen –

Wir fordern aber weiterhin, und das werden sie wie bisher direkt zu hören bekommen:

1. Einstellung aller Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der 3-tägigen Räumung
2. Schadensersatz für das gekennzeichnete aber dennoch zerstörte Eigentum
3. Streichung der Koalitionsvereinbarung "Keine Wagenburgen in der Innenstadt"
4. Einen für uns und alle Vertriebenen der Wagenburg akzeptablen Stellplatz in der Innenstadt

Wie gehts weiter?

Wir machen mit der Mahnwache als Treff- u. Informationspunkt weiter. Das Problem muß öffentlich sichtbar bleiben! Kommt – auch nachts – vorbei mit Euren Ideen und unterstützt uns! Kontakttelefon bei neuem Standort: 614 40 52

Ob obdachlos, MieterIn, HausbesetzerIn, WagenburglerIn...:

Lassen wir uns von den verantwortlichen PolitikerInnen nichts mehr gefallen!!!
Lassen wir uns nicht aus unseren Stadtteilen vertreiben!!!
Lassen wir unseren Unmut auf vielfältigste Art an den Verantwortlichen aus!!!

Wir bleiben Alle!!!

Die Mahnwache der geräumten
Wagenburg Waldemarstr./Engelbecken
Montag, 25. Oktober 1993

Die Krise der autonomen Medien

aus: Contraste 10/93, Nr. 109

Die Krise der (radikalen) Linken und der damit einher gehende Zerfall von organisatorischen Strukturen geht auch an den autonomen Printmedien nicht spurlos vorbei. Die Krise zeigt sich darin, daß sich die meisten der (lokalen) autonomen Zeitungen in einer Krise befinden und einige ihr Erscheinen eingestellt haben.

Von Bernd Hüttner, Redaktion Heidelberg

● Die Krise der autonomen Medien ist neben anderen Faktoren Resultat des ungeklärten Selbstverständnisses vieler Redaktionen: nur Dienstleistungsorgan zu sein, das die technische Seite von Produktion und Vertrieb bereitstellt und somit in erster Linie Abbild der Szene ist, oder eine »unabhängige« Redaktionzu sein, die eigene inhaltliche Impulse setzt.

Mitte der 80er war in der autonomen Linken die Form der bundesweit verbreiteten Zeitung ohne ausdrücklichen Regionalbezug vorherrschend. Die Zeitungen hatten redaktionelles Profil und bestimmte inhaltliche Schwerpunkte, z.B. der Münchner »Freiraum« (1984-1989) die Anti-WAA-Bewegung; die Frankfurter »Aktion« (1981-1988) das Verhältnis Autonome und AnarchistInnen, und das Stuttgarter »s'Blättle« (eingestellt 1987) Repression und politische Gefangene. Ferner gab es mit der »radikal«, Wildcat und »Unzertrennlich« Zeitungen mit überregionaler Verbreitung.

1989/1990 kommt es zu einem »Gründungsboom« autonomer Stadt- und Regionalinfos, der mit aus den Diskussionen zum Hungerstreik der politischen und anderen kämpfenden Gefangenen erklärt werden könnte. Die Zeitungen und Infos begreifen sich fast durchgängig als Dienstleistungseinrichtung für die Szene. Sie sind in der inhaltlichen Ausrichtung teilbereichsübergreifend orientiert und erscheinen monatlich bzw. zweimonatlich mit 30 bis 60 Seiten Umfang. Die Auflagen liegen geschätzt eher bei 500 als bei 1.000 Exemplaren. Der Vertrieb erfolgt über Verkauf in linken Projekten und Läden und über Einzelabos. Weitere Vertriebsmöglichkeiten sind die bundesweit mittlerweile über 50 Infoläden.

Ziel der Stadt- und Regionalinfos ist und war es, neben der Herstellung von Gegenöffentlichkeit, zu einer Vernetzung und Organisierung der linksradikalen und autonomen Szene beizutragen und inhaltliche Diskussionen zu befördern. Ein Vorhaben, das nur eingeschränkt gelang. Die Infos sind meist als bewegungsinterne Nachrichten- und Selbstverständigungsorgane zu bewerten, die eine Wirkung nach »außen« erst in zweiter Linie anstreben. Ausnahme ist hier der Bremer »Kassiber«, der eher am alten Stadtzeitungskonzept der Alternativbewegung orientiert ist. Ein großes Problem einiger Infos ist die Kriminalisierung durch den deutschen Staatssicherheitssapparat, die meist mit dem §129a StGB (Werbung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) erfolgt. Die Repression führt dazu, daß die Zeitungen in die Illegalität abgedrängt werden (sollen), was nicht ohne Folgen auf ihre Verbreitung und öffentliche Relevanz ist.

Zur Zeit erscheinen regelmäßig acht Infoblätter, die vor ungefähr drei bis vier Jahren gegründet wurden: Ausbruch (Freiburg), Swing (Rhein-Main-Gebiet), agitare bene (Köln), Ruhrgebiets-Info, Nestbeschmutz (Göttingen), RAZZ (Hannover) und Kassiber (Bremen). Diese Infos sind, wie vielen Editorials zu entnehmen ist, in einem krisenhaften Prozeß. So schreibt etwa die Swing-Redaktion anläßlich ihres 50. Heftes im März '93, daß sie die Zeitung jetzt doch weiterführe und sich dafür unter anderem die Bedingung gesetzt habe, daß der Verkauf in der Region nicht unter 300 Hefte sinke und die Zeitung nicht zur »Flugblattsammlung« werde. Die Redaktion des Bremer »Kassiber« hat eine schwindende Redaktionsgröße zu verzeichnen, die Zeitung erschien in 1993 erst einmal. Inhaltlich existiert eine Bandbreite von dem fast nur aus Flugblättern oder Artikeln aus anderen Zeitungen bestehenden Info (Beispiele: Ausbruch, agitare bene) bis zur Zeitung mit einem relevanten Anteil an von der Redaktion geschriebenen Artikeln (Nestbeschmutz, Kassiber).

Besondere Erwähnung verdient die seit dem 1. Mai 1988 wöchentlich in Berlin erscheinende »Interim«, die im August '93 ihr 250. Heft feierte. Die »Interim« dürfte die autonome Zeitung mit dem höchsten Verbreitungsgrad sein, da sie bundesweit gelesen wird. Aus der Reihe fällt der in großen finanziellen Schwierigkeiten befindliche »telegraph«, der aus den »Umweltblättern« entstand, einer Oppositionszeitung, die schon zu Zeiten des Nominalsozialismus der DDR existierte. Der »telegraph« ist als Zeitung des radikalen Flügels der (ehemaligen) BürgerInnenbewegung einzuordnen. Eine abwechslungsreiche Geschichte hat die »BZ« hinter sich, die heute als die (teilweise auch überregional verbreitete) »autonome Ostzeitung« gelten kann. Gegründet 1990 als Zeitung der Ostberliner und ostdeutschen Häuserbewegung, erscheint die »BZ« nach einer Zwischenphase seit April 1993 als Zeitung des Ost-Vernetzungstreffens mit einem inhaltlichen Schwerpunkt pro Heft (Sexismus, Umstrukturierung, ...), dem sich Nachrichten von und für die »Ost«-Szene anschließen.

An Neugründungen autonomer Stadtinfos gab es in den letzten 15 Monaten die »Na und« (München) und »Ohm« (Hamburg). In den »neuen Bundesländern« wurden »Subbotnik in L.A.« (Halle) und das »Infoblatt« (Cottbus) gegründet.

MANGELNDE BETEILIGUNG DER SZENE

Seit Oktober 1992 haben fünf autonome Stadt- und Regionalzeitungen ihr Erscheinen eingestellt: nach knapp drei Jahren und 22 Nummern der »Südwind« (Tübingen/Stuttgart); die im Dezember 1990 zum ersten Mal erschienene »Land unter« (Schleswig-Holstein) nach acht Ausgaben und im Frühjahr 93 die Barrio (Bielefeld). Zwei Zeitungen, die nicht direkt den autonomen Medien zuzurechnen sind, gibt es ebenfalls nicht mehr: »Projektil« aus Münster, eine bundesweit orientierte anarchistische Zeitung, die, 1988 gegründet, nicht gerade gängigen Themen wie Patriarchat, Erziehung, Sexualität, GegenKultur und kollektivem Alltagsk(r)ampf großen Platz einräumte. Der »Diskus«, die »legendäre« Frankfurter StudentInnenzeitung, die 1951 von Max Horkheimer mitgegründet wurde und seit 1989 von einer Redaktion aus dem Umfeld der Linken Liste gemacht wurde, hat mit der im November 1992 erschienen Nummer ebenfalls ihr Erscheinen in der bisherigen Form eingestellt. Die Diskusredaktion und die Linke Liste waren zwar in bundesweite Auseinandersetzungen verwickelt, die Zeitung hatte aber kaum Verbreitung über die Universität hinaus.

Als Ursachen werden von den Redaktionen meist mangelnde Beteiligung an der Zeitung, z.B. durch Zusendung von Artikeln oder Diskussionsbeiträgen, zurückgehende Auflagen und Stagnation in der inhaltlichen Entwicklung genannt. Die Redaktion von »Land unter« versucht eine tiefergehende Analyse (Interim Nr. 247 vom 1.7.93): In der sowieso strukturell unverbindlichen, aktionistischen und der Theorie abgeneigten autonomen Szene (»autonome Politik gibt sich mit Halbwissen zufrieden«) gebe es eine Lücke zwischen der Orientierung auf die gerade angesagten bundesweiten Themen oder Kampagnen und dem zaghaften Blick über den Tellerrand der eigenen Politgruppe. Diese Lücke werde aber von den Stadtinfos besetzt, die lokale oder regionale Prozeße initiieren und dokumentieren wollten. Desweiteren könne der Zerfall des Subjekts, auf das sich die Zeitung bezieht (»die Autonomen«), an der Zeitung nicht spurlos vorbei gehen.



Bei den bundesweiten Medien ist ebenfalls eine krisenhafte Entwicklung zu beobachten. Neben der operaistischen »Wildcat«, deren Erscheinungstermine immer größere Zeitabstände annehmen, gibt es derzeit nur noch die »radikal« als autonome Zeitung mit überregionaler Verbreitung und Orientierung. In der »radikal« sind seit einem Jahr Konflikte in der Redaktion zu beobachten, die sich teilweise entlang des Konfliktes »Dokumentation von zugeschickten Artikeln« oder »Beförderung der inhaltlichen Diskussionen der autonomen Linken und Behandlung unterbelichteter Themen« festmachen lassen. Die radi-Frauenredaktion hat sich im Sommer '93 vom Gesamtprojekt abgespalten und hat mehrere eigenständige Beiträge in »Interim« und anderen Zeitungen veröffentlicht. In einer Erklärung schreibt die (Rest-)Redaktion, daß sie sich lange überlegt habe, ob sie die Zeitung weitermachen solle und sich fragt, ob sie die »radi« nur künstlich am Leben erhalte (Interim Nr. 251, 26.8.93). In Zukunft will die radikal-Redaktion sich darauf konzentrieren, daß der »Laden überhaupt läuft« und stellt fest, daß sie »auf die inhaltliche Gestaltung der radi in absehbarer Zeit nicht viel Gewicht legen« kann. Diese überraschende Haltung ist neben den schwierigen Bedingungen der Illegalität auch Resultat des Redaktionsselbstverständnisses, nur Dienstleistungsgruppe zu sein.

Eine neue Entwicklung sind die nach-autonomen Zeitungen, die einen Bruch mit gängiger – vor allem autonomer – Theorie und Praxis versuchen und eine redaktionelle Arbeit leisten. Ein Beispiel ist die seit Ende 1990 in sechs Ausgaben erschienene »17 C« aus Hamburg. Die zweite Zeitung dieser Art ist »Arranca!«, die von Menschen um und aus der Berliner Gruppe F.e.l.S. (Für eine linke Strömung) herausgegeben wird. Beide Zeitungen versuchen mit anspruchsvollem Layout und theorielastigen Texten neue Wege in linksradikaler Zeitungsproduktion zu gehen. Sie haben damit einigen Erfolg, so beträgt die Auflage bei »Arranca!« um die 2.000 Exemplare. Ein weiterer, etwas biederer Versuch ist die Zeitung »Avanti«, die von gleichnamigen Gruppen aus Kiel und Lübeck herausgegeben wird. Von ihr liegen seit Ende 1990 sieben Nummern vor.

Der Vollständigkeit wegen seien noch die anarchistischen Zeitungen erwähnt, die ebenfalls über eine Redaktion verfügen, die aktiv in politische Prozesse eingreifen will. Die »großen Drei« erscheinen alle seit über einem Jahrzehnt, ihre Auflagen betragen jeweils ca. 3.000. Alle drei haben ein eigenständiges Profil: der »Schwarze Faden« als »beste« anarchistische Zeitung, die »Direkte Aktion« über ihre Verbindung zur anarchosyndikalistischen »Freien ArbeiterInnen Union« und die seit 1972 erscheinende »Graswurzelrevolution« als Organ der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen. Die beiden letzten können beim Vertrieb auf ihre Organisation zurückgreifen.



»FÜR WEN SCHREIBEN WIR?«

»Wir gehen von einem grundlegenden Zersetzungsprozeß aller organsierten Zusammenhänge der revolutionären Linken aus. Das drückt sich auch im Zeitungssterben aus (Südwind, Land unter, usw.): Wir bedauern das, aber es wundert uns nicht. Wir brauchen – heut erst recht – keine Flugblattsammlungen, sondern Zeitungen, die agitieren, die Diskussionen anschieben, Hintergründe ausleuchten, Zusammenhänge herstellen. Von alleine kommt das nicht. Die Redaktion als Layoutgruppe – da geht es letztlich einer Szene-Zeitung nicht anders als der »Prawda«: entweder eingehen oder sich selbständig machen.«

Mit diesem Zitat aus der Broschüre »Die Mühen der Ebene« der Gruppe »Kein Friede« (1) ist das Dilemma der linksradikalen Medien treffend umschrieben. Die autonomen Infos, die unter anderem als Reaktion auf die Ende der 80er fast vollständige Kommerzialisierung der noch verbliebenen Stadtzeitungen gegründet wurden, geraten nun in dieselben Probleme wie die »alte« Alternativpresse. Das Interesse der LeserInnen wird überschätzt, und obwohl die LeserIn-Zeitungsbindung bei den autonomen Infos höher sein dürfte als bei den Alternativzeitungen, stellt sich für die autonomen Medien heute die Frage »für wen schreiben oder machen wir die Zeitung eigentlich?«. Weiterer Grund für die Krise ist die Lieblosigkeit und mangelnde Verantwortung, mit der die autonome Bewegung mit ihren Medien umgeht. Ungeklärt auch das Verhältnis von lokaler und überregionaler Berichterstattung in den Infos selbst: Während von manchen Stadtinfos Ausgaben erscheinen, in denen kein Beitrag aus der Stadt selbst enthalten ist, drucken Zeitungen wie »Swing«, »Ruhrgebietsinfo« oder das »Nestbeschmutz« öfters längere und interessante Diskussionsbeiträge zum Beispiel zur Patriarchats- oder Nationalismuskritik ab. Im Mißverhältnis steht auch der Vertrieb der Infos. Die MacherInnen des »Südwind« schreiben in ihrer letzten Nummer, der Verkauf in der Region sei zurückgegangen, während der Absatz durch Abos oder durch den Verkauf in Infoläden außerhalb der Region immer größer geworden sei. Eine Entwicklung, deren Ursachen hier nicht zu ergründen sind, die aber unter Umständen auf andere Zeitungen ebenfalls zutreffen könnte. So kommt es teilweise zu einer Ungleichzeitigkeit: während Medien, die nur dokumentieren – wie etwa die antiimperialistisch dominierten »Ausbruch« und »agitare bene« – existieren, haben Medien mit einem weitergehenden Konzept, wie die »Land Unter« ihr Erscheinen eingestellt.

Dies lässt sich neben lokalen Besonderheiten damit erklären, daß bundesweit »antiimperialistische Autonome« eher solche lokale Medien lesen, die »ihrer Linie« entsprechen. So kann man feststellen, daß die hier bezeichneten Medien »profillose Flugblattsammlungen« trotzdem Profil und LeserInnen haben können.

An der Entwicklung der »post-autonomen« Medien und auch der anarchistischen Zeitungen lässt sich ablesen, daß Zeitungen mit eigenem Profil und redaktionellem Konzept auf Krisen besser vorbereitet sind und kontinuierlicher arbeiten können. In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung bei der »radikal« zu sehen: Auf die Idee, daß die Aufgabe des Einflußes der Redaktion auf die Inhalte, der über eine Auswahl der zugesandten Beiträge hinausgeht, der Tod einer Zeitung sein kann, kommt die radi-Redaktion nicht.

BEWEGUNGSPOLITIK UND THEORIEDISKUSSION VERBINDEN

Medien müssen auf gesellschaftliche Umrüche reagieren. Sicher ist das bei einer lokal orientierten Zeitung, die in erster Linie die Basisversorgung mit Gegeninformation sicherstellen muß, schwierig. Jede Zeitung muß mit der Ausdifferenzierung ihrer LeserInnen und ihrer lokalen und überregionalen Verteilung umgehen. Andererseits müssten aber Zeitungen heute angesichts der Individualisierung – gerade innerhalb »der« Autonomen – dieses breitere LeserInnenspektrum abdecken und neue politische und kulturelle Entwicklungen, wie sie sich zB in den »Wohlfahrtsauschüssen« (dazu siehe 17C Nr. 6) materialisieren, wahrnehmen. Dazu in der Lage sind wohl aber nur (bundesweite) Zeitschriften, die von eben diesen, sich von den Autonomen abgrenzenden Menschen gegründet wurden – wie etwa »Arranca!« und »17 C«. Eigentlich ist das ein Paradox, da die lokal orientierten Medien viel näher am Geschehen sind.

Eine Zeitung, die Bewegungspolitik und Theoriediskussion verbindet, wie seinerzeit die »Unzertrennlich«, gibt es heute nicht. Die »Unzertrennlich« war als bundesweite autonome Zeitung projektiert und wurde im Winter 1988/89 nach 11 Ausga-



ben eingestellt. Sie thematisierte auf hohem Niveau die Diskussionen der End-80er (Internationalismus, Kritik der Kampagnenpolitik, Patriarchat, ...) und wurde letztendlich doch von den eigenen Strukturen nicht getragen. Dies war der Grund für die Einstellung und nicht, wie mensch annehmen sollte, Repression oder sinkende Auflage.

Die Theoriefeindlichkeit der Autonomen hat heute mit zum Resultat, daß sie nicht die Medien hervorbrachten, die sie in die Lage versetzen würden, ihre durch Implosion des Realsozialismus, Zerfall der neuen sozialen Bewegungen und deutschen Rechtsruck verursachten Krisen- und Resignationsprozeße angemessen diskutieren zu können. Das wirft die, angesichts der fehlenden Daten über LeserInnen und deren Erwartungen, schwer zu beantwortende Frage auf, ob die autonome Bewegung die Medien hat, die sie verdient, oder den Redaktionen Versäumnisse oder allzulanges Verharren in gewohnten Bahnen vorgeworfen werden kann? Die ehemalige »Land Unter«-Redaktion schreibt, daß es versäumt worden sei, zu »Zeiten, wo dies noch möglich gewesen wäre, Zusammenhänge zu schaffen, die auch unabhängig von Zeitgeist und Bewegungsdynamik politikfähig sind«. Menschen aus der Gruppe »F.e.I.S.« drückten ihre Probleme angesichts des immer gleichen autonomen Medienangebots anders aus: »Nirgendwo können wir die grundsätzlichen Fragen diskutieren« – und zogen daraus die Konsequenz, eine eigene Zeitung zu gründen.

Oder verhindern gar Zeitungen, wie das Massenmedium »Interim«, die notwendige Kommunikation unter Autonomen? Das meint zumindest ein sich Sven Glückspilz nennender Autor in Interim Nr. 245 (17.6.93). Er konstatiert einen »unterentwickelten Umgang der Autonomen mit gesellschaftlicher Kommunikation«, der sich auch in der autonomen Trennung von Politik und Kultur zeige. Die Aufhebung dieser Trennung werde oft dem »Umfeld« überlassen. Folge ist, daß die Autonomen, und damit auch ihre Medien, stärker als ihnen bewußt sei, die gesellschaftlich vorHERRschenden Mechanismen wie Konsumismus, Individualisierung und Anonymisierung reproduzieren. Glückspilz wirft der »Interim« Beliebigkeit vor, die unter dem Mantel der politischen Auseinandersetzung daherkomme. Er plädiert für die Aufhebung der durch die »Interim« mitverursachten Blockade autonomer Kommunikation und tritt für eine analysierende Zeitung und eine mit Nachrichten und Terminen etc. ein. Ohne das Massenmedium »Interim« würde eine nach seiner Meinung wohltuende Stille eintreten, die zwar erstmal bedrohlich sei, aber wenigstens den wahren Zustand autonomer Binnenkommunikation offenlegen würde. Erst dann könne eine »neue Phase« autonomer Medien beginnen. ●

(1) zu bestellen für 4 DM bei AWI, c/o 3. Welthaus, Westerbachstr. 40, 60489 Frankfurt

ADRESSEN:

wildcat: SISINA, Postfach 360 527, 10975 Berlin;
radikal: Äußerer Umschlag: NN, Van Oostadestraat 233 D, NL-1073 TN Amsterdam, Innerer Umschlag: Z.K.;
Ausbruch, c/o ZL-Büro/BWK, 79098 Freiburg;
Swing: Archiv für Zeitgeschichte, Stichwort: Swing, Hinter der schönen Aussicht 11, 60311 Frankfurt;
agitare bene, c/o AL, Bobstr. 6, 50676 Köln;
Ruhrgebietsinfo, c/o Infoladen, Oesterholzstr. 88, 44145 Dortmund;
Nestbeschmutz, c/o Buchladen Rote Strasse, Rote Strasse 10, 37073 Göttingen;
Kassiber, c/o VzVuN, St. Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen;
telegraph, Schliemannstr. 22, 10437 Berlin;
BZ c/o Bandito Rosso, Lottumstr. 10a, 10119 Berlin;
RAZZ und Interim versenden keine Einzelhefte;
Na und, c/o Infoladen, Breisacherstr. 12, 81667 München;
Ohm, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg;
Subbotnik in L.A., c/o Initiative VL, Große Klausstr. 11, 06108 Halle;
Infoblatt, Strasse der Jugend 155, 03046 Cottbus;
17 C, c/o Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg;
Arranca!, c/o LAZ, Crellestr. 22, 10827 Berlin;
Avanti, c/o Initiativenzentrum, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel;
SF, Postfach 1159, 71117 Grafenau;
DA, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers;
GWR, Kirchstr. 14, 29462 Wustrow.

---

und zum zweiten:

Die Krise der autonomen Medien

Hallo Interim !
Das Abdrucken des Fotos von der Irmgard Möller-Demo hättet ihr euch auch sparen können. Kann eh kaum wer erkennen.
Daran schließt sich die Frage an, ob ihr überhaupt Farbfotos bzw. Farbkopien veröffentlicht ?
Oder war der Vierfarbdruck auf einem Interim-Titelblatt mit dem gegrillten Olympia-Bär aus der Auguststraße nur eine Ausnahme ?
Wenn dem so ist, kann ich mir die Mühe sparen, euch Farbiges rüberzuwachsen - schwarz-weiß ist dann wohl besser.

Noch was bezüglich eures Vorwortes.
Was beschwert ihr euch über leere Briefkästen, wenn dann wieder viel im Ordner landet. Ist doch wiedersprüchlich.
Und warum druckt ihr ständig Sachen nach, die woanders schon stehen ?, wie im AK, der Arrancha oder im allgemeinen Pressewald ???
Für die, die es schon kennen, heißt das dann weiterblättern.
Druckt doch Sachen , die noch nirgendwo stehen.
Die Presseerklärung von B.Mohnhaupt zu I.Möller kannste in der bürgerlichen Presse jedenfalls nicht nachlesen.

Und das Titelblatt vom 21.Oktober war ja auch nicht grad der Hit. Aber ist wohl auch Geschmackssache. Will auch garnicht weiter rummeckern. Und nehmt es nicht so persönlich - ihr seid ja leicht zu kränkbar.

ansonsten- macht weiter so-
!!!
!!!

INTERVIEWS ZU DEN EREIGNISSEN IN MOSKAU

Interview mit Vadim Damier (IREAN-Initiative Revolutionärer Anarchisten und Liga der Grünen Parteien) vom 7. 10. 1993

F: Wer war am Weißen Haus und hat das Parlament verteidigt?

Im Prinzip gab es drei Hauptgruppen, die das Weiße Haus schützten. Erstens die Stalinisten, zweitens die Nationalisten und Faschisten, und drittens der Teil der Demokraten, die in Opposition zu Jelzin standen.

F: Wer war das genau?

Ich weiß nicht, welche konkreten Gruppen da waren, aber man muß berücksichtigen, daß selbst Chasbulatow, der Vorsitzende des Parlaments, früher einer der nächsten Anhänger Jelzins war. Es gab Leute, die einfach sagten: "Wir schützen die Demokratie, wir schützen die Legislative und die Verfassung!" Außerdem gab es noch eine vierte Gruppe: die Jugendlichen, die aus reinem Protest auf die Straße gingen oder weil sie intuitiv verstanden, daß sie unter der Marktwirtschaft keine Chancen zur Verwirklichung ihres Lebens haben.
Einige Linksradikale, vor allem Trotzkisten, einige linksmarxistische Gruppen und auch Punks und Anarcho-Punks versuchten wohl als erste, die Barrikaden um das Weiße Haus in der Nacht vom 21.-22. September zu errichten. Aber die meisten von ihnen wurden sehr rasch von Faschisten vertrieben. Die Faschisten verprügelten Linksradikale und vertrieben die Trotzkisten und Anarcho-Punks von den Barrikaden.
Auch ein Mitglied von IREAN war individuell dort anwesend, obwohl IREAN als Gruppe keine offizielle Position zur Unterstützung der einen oder der anderen Seite hatte. Als Faschisten Punks angriffen, versuchte er, diese zu schützen und wurde selbst verprügelt und von den Faschisten der Polizei übergeben.

F: Wie hat die Bevölkerung insgesamt reagiert?

Die Mehrheit war insgesamt gleichgültig und war vor allem dagegen, daß die Politiker diese Schießerei in der Stadt organisierten. In diesem Sinn war die Reaktion, meiner Meinung nach, mehrheitlich positiv, denn im Gegensatz zu früher gibt es kein Vertrauen in die Macht mehr. Aber das ist natürlich eine passive Position.

F: Gab es denn in den Betrieben irgendwelche Reaktionen?

Nein, bisher nicht. Die neuen Gewerkschaften sind in der Mehrheit für Jelzin. Die mit 50 Millionen Mitgliedern theoretisch sehr starken, alten Gewerkschaften nahmen eine sehr interessante Position ein. Als die Krise begann, sagten sie, sie seien für das Parlament, für die Verfassung, und erklärten den Generalstreik. Aber niemand in den Betrieben reagierte und so blieb das nur eine rein politische Erklärung. Dann versuchten sie vergeblich, eine Konferenz der Streikkomitees zu organisieren, und schließlich nach dem Angriff auf das Parlament erklärten sie, daß sie die Jelzin-Regierung unterstützen.

1

F: Wie beurteilst Du den Ausgang der Ereignisse und was bedeutet das für Euch?

Wir haben jetzt eine Art der Diktatur, denn die Exekutive hat die uneingeschränkte Macht. Die Legislative wurde vertrieben. Jetzt heißt es sogar, daß auch die lokale Legislative in vielen, wenn nicht allen Städten und Gebieten vertrieben werden soll. In Moskau funktionieren der Mossovjet (Moskauer Stadtparlament) und die Bezirksparlamente bereits nicht mehr. Mehr noch, viele Deputierte des Mossovjets wurden auf Befehl des Bürgermeisters vorübergehend verhaftet und schwer verprügelt. Das betraf sogar die Deputierten der Partei der Arbeit, also sozusagen die Sozialdemokraten, und einige Gewerkschaftsführer wie z.B. Alexander Segal. Einige Parteien, vor allem kommunistische, stalinistische und nationalistische, sind verboten worden. Der Bürgermeister von Moskau hat sogar eine trotzkistische Gruppe auf Moskauer Ebene deregistriert. Es heißt daß selbst, die Moskauer KAS-Gruppe (Konföderation der Anarchosyndikalisten) deregistriert sein soll. Niemand weiß eigentlich warum, denn die KAS machte in dieser Situation nichts.
Wir, IREAN, sind nicht registriert und können darum auch nicht deregistriert werden.
Die Menschenrechte werden verletzt. In der Presse gibt es Zensur. Demonstrationen und Kundgebungen sind verboten.
Insgesamt meinen wir, daß Jelzin mit dieser Operation jetzt alle Hindernisse für die Durchführung der marktwirtschaftlichen Politik beseitigen will. Die Rückkehr des ehemaligen Ministerpräsidenten Gaidar ist kein Zufall. Wir vermuten, daß es soetwas wie eine Generalprobe dafür ist, wie man später Streiks oder Proteste der Arbeiter unterdrücken wird.
Man muß jedenfalls verstehen, daß die gegenwärtige Repression nicht nur gegen Stalinisten und Nationalisten gerichtet ist.

F: Das ist im Westen bisher kaum bekannt.

Die westliche Position war natürlich für diejenigen Leute hier, die sich für Demokraten halten und trotzdem in Opposition zu Jelzin standen, ein völliger Schock, weil ganz klar wurde, daß Demokratie oder so etwas in der westlichen Motivation und Reaktion überhaupt keine Rolle spielt.

F: Was bedeutet das alles für Eure Arbeit?

In dieser Situation können wir jetzt natürlich keine offenen Kundgebungen machen, weil das verboten ist. Die Spezialeinheiten der Polizei sind darauf scharf gemacht worden, alle linksradikalen oder linken Demonstrationen rasch und brutal aufzulösen. Wir wollen jetzt vor allem Flugblätter herausgeben, in denen wir die Situation erklären, in denen wir gegen die Diktatur protestieren und für die Freilassung der politischen Gefangenen eintreten...

F: Für alle?

Nein, natürlich nicht für die Faschisten. Darüberhinaus wollen wir unsere einfache Propagandaarbeit weiterführen, das heißt

2

Propaganda zugunsten der revolutionären syndikalistischen Gewerkschaft und für einen wirtschaftlichen Kampf, denn es ist ganz klar, das jetzt vor allem die soziale, sozialökonomische, materielle Situation der arbeitenden Leute sehr rasch verschlechtert wird.

F: Gibt es irgendwas, was ihr gerade dringend braucht?

Nein, momentan nichts besonderes. Wir hoffen, daß wir irgendwann eine Kopiermaschine bekommen. Wir wollten während der Krise ein eigenes Flugblatt machen und hatten sogar eine Matrix vorbereitet, aber leider war der Rotator, den wir manchmal benutzen können, kaputt. Daher konnten wir bis zum Ende der Krise leider kein Flugblatt machen

Interview mit Boris Kagarlitzki (PdA-Partei der Arbeit) vom 7. 10. 1993

Die PdA ist ein Zusammenschluß von Anarchosyndikalisten, Mitgliedern der "Sozialistischen Partei" um den Ex-Dissidenten Kagarlitzki, und ehemaligen Mitgliedern der "Marxistischen Plattform", einer kurz vor ihrem Verbot entstandenen Fraktion innerhalb der KPdSU. Die PdA arbeitet eng mit den alten Gewerkschaften zusammen, die versuchen, sich von ihrer alten Rolle des "Transmissionsriemens des KPdSU-Willens" in eine Gewerkschaft umzuwandeln, die die Interessen der ArbeiterInnen tatsächlich vertritt.

F: Was war die Position der PdA während der letzten Tage?

Wir leisteten natürlich Widerstand gegen den von Jelzin organisierten Staatsstreich. Wir waren absolut davon überzeugt, mit gewaltfreien Mitteln Widerstand leisten zu müssen. Der ganze Widerstand brach genau deswegen zusammen, weil zur Gewalt übergegangen wurde und das insbesondere in einer Situation, in der der Staat das Monopol über die Streitkräfte besitzt. Die einzige Möglichkeit, diesen Kampf zu gewinnen, wäre gewesen, den Widerstand gewaltfrei und unbewaffnet fortzusetzen, aber das wurde von den Führern des Weißen Hauses unglücklicherweise nicht angestrebt.

F: Was hat die PdA konkret gemacht?

Wir organisierten Demonstrationen, z.B. eine Demonstration zum Weißen Haus, die von Abgeordneten des Mossowjets angeführt wurde. Wir versuchten Leute zu schützen, die verprügelt wurden, wir organisierten Propaganda innerhalb der OMON-Einheiten und der Armee. Aber all das wurde sinnlos, als zur Gewalt gegriffen wurde. Ich will das nicht von einem allgemeinen Standpunkt aus diskutieren, aber es war einfach politisch absolut falsch, zur Gewalt zu greifen.

F: Warum wurden Sie verhaftet?

Nun, das ist eine gute Frage. Denn letztendlich ist es den Staatsorganen nicht gelungen, auf diese Frage eine klare Antwort zu geben. Ich denke, daß ich verhaftet wurde, weil ich Abgeordneter des Mossowjet bin und weil sie Material gegen den Mossowjet zusammenstellen wollten. Sie versuchten mich dazu zu zwingen, ein Dokument zu unterschreiben, in dem ich beschuldigt wurde, einen Polizeiwagen gestohlen zu haben. Natürlich haben Kondratov, ein anderer Deputierter des Mossowjets, und ich uns geweigert, zu unterschreiben, obwohl sie uns sogar schlugen.

F: Was wird jetzt weiter passieren und was wird das für die demokratische Linke, insbesondere für die PdA, bedeuten?

Wir leben in einer Diktatur. Es ist das erste Mal in der russischen Geschichte, daß wir statt des traditionell russischen Typs ein autoritäres Regime westlicher Prägung bekommen haben. Aber dank des russischen Chaos ist es eine sehr ineffiziente Diktatur. Sie wird relativ 'soft' sein, nicht weil ihre Führer das so wollen, sondern weil sie nicht die Möglichkeiten haben, hart durchzugreifen.
Hier herrscht jetzt eine Diktatur. Aber es gibt starken Widerstand gegen diese Diktatur. Es gibt keinerlei demokratische Legitimierung dieses Regimes. Sie versuchen jetzt Wahlen zu organisieren, ohne der Opposition zu erlauben, daran teilzunehmen. Das wird etwas sein, das auf sie zurückfallen wird, denn wenn sie ein Parlament schaffen, welches gänzlich illegitim und völlig unrepräsentativ ist, dann wird dieses Parlament nicht lange Bestand haben und keine wirkliche Stütze des Regimes sein. Ich denke, daß die gesamte ökonomische Politik des Regimes fehlschlagen wird. Das Regime wird früher oder später abtreten müssen. Ich denke, eher früher.
Da ist noch eine wichtige Sache, die ich sagen will, die sehr wichtig für die westliche Öffentlichkeit ist: Die westlichen Politiker, die den Staatsstreich unterstützten, waren sich absolut im Klaren darüber, was geschah. Sie wußten ganz genau um den antikonstitutionellen, autoritär-antidemokratischen und illegitimen Charakter von Jelzins Aktion. Nichtsdestotrotz unterstützten sie den Staatsstreich. Das ist ein sehr beeindruckender Fall des moralischen Zusammenbruchs der westlichen politischen Eliten und ihrer Vorstellungen von Demokratie. Es gab zwar Staatsstreiche in verschiedenen anderen Ländern, die von den westlichen Mächten unterstützt wurden, aber dies ist das erste Mal, daß ein Staatsstreich von den westlichen Mächten öffentlich in offiziellen Stellungnahmen unterstützt und als Triumph der Demokratie präsentiert wird.

F: Ist die PdA bereits deregistriert worden?

Nein, denn wir sind gar nicht registriert, und das hat uns vor der Deregistrierung bewahrt. Wir stehen zwar jetzt vor bestimmten Problemen, aber diese sind nicht absolut.

F: Wie kann die PdA jetzt weiterarbeiten und was sind ihre nächsten Schritte?

Es ist bekannt, daß der Mossowjet und die Distriktsowjets aufgelöst wurden. Wir können also auf diesem Weg, als Deputierte, nichts mehr beeinflussen. Aber wir sind immer noch in der Lage, über die Gewerkschaften Einfluß zu nehmen. Die Gewerkschaften sind noch nicht verboten. Es gibt zwar Gerüchte über ein bevorstehendes Verbot der Gewerkschaften, aber ich glaube nicht, daß es ausgesprochen wird.

F: Ist es richtig, daß die Gewerkschaften einen Generalstreik ausgerufen hatten, dem niemand folgte?

Das ist nicht wahr. Die Gewerkschaften haben über einen Generalstreik diskutiert und letztendlich beschlossen, ihn nicht zu organisieren. Die Führung der Russischen Gewerkschaften ist zurückgetreten, weil sie nicht in der Lage war, die Gewerkschaften zu restrukturieren und sie so auf die neue Situation einzustellen. Jetzt sind wir sehr damit beschäftigt, den Kongreß der Russischen Gewerkschaftsföderation vorzubereiten, auf dem die neue Führung gewählt werden soll. Und vielleicht wird die ganze Organisation umgestaltet.

Kondratov, ein anderer Deputierter des Mossowjets und ich uns

Interview mit Michail Zovma (KAS-Konföderation der Anarchosyndikalisten) vom 10.10.1993



F: Was war Deine Position zu Jelzins Parlamentsauflösung?

Natürlich hielten wir sein Dekret vom 21. September für illegal. Seine jüngsten Schritte zielen auf die Errichtung eines autoritäres Regimes ab. Aus diesem Grund stehen wir nicht auf der Seite von Jelzin. Gleichzeitig sahen wir, daß die Verteidiger des Parlaments auch hauptsächlich Leute mit autoritären Ideen sind und deswegen haben wir das Parlament nicht mitverteidigt. Insgesamt ist es jedoch offensichtlich, daß viele Menschen sowohl mit dem Parlament als auch mit dem Präsidenten unzufrieden sind. Wir versuchten, mit diesen Leuten zu kommunizieren und wir veröffentlichten ein Flugblatt, das die Arbeiter zu einem Generalstreik aufforderte und das das Blutvergießen verhüten sollte. Das war vor dem Sturm auf das Parlament. Unglücklicherweise sind unsere technischen Möglichkeiten jedoch sehr beschränkt, und es gelang uns daher nicht, breitere Kreise zu erreichen.

F: Inwieweit waren die Sowjets eine demokratische Institution?

Wir wußten, daß die Sowjets schlecht arbeiteten, daß es da parlamentarische Grenzen gab und daß da eine Menge Unsinn ablief. Aber dennoch waren sie demokratisch gewählt. Es waren nicht mehr Kommunisten in den Sowjets als in der Regierung. Und tatsächlich versuchten sie sich in Opposition zu Jelzins und Gaidars Politik zu stellen; auch wenn diese Opposition nur sehr begrenzt und keine wirkliche Opposition war, so war sie jedoch zumindest demokratisch gewählt.
Jetzt versuchen die westlichen Medien, die Menschen von dem Unsinn zu überzeugen, daß das Parlament pro-kommunistisch war, dabei handelt es sich um exakt das gleiche Parlament, das Jelzin an die Spitze des Parlaments wählte und das ihn während des Putsches im August 1991 unterstützte.

F: Haben die Gewerkschaften tatsächlich einen Generalstreik ausgerufen?

Die Gewerkschaften lehnten Jelzins Dekret am zweiten Tag nach seinem Erscheinen ab und forderten Jelzin auf, das Dekret zurückzuziehen. Später riefen sie die Bevölkerung zum Generalstreik auf, aber es gab keine Unterstützung aus den Untergliederungen. Außerdem gab es Gerüchte, daß die alten offiziellen Gewerkschaften durch ein Dekret Jelzins verboten werden würden. Davor hatten sie große Angst. Jetzt haben sie vor Jelzin kapituliert und sind geschlagen. Das heißt, es gibt jetzt außer den Kommunisten oder Faschisten keine wirkliche Opposition mehr, die gegen Jelzin kämpfen kann.

F: Was ist mit der Gewerkschaftszeitung "Solidarnost"? Ist es möglich, sie herauszugeben?

Ja, aber sie bezieht offensichtlich keine radikale Position. Die Redaktion sorgt sich darum, daß die Gewerkschaften nicht verboten werden und ihre Zeitung nicht geschlossen wird. Darum werden sie nicht schreiben, was sie wirklich über das alles denken. Sie haben Angst.

F: Kagarlitzki berichtete, daß es eine Demonstration gab, die von Deputierten des Mossowjets gemacht wurde.

Das kann sein. Nach Jelzins Dekret gab es einige öffentliche Veranstaltungen und Pressekonferenzen, auf denen auch die PdA ihre Position vertrat. Obwohl sie eine etwas andere Position hatten, arbeiteten sie doch mit den Kommunisten und Faschisten zusammen. Als ein führender Vertreter der PdA eine Pressekonferenz in einem Distriktsowjet gab, wurde er zum Beispiel von Faschisten geschützt.

F: Er wurde von Faschisten geschützt?

Ja, denn es bestand die Gefahr, daß Regierungstruppen kommen und ihn verhaften würden. Deswegen wurde er von Faschisten geschützt.
Die PdA nahm, meiner Meinung nach, eine sehr seltsame Position ein. Sie lehnten Jelzins Dekret ab und gleichzeitig unterstützten sie Ruzkoi als Präsidenten.



F: Was hast Du während der Ereignisse der letzten Wochen gemacht?

Einige meiner Freunde bildeten eine Sanitätergruppe und versuchten, den Verwundeten in der Nähe des weißen Hauses zu helfen. Ich bin im wesentlichen mit ihnen umhergelaufen, um zu beobachtet, was passierte. Ich habe Berichte an verschiedene Anarchisten im Westen geschickt.
Wir versuchten, alternative Nachrichten zu verbreiten, denn es gibt eine Menge Verwirrung in den Medien. Für uns ist offen-

sichtlich, daß all das Blutvergießen eine von Jelzin initiierte Provokation war. Auf den Demonstrationen am Sonntag (4.10.) waren fast keine Polizeikräfte. Man ließ die Demonstranten die Polizei besiegen, und die Menge war sehr enthusiastisch. Sie dachten, daß sie triumphieren würden.
Gleichzeitig provozierte die Polizei sehr stark und in den Medien wurde laufend über Heckenschützen berichtet. So wurde versucht, der Bevölkerung einzureden, daß sie gefährdet sei. Die einzigen Heckenschützen, die existierten, waren jedoch die des KGB. Diese erschossen auch Zivilisten in der Nähe des Weißen Hauses und in anderen Stadtteilen.

F: Das verstehe ich nicht ganz. Ich dachte, einige Kommunisten und bewaffnete Gruppen hätten versucht Ostankino, die Moskauer Fernsehstation, zu stürmen. Wir hatten hier in Deutschland den Eindruck, daß das der Beginn der militärischen Auseinandersetzungen war.

Das stimmt nicht ganz, denn während der Demonstrationen an dem Tag gab es bereits Auseinandersetzungen mit der Polizei. Dabei ließ man die Demonstranten die Polizei besiegen.
Danach sagte Ruzkoi, daß sie den Sitz des Bürgermeisters und die Fernsehstation stürmen würden, denn er wußte bereits, daß etwas passieren würde. Einige Tage vor dem Sturm auf das Weiße Haus sagte ein Jelzin naher Beamter zu Journalisten, daß sie auf die Ereignisse, die am 4. Oktober passieren würden, eingestellt sein sollten. Und das bedeutet, daß sie im voraus planten, das Weiße Haus am 4. Oktober zu stürmen.

F: Wir hörten von der Deregistrierung von KAS? Ist das wahr?

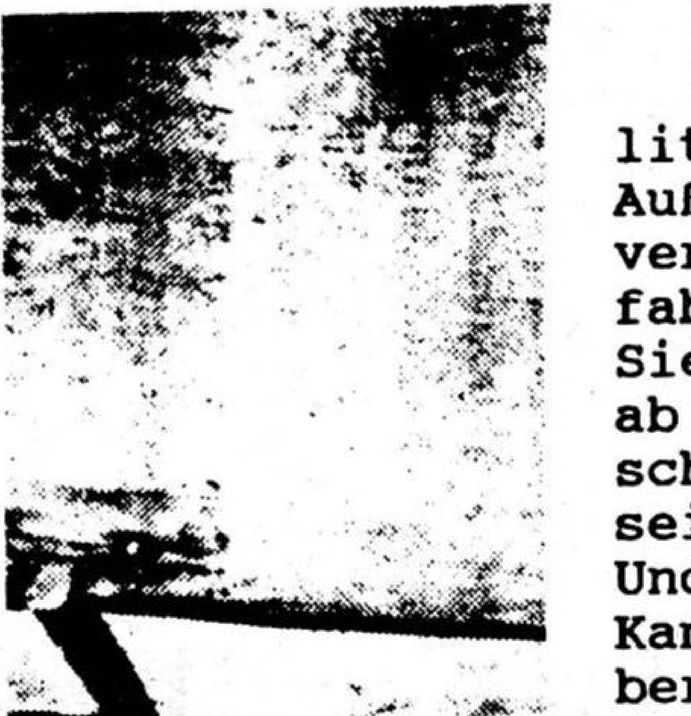
Das ist schwierig zu sagen, denn der Justizminister veröffentlichte eine Liste von Organisationen, die verboten wurden. Das waren insgesamt 16 Organisationen, die an der Verteidigung des Parlaments teilnahmen und die auf nationaler Ebene operieren. KAS und die PdA waren nicht darunter. Aber gleichzeitig versuchten der Bürgermeister und seine Administration, einige weitere oppositionelle Organisationen in Moskau zu verbieten. Es gibt eine Liste von Organisationen, die nicht veröffentlicht wurde und die eventuell auch KAS und die PDA aufführt, aber es gibt keine offiziellen Informationen darüber.

F: Also ist Eure Organisation noch legal?

Legal sind nur die Organisationen, die registriert sind. Und unsere Organisation und die PdA sind nicht registriert. Sie sind irgendwie informell.

F: Was bedeuten all dieser Ereignisse für die politische Zukunft Rußlands?

Was wir beobachten, ist wie sich ein autoritäres Regime formiert. Z.B. gibt es Zensur in der Presse. Sie erklärten zwar, daß die Zensur aufgehoben ist, tatsächlich funktioniert sie aber nur noch besser, denn die Journalisten üben Selbstzensur. Aus diesem Grund gibt es z.B. wenige Informationen über die Bruta-







lität der Polizei oder der Armee.
Außerdem besteht die Gefahr, daß die offiziellen Gewerkschaften verboten werden, daß sie mit der politischen Repression fortfahren.
Sie hören jetzt offensichtlich auch viel mehr Telefongespräche ab als vorher, denn die Qualität der Telefonverbindungen ist schlecht, und das bedeutet, daß der KGB gerade viel arbeitet und sein bestes versucht.
Und jetzt stehen die Wahlen bevor. Selbst als der Ausgang des Kampfes noch unklar war, entschieden sich einige Politiker bereits dazu ruhig zu bleiben, da sie sich lieber ungestört auf den Wahlkampf vorbereiten wollten. Aber offensichtlich wird diese Wahl ein großer Triumph für Jelzin werden, denn er hat den Kampf jetzt gewonnen. Er hat die Sowjets aufgelöst, er hat die Opposition fast ganz zerstört und darum wird es kaum irgendwelche alternativen Kräfte zu ihm geben.

Interview mit Alexander Buzgalin (für die "Marxistische Plattform" Ex-Mitglied des ZK der KPdSU, jetzt: PdA-Partei der Arbeit) vom 11.10.1993

F: Was ist in den letzten zwei Wochen in Moskau passiert?

Die Situation war nicht sehr einfach. Die Entwicklung begann am 21. September. Jelzins Dekret war ein Angriff auf die Verfassung und die Demokratie in Rußland. Es kam zur Blockade des Parlaments und dann zu den massenhaften Angriffen auf Demonstranten, wobei eine Menge Leute verprügelt wurden, nicht nur Semifaschisten und Kommunisten, sondern auch ganz normale Leute, die die Demokratie unterstützten. Unter diesen waren auch meine Freunde, Professoren der Russischen Akademie der Wissenschaften, der Moskauer Universität und anderer Institute.
Dann entstand vor den Angriffen auf Ostankino und auf das Parlament die Situation, daß die Kämpfer für Demokratie und für das Parlament tatsächlich die Möglichkeit hatten, zu siegen, denn die Mehrheit der Regionen und viele andere Subjekte einschließlich der Gewerkschaften unterstützten das Parlament.
Unter diesen Umständen entschied sich Jelzin, das Parlament anzugreifen und die Macht des Kongreß der Volksdeputierten auch physisch vollständig zu zerstören. Sein Vorgehen war eine sehr komplizierte Provokation. Zuallererst schufen sie eine Atmosphäre des Sieges, als die Demonstranten vom Oktjabrskaja ploschad zum Weißen Haus zogen. Es waren nur sehr schwache Polizeiabsperrungen um das Weiße Haus, und man erzeugte künstlich das Gefühl, daß die Demonstranten bei ihren Angriffen auf die Polizei einen Sieg erlangten.
Weiter vermute ich, daß Ruzkoi Informationen über die Unterstützung des Parlaments durch die Armee erhalten hatte, und so schickte er eine Gruppe von ca. 20 bis 30 Personen mit Maschinengewehren und hunderte von Demonstranten, die nur Stöcke und Fahnen bei sich trugen, zum Ostankino. Im Ostankino waren nur einige Polizisten, keine wirklichen Truppen. Erst als sich die Demonstranten und einige bewaffnete Gruppen entschieden, zum Ostankino zu ziehen, gab Jelzin einer Spezialeinheit die Anwei-

sung, dort ebenfalls hinzugehen. Und dann organisierten sie eine lange Schlacht am Ostankino. Die absolute Mehrheit der dort getöteten Personen waren keine Soldaten, sondern Demonstranten. Viele unserer Freunde, wirkliche Demokraten, keiner von ihnen ist Faschist, Nationalist oder Kommunist, wurden von der Polizei geschlagen.

F: Trotzdem verstehen wir noch nicht, warum und auf welcher Machtbasis diese militärische Operation gegen Ostankino gemacht wurde, die doch der Beginn der militärischen Auseinandersetzung gewesen zu sein scheint.

Ich sagte bereits, daß das eine sehr komplizierte, von Jelzins Mitarbeitern organisierte Provokation war. Sie erzeugten für die Demonstranten und für Ruzkoi eine Atmosphäre des Sieges. Dann erhielt Ruzkoi die zutreffende Information, daß am Ostankino keine Truppen seien. Jelzin schuf so etwas wie eine Mausefalle am Ostankino in einer Situation, in der es Ruzkoi notwendig erscheinen konnte, seinen ersten, vermeintlichen Erfolg weiter auszubauen. Und Ruzkoi, ein Offizier, fiel in die Rolle eines normalen Militärs, für den es notwendig erscheint, einen Erfolg auszubauen. Er entschied sich, zum Ostankino zu ziehen. Wie schon gesagt, waren unter den Demonstranten fast keine militärische Kräfte. Man hatte gedacht, am Ostankino einfach der Polizei mitzuteilen, daß die Macht in Rußland dem Parlament gehört und man rechnete mit überhaupt keinen Problemen.
Aber dann schickte Jelzin oder jemand aus seinem Team Spezialeinheiten mit Fahrzeugen und schweren Waffen zum Ostankino, um die Fernsehstation zu verteidigen, und so wurde dort künstlich eine blutige Schlacht initiiert. Natürlich war die Entscheidung, zum Ostankino zu ziehen, ein großer und sehr gefährlicher Fehler von Ruzkoi. Aber dieser Fehler wurde als Resultat sehr komplizierten Provokation gemacht.

F: Warum hat die PdA in ihrem Widerstand gegen Jelzins Parlamentsauflösung Ruzkoi unterstützt, der unter anderem die Sowjetunion wiederherstellen will?

Zuallerst: die Partei der Arbeit und andere Organisationen haben Ruzkoi nicht unterstützt. Wir haben immer betont, daß Jelzin und Ruzkoi nur zwei verschiedene Spielarten des Nomenklatura-Kapitalismus sind.
Zweitens: Ruzkoi ist kein Unterstützer der Wiederherstellung der Sowjetunion, seine tatsächliche Politik ist etwas komplizierter. In dieser Situation, in der der Präsident wirklich die Verfassung zerstörte, vertraten wir die Position, daß Ruzkoi der Verfassung und dem Gesetz nach als Präsident eingesetzt werden muß. Das war eine verfassungsmäßige Entscheidung, nicht mehr. Wir unterstützten die sogenannte Null-Variante, also gleichzeitige Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in absehbarer Zukunft und unter den Bedingungen wirklicher Freiheit, wirklicher Demokratie, wirklicher Meinungsfreiheit und ohne Monopolisierung der Massenmedien.

F: Wir haben gehört, daß ein Vertreter der PdA eine Pressekonferenz abgehalten hat, bei der er von Faschisten beschützt worden ist. Stimmt das, und wie konnte es zu so einer Situation kommen?

Wißt Ihr, unter den Verteidigern des Weißen Hauses waren einige semifaschistische Gruppen von jungen Leuten.

F: Barkaschows "Russische Nationale Einheit", nach Meinung des Moskauer Antifa-Zentrums, die gefährlichste militant-faschistischen Gruppe in Russland, soll angeblich eine wesentliche Rolle bei der Verteidigung des weißen Hauses gespielt haben.

Ja, das war wirklich so. Und es war einer der gefährlichsten und sogar kriminellen Fehler von Ruzkoi und anderen Verteidigern des Weißen Hauses, eine Einheit mit Nationalisten und semifaschistischen Gruppen zu bilden. Es war vielleicht der Hauptfehler, der gemacht wurde. Wir versuchten, eine solche Zusammenarbeit zu vermeiden, aber die Unterstützer des Weißen Hauses entschieden sich für die Nutzung der organisierten Kräfte der semi- oder wirklich faschistischen Gruppen, anstatt nur mit der Intelligenz zu kooperieren. Man meinte, die Intelligenz könne zwar denken, aber nicht das Weiße Haus gegen Jelzins Soldaten verteidigen. Es war ein Fehler, aber er wurde gemacht.

F: Also ist es wahr, daß ein Vertreter der PdA während einer Pressekonferenz von Faschisten beschützt wurde?

Ich verstehe nicht, von welcher Pressekonferenz sprichst Du? - Einige Mitglieder der PdA, z.B. Boris Kagarlitzki, wurden von der Polizei verhaftet und geschlagen. Volksdeputierte des Mossowjets auf der Polizeiwache zu verprügeln, das ist semifaschistisches Verhalten. Auf der einen Seite waren die Faschisten von Barkaschow Unterstützer von Ruzkoi und auf der anderen Seite war das Vorgehen von Jelzins Soldaten gegen organisierte Demonstranten und Volksdeputierte semifaschistisches Verhalten.

F: Wie beurteilst Du die Wahlen im Dezember, nachdem eine große Anzahl von Parteien und Gruppen verboten wurde?

Wir leben jetzt in einem Land mit einer umfassenden Unterdrückun. Das ist der Beginn des Autoritarismus und vielleicht sogar der Diktatur.
Die Wahlen werden in Anlehnung an Jelzins Dekret abgehalten. Es gibt keine verfassungsgemäße oder irgendeine andere legitime Basis für die Wahlen. Das Parlament wird nach Jelzins Willen organisiert sein. Es wird sehr schwach sein, und Jelzin wird die Möglichkeit haben, es aufzulösen, wenn er es will. Es wird also kein wirkliches Parlament, sondern nur ein künstliches Parlament sein.
Die gesamte Macht im Land läuft jetzt bei Jelzin zusammen. Es gibt eine umfassende Monopolisierung der Massenmedien. Es gibt keine Gewaltenteilung, keine politische Konkurrenz, keine gesellschaftliche Kontrolle des Staates. Es ist eine umfassende Monopolisierung des gesamten politischen Lebens unter dem Subjekt des Präsidenten.

In dieser Situation werden Wahlen nur ein Spiel in Demokratie sein. Wahrscheinlich werden nur wenige demokratische Kräfte an diesen Wahlen teilnehmen und das nur aus propagandistischen Gründen, um Jelzins Regime zu kritisieren, um gegen das Wachstum des Autoritarismus zu opponieren.

F: Werdet ihr auch die Möglichkeit haben, Kandidaten für die kommenden Wahlen aufzustellen?

Ja. Zusammen mit anderen links-demokratischen Organisationen.



Interview mit Pavel Bilevski (RKAP-Russische Kommunistische Arbeiter Partei, Redakteur verschiedener kommunistischer Jugendzeitungen) vom 10.10.93

Die RKAP gehört heute zu den größten und einfußreichsten kommunistischen Parteien in Russland. Auch führende Mitglieder der RKAP trauern, so unsere Einschätzung, zumindest der Stalin-Zeit als der guten, alten Zeit hinterher. Ein offiziell als Antizionismus ausgegebener Antisemitismus wird propagandistisch deutlich von der RKAP in den Vordergrund gerückt. Dies geschieht nach dem Motto: ´das israelisch-amerikanische Kapital ist das führende Kapital der Welt und ist verantwortlich für den Zusammenbruch der SU.´

F: Was hast Du getan, nachdem Jelzin das Parlament aufgelöst hat?

Ich bin Deputierter eines Bezirkssowjets in Moskau, im Proletarskij Rayon. Wir haben sofort eine Versammlung einberufen und dort festgestellt, daß Jelzins Dekret nicht rechtsgültig und gegen die Verfassung gerichtet ist.
Ich habe darüber hinaus für das Moskauer Fernsehen einen Beitrag über die Verteidiger des Weißen Hauses aufgenommen und bestimmte Schriften vorbereitet, in denen ich den faschistischen Verrat an der Verfassung unter Führung von Jelzin aufdecke.
Außerdem nahm ich an den Ereignissen an Ostankino teil.

F: Aber Dir ist nichts passiert? Du bist nicht verhaftet worden?

Nein, ich wurde nicht verhaftet. Ich habe keine Waffe in der Hand gehabt. Ich habe auch keine Aufrufe zu bewaffnetem Widerstand gehalten. Darum haben sie auch keinen Grund, mich zur Verantwortung zu ziehen.
Aber viele von meinen Genossen sind verletzt im Krankenhaus und gestern war das Begräbnis der ermordeten Genossen. Ein anderer Teil ist im Gefängnis. Es gab Hausdurchsuchungen. Ampilov, mein Leiter, der Führer der Bewegung "Werktätiges Rußland", wurde verhaftet und sitzt im Gefängnis, obwohl er aus juristischer Sicht nur die Verfassung verteidigt hat.

F: Warum habt Ihr den militärischen Kampf gegen Ostankino begonnen?

Der Kampf wurde nicht von der Seite der Opposition begonnen. Die Schießereien haben jedes Mal die Verteidiger von Jelzins Regime angefangen. Die ersten Schüsse sind am 3.10. vor der Bürgermeisterei gefallen. Erst am Abend begann die Schießerei vor Ostankino. Dorthin kamen nach meiner Schätzung zwanzig- oder dreißigtausend Demonstranten, davon waren nur 20 oder 30 bewaffnet. Ostankino zu stürmen, wäre eine verrückte Idee gewesen. Die Schießerei wurde von den Soldaten und Milizionären begonnen, die im Gebäude waren. Sie haben praktisch unbewaffnete Leute erschossen. Ich war selbst dort und neben mir wurden Demonstranten angeschossen.
General Makaschow hat die Gruppe von 20 oder 30 Leuten angeführt, die Maschinengewehre und einen Granatwerfer besaßen. Man

verhandelte darüber, daß die Opposition auch ihre Meinung öffentlich im Fernsehen darstellen will. Noch während dieser Verhandlungen haben die Soldaten das Feuer auf die Gruppe um Makaschow eröffnet. So hat die Schießerei angefangen. Wir wollten Ostankino auf friedlichem Weg mit dem Druck der Volksmassen besetzen. Die Schießerei war eine Provokation von Jelzins Armee, weil wir praktisch keine Waffen hatten, keine Panzer, nicht genug Granatenwerfer. Es gab nicht genug Waffen, damit die Opposition mit der Schießerei hätte anfangen können.

F: Ich habe aber auch gehört, daß Ruzkoi gesagt hat,...

...daß Ostankino eingenommen werden solle.

F: Warum hat er das getan?

Ruzkoi hat keine bewaffneten Kräfte, keine Armee, gehabt. Am Sonntag (3.10.) zeigte es sich, daß die OMON-Einheiten und Milizen völlig kampfunfähig waren. Ihre Moral war gebrochen. Sie gingen zur Volksseite über oder liefen einfach weg. Jelzins letzte Chance war die Armee. Er hat Divisionen aus ganz Rußland nach Moskau geholt, ohne denen die Lage zu erklären, und befahl ihnen, auf das Volk zu schießen. Das war sein letzter Trumpf.
Die für die innere Sicherheit zuständigen Kräfte, die Miliz, OMON etc., kämpften nicht mehr gegen das Volk. Deshalb hat Ruzkoi befohlen, Ostankino zu besetzen, nicht durch einen bewaffneten Sturm, sondern auf friedlichem Wege. Die Schießerei benötigte Jelzin, um den Ausnahmezustand einzuführen.

F: Wie ist jetzt die Situation bei Euch und wie wird es weitergehen?

Das ist schwer vorauszusehen. In Moskau herrscht der Ausnahmezustand. Das heißt, es gibt Patrouillen. Regelmäßig hört man Schießereien. Es ist verboten, oppositionelle Zeitschriften, wie "Sovjetskaja Rossija", "Pravda", "Molnja" herauszugeben. Alle oppositionellen Organisationen, die auch nur ein wenig mit den Ereignissen zu tun gehabt haben oder gehabt haben könnten, sind verboten. Verschiedene Führer der Opposition sind verhaftet worden; Ampilow, Chasbulatov und Ruzkoi befinden sich im Gefängnis. Es finden jetzt weitere Hausdurchsuchungen und Verhaftungen statt.
Insgesamt denke ich, daß Jelzins Diktatur nicht für ewig ist. Jelzin wird demnächst Probleme mit den Regionsregierungen bekommen, und Rußland wird beginnen, auseinanderzufallen, weil der Rat der Förderation, das ist der Rat der Vertreter verschiedener Regionen, Länder und Gebiete, Jelzin nicht unterstützt hat. Sie sind gegen sein Dekret aufgetreten, weil es gegen die Verfassung gerichtet ist. Das war ein erstes Auseinanderfallen Rußlands. Zweitens wird der Radikalismus der Marktreformen noch extremer werden. Der Oberste Sowjet hat diese Reformen immer gebremst. Er gab den Reformen einen sozialen Charakter. Er gab den staatlichen Unternehmen Kredite und zahlte den indexierten Lohn aus. Das heißt, er weichte den Charakter der Reform auf. Gaidar hat sich darauf festgelegt, daß es Millionen von Arbeitslosen geben wird. Das heißt, daß die Situation bereits in einigen Monaten

einer großen Explosion nahe sein wird. So denke ich, so denken auch die Kommunisten, die "RKAP" und die Bewegung "Werktätiges Rußland".

F: Inwieweit unterstützt die Bevölkerung noch Jelzin?

Die Unterstützung Jelzins ist geringer als in der Zeit des Referendums vom April. Zweitens ist diese Unterstützung nur möglich dank einer hypnotischen Propaganda in den Massenmedien. Im Fernsehens herrscht zum größten Teil das absolute Monopol des Präsidenten. Das heißt, die, die sagen "Wir sind für Jelzin!", befinden sich unter Hypnose des Fernsehens. Ihre Überzeugungen setzen sich aber nicht in reale Taten, in aktive politische Handlungen um. Ein solcher Mensch wird seinen Wahlschein für Jelzin abgeben, aber er wird ihm nicht seine Rubel geben. Er wird auch nicht für ihn sterben wollen. Er wird nichts für Jelzin tun. Gleichzeitig sind die, die gegen Jelzin sind, schon eine aktive politische Kraft. Sie sind bereit, alles einzusetzen; sie sind bereit, gegen Jelzin zu kämpfen und zu sterben.

F: Was werdet Ihr jetzt tun?

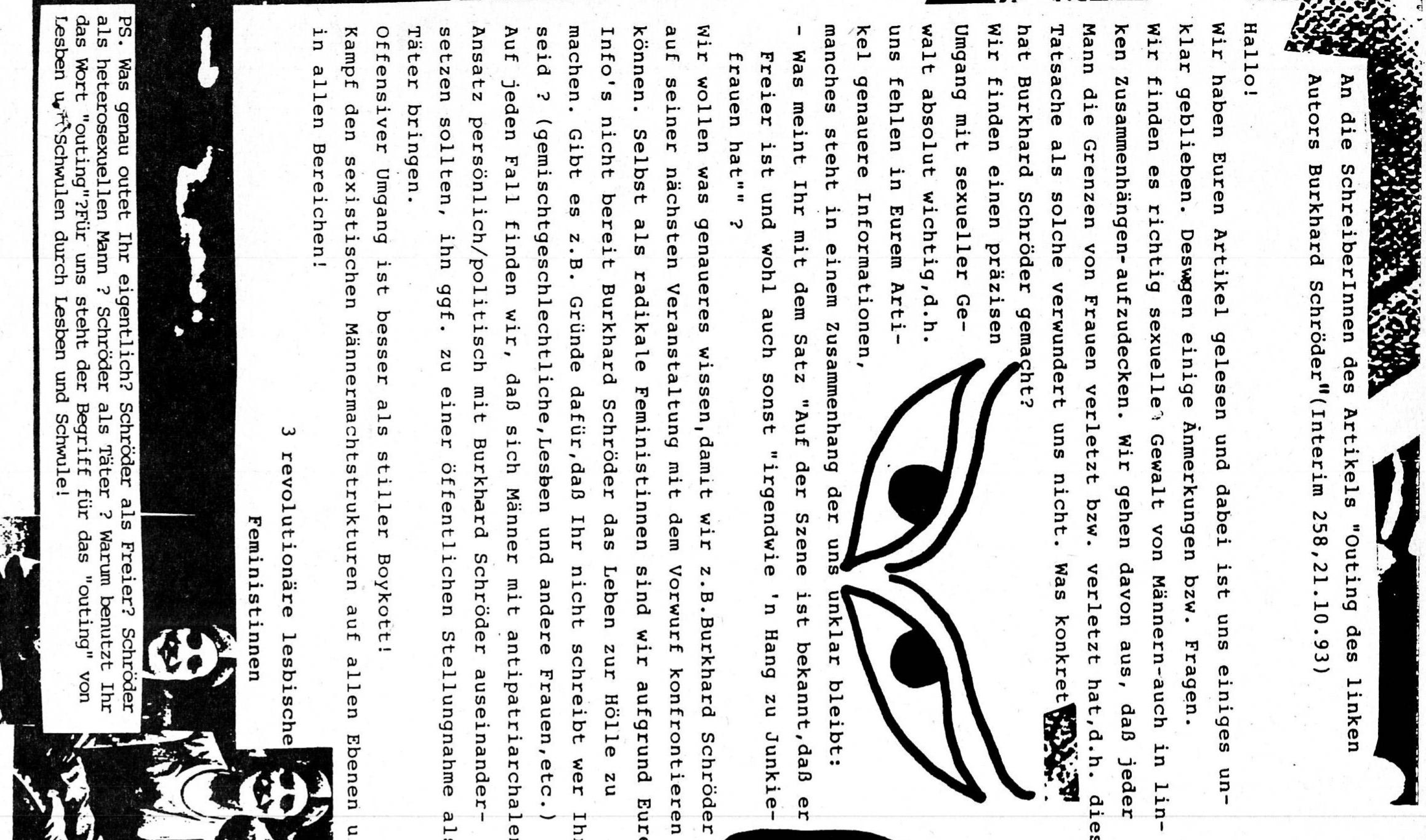
Wir werden jetzt aktiv Propaganda unter den Massen machen und ihnen erklären, daß Jelzin einen faschistischen Staatsstreich gemacht hat.

F: Ist das möglich?

Wir werden alle Möglichkeiten des illegalen Kampfes nutzen. Wenn der Opposition die legalen Möglichkeiten des Kampfes genommen werden, ist sie gezwungen zu militanteren und illegalen Methoden zu greifen.
Die Agitation innerhalb der Armee wird stärker werden, um die Moral dort zu untergraben. Gleichzeitig werden sich in den Provinzen bewaffnete Gruppen für den Widerstand gegen das Jelzin-Regime bilden. Wir haben diese Kräfte zwar noch nicht und wir planen das auch nicht, aber man kann mit fast hundertprozentiger Sicherheit sagen, daß sich die Ereignisse so entwickeln werden.

F: Noch eine Frage. Stimmt es, daß als Verteidiger des Weißen Hauses Kommunisten, Demokraten, Stalinisten, Anarchisten und auch Faschisten aufgetreten sind?

Das ist wirklich wahr. Mit den Faschisten ist wohl die "Russische Nationale Einheit" gemeint, die von Barkaschow geführt wird. Das war die einzige real kämpfende Kraft in diesen Ereignissen. Mir persönlich erscheint es so, daß für Barkaschow Faschismus nur ein Deckmantel ist. Im Gegensatz dazu verwirklicht Jelzin, abgesehen davon, daß er ein Faschist ist, ein wirklich faschistisches Programm.
Das ist paradox, aber es ist so: Barkaschow und die Leute, die auf der Jacke ein slawisches Hakenkreuz tragen, kämpfen real gegen den Faschismus, der von Jelzin eingeführt wird. Faschismus ist die Diktatur der Großbourgeoisie, eine terroristische Form der Macht. Und genau das baut Jelzin jetzt auf. Barkaschow und seine sogenannten Faschisten, sind hingegen für die sowjetische Verfassung eingetreten, für die Räte, den Parlamentarismus und für die Pressefreiheit. Kannst Du Dir das vorstellen? Wir müssen das Reale, was sie tun, anschauen und dürfen nicht darauf achten, was für eine Symbolik sie tragen. Barkaschows Leute, die sich als Faschisten bezeichnen, kämpften für die Demokratie, während Jelzin die Armee auf friedliche Bürger schießen läßt, die Presse verbietet und das Parlamentsgebäude in Schutt und Asche legt, obwohl er sagt, es sei für Demokratie.



An die SchreiberInnen des Artikels "Outing des linken Autors Burkhard Schröder"(Interim 258,21.10.93)

Hallo!

Wir haben Euren Artikel gelesen und dabei ist uns einiges unklar geblieben. Deswgen einige Änmerkungen bzw. Fragen.

Wir finden es richtig sexuelle Gewalt von Männern-auch in linken Zusammenhängen-aufzudecken. Wir gehen davon aus, daß jeder Mann die Grenzen von Frauen verletzt bzw. verletzt hat,d.h. diese Tatsache als solche verwundert uns nicht. Was konkret hat Burkhard Schröder gemacht?

Wir finden einen präzisen Umgang mit sexueller Gewalt absolut wichtig,d.h. uns fehlen in Eurem Artikel genauere Informationen, manches steht in einem Zusammenhang der uns unklar bleibt:

- Was meint Ihr mit dem Satz "Auf der Szene ist bekannt,daß er Freier ist und wohl auch sonst "irgendwie 'n Hang zu Junkiefrauen hat"" ?

Wir wollen was genaueres wissen,damit wir z.B.Burkhard Schröder auf seiner nächsten Veranstaltung mit dem Vorwurf konfrontieren können. Selbst als radikale Feministinnen sind wir aufgrund Eurer Info's nicht bereit Burkhard Schröder das Leben zur Hölle zu machen. Gibt es z.B. Gründe dafür,daß Ihr nicht schreibt wer Ihr seid ? (gemischtgeschlechtliche,Lesben und andere Frauen,etc.)

Auf jeden Fall finden wir, daß sich Männer mit antipatriarchalen Ansatz persönlich/politisch mit Burkhard Schröder auseinandersetzen sollten, ihn ggf. zu einer öffentlichen Stellungnahme als Täter bringen.

Offensiver Umgang ist besser als stiller Boykott!

Kampf den sexistischen Männermachtstrukturen auf allen Ebenen u. in allen Bereichen!

3 revolutionäre lesbische Feministinnen

PS. Was genau outet Ihr eigentlich? Schröder als Freier? Schröder als heterosexuellen Mann ? Schröder als Täter ? Warum benutzt Ihr das Wort "outing"?Für uns steht der Begriff für das "outing" von Lesben u. Schwulen durch Lesben und Schwule!

in der nacht 21./22.10. haben wir im friedrichshainer weidenweg einen daimler* abgefackelt.

bonzen, spekulantInnen und miethaie, laßt uns in ruhe, finger weg von den besetzten häusern, wagenburgen und "mietschuldnerInnen".

verschwindet aus unseren kiezen, sonst kommen wir in eure.

ganz liebe und solidarische grüße an die leute aus der geräumten johannisstraße, von waldeburg und ♀♀/♂♂-wagenburg.

keine weiteren räumungen und prozesse!

autonome zelle

*neupreis mind. 120000

hallo berlin !

es ist doch immer wieder widerlich wie dieser staat versucht, das hauptpotential des widerstandes in berlin dingfest zu machen. in staatsschutzpublikationen werden dann 80% des widerstandes nach berlin verlegt.getreu dem motto:"mit den paar kleinkriminellen in kreuzberg werden wir schon noch fertig".das wahlvolk soll bundesweit vom nachdenken über widerstand,in welcher form auch immer, abgehalten werden.

das beeinflußt auch oftmals kleinere szenen fernab von den metropolen. resignation macht sich breit,mensch hätte doch sowieso keine chance gegenüber dem staat,...gerade mal noch die in berlin usw....dann haben die bullen und staatsschutzstrategen ihr ziel erreicht. doch gerade in abgelegeneren gebieten ist widerstand und vermittlung desselben von grundlegender bedeutung.erstens um den menschen zu zeigen,daß sie mit ihrem alltäglichen frust nicht allein sind und daß mensch etwas dagegen tun kann.zweitens muß die jugend mit unserer politik konfrontiert werden,um sich ein bild über sie machen zu können und drittens ist eine "sicherheitslage" einfach noch nicht so vorhanden.

im gebiet in und um görlitz werden bestimmte formen von widerstand seit geraumer zeit erfolgreich praktiziert.

anläßlich der räumung eines besetzten hauses am 17.03.1993 in zittau wurden zwei bullenfahrzeuge in görlitz auf die felgen gestzt.

am 1.juni93 wurde die cdu-geschäftsstelle völlig entglast.mit einem spruch an der fassade verlihen einige menschen ihrer wut über solingen ausdruck.wenige tage später erfolgte noch mal eine neuauflage. in den vorangegangenen monaten brannte zweimal der schaukasten wegen rassistischer bzw. militaristischer aushänge aus.

am 28.juli`93 griffen menschen mittels entglasungsaktion den "Bund der Vertriebenen" in görlitz an.gerade menschen in görlitz haben einen besonderen bezug zu diesem thema.

am 22.september`93 wurde das thema olympia in angriff genommen... farbeier gegen 2 filialen der deutschen bank.

farbeier flogen auch gegen das von faschisten dominierte "Haus der Begegnungen" in görlitz.

ein pelzladen in der innenstadt wurde dreimal in folge entglast, desweiteren anschläge auf einen einschlägigen fascholaden(ebenfalls 3)

im vorigen jahr wurden bei einem infobus des IKA ca. ein dutzend reifen geplattet.

in den letzten monaten werden kontinuierlich werbevitrinen zerschossen, um der fortlaufenden sterilisierung der innenstädte etwas entgegenzusetzen.ab und zu konnte auch nur der metallrahmen den flammen standhalten...

weiterhin wurden seit letztem jahr etwa 5 bonzenschleudern tiefergelegt. ca. 70% aller daimler in görlitz sind ihrer zierde beraubt.

andere aktionen wie sprühereien,plakate,spuckis etc. gehören zum stadtbild von görlitz.

uns ist klar,daß das alles nur ein teil unserer politik sein kann. es darf auf keinen fall hauptinhalt unserer szene sein.

in diesem zusammenhang gibt es in görlitz auch andere projekte um öffentlichkeit zu schaffen.auf diese möchten wir hier in diesem schreiben nicht näher eingehen.auch gibt es in görlitz nicht bei jeder sache einen konsens.das gehört aber wohl zu einer positiven auseinandersetzung mit sich und anderen.

viele grüße
einige genossInnen aus der region

DROGEN-WOGEN

Dies ist die Zusammenfassung einer Veranstaltung zum Thema (illegale) Drogen. Die Motivation für uns, uns damit zu beschäftigen, ist die hohe Zahl inhaftierter Frauen, die im Zusammenhang mit dem BtmG im Knast sitzen. Doch im Laufe unserer Auseinandersetzungen stellten sich immer mehr Fragen, z.B.: Wer verdient an illegalen Drogen? Was bedeutet Rausch eigentlich? Unterscheidet sich linke Drogenpolitik von der staatlichen? All diese Fragen haben wir (eine FrauenLesbenGruppe aus autonomen Zusammenhängen) nun mal tief ergründet und die Antworten zu Papier gebracht.

Sommer 1993

RAUSCH UND VERNUNFT

40 000 vor Beginn der christlichen Zeitrechnung haben Menschen bereits Pflanzen als Drogen genutzt. Dabei haben sie manchmal Tiere nachgeahmt: Coca wurde von Packtieren im Gebirge gefressen, Rentiere berauschten sich an Fliegenpilzen. Elefanten mögen vergorene Früchte, deswegen werden alkoholisierte Früchte auch bei der Abrichtung von Elefanten als Belohnung benutzt.
Kulturen ohne Drogengebrauch sind eher eine Ausnahme. Oft werden Drogen zu einem bestimmten Anlaß genommen. Auch in der europäischen Kultur gibt es Rituale im Zusammenhang mit Drogen, z. B. fehlt der Wein nicht bei der christlichen Messe, oder es gibt kaum ein Geburtstagsfeier ohne Sekt.

Es gibt nicht *die* Wirkung einer Droge. Hier wird oft angenommen, daß Alkohol an sich agressiv und gewalttätig macht. Dies drückt sich in der BRD bei Prozessen darin aus, daß Alkohol als strafmindernd gewertet wird. Gewalt, die von Faschisten ausgeübt wird, oder Gewalt von Männern gegen Frauen wird auf den Alkohol geschoben und damit verharmlost.
Es gibt jedoch Kulturen, in denen zu bestimmten Zeiten gemeinsam sehr viel getrunken wird, ohne daß die Leute feindlich und gewalttätig werden.

Während eines Rauschs sind die Sinneswahrnehmungen anders. Das Zeitgefühl ändert sich. Das Denken verläuft weniger logisch als in Bildern. Das Verhältnis zur Sprache ändert sich.
Es gibt außer dem Rausch auch noch andere Wahrnehmungsweisen der Realität, die nicht der normalen Übereinkunft, wie was wahrgenommen und empfunden wird, entspricht; z.B. Verrücktsein.
Es gibt neben Drogen auch noch andere Mittel, diese veränderten Bewußtseinszustände hervorzurufen: die Überflutung durch sinnliche Eindrücke wie Geräusche und Musik; der Entzug von sinnlichen Reizen, die sensorische Deprivation (time-out-Räume in Heimen, Isolationsfolter in Knästen oder der in einer taz-Anzeige zur Selbsttherapeutisierung angepriesene Isolationstank); die Meditation, völlige Konzentration auf einen Gegenstand; oder das Gegenteil: das zielgerichtete Denken ausschalten und sich dem zu überlassen, was einem gerade so in den Sinn kommt.

Wenn das rationale Denken nicht mehr das vorherrschende ist, wird das in der europäisch-christlichen Kultur eher negativ bewertet, nämlich als Kontrollverlust:
Die Definition von "Ekstase" in einem Wörterbuch Ende des 19. Jahrhundert: "Ekstase - höherer Grad von Begeisterung, in welchem sich ein Mensch einem Gefühl so unumschränkt überläßt, daß die Klarheit des Verstandes verdunkelt und die Freiheit des Willens beschränkt ist".

Bewertung von Rausch in der Geschichte Europas:

Im antiken Griechenland galt Rausch noch als eine Möglichkeit, zur Wahrheit zu gelangen. Der andere Weg der Wahrheitsfindung war logos, die Wahrheit in geordneter Form. Unter der römischen Herrschaft wurde Logos als eine Form der Wahrheitsfindung zur ratio, dem Vorteil, der Errechnung. Rausch wird immer mehr zum Negativ, zum Gegenteil der Vernunft. Die Bedeutung von Vernunft verändert sich immer stärker in Richtung Berechnung und Kontrolle, während Rausch immer mehr als Kontrollverlust wahrgenommen wird. Das frühe Christentum lehnte den Alkoholrausch ab. Die sogenannten Heiden in Nord- und Mitteleuropa verschafften sich bei Festen mit Met eine rauschhafte Verbindung zwischen Gemeinschaft und Gott. Im Mittelalter war Rausch in den Alltag eingebunden. Rausch war akzeptiert und auch nicht mit Schuldgefühlen verbunden.

"Die Berechenbarkeit der Person muß gewahrt werden. Selbstkontrolle ist in der Neuzeit Europas für die psychische Verfassung erste Bürgerpflicht."
Zwischen dem 14. und dem 16. Jahrhundert war die Übergangszeit vom Mittelalter zur Neuzeit. Die alten Ordnungen der Feudalgesellschaft lösten sich auf. Gebiete wurden zusammengefaßt zu möglichst großen, zentral regierten Reichen. Um diese Reiche beherrschen zu können, mußte ein Verwaltungsapparat geschaffen werden. In dieser Zeit begann die geldorientierte Unternehmenswirtschaft. Geld und Zeit bekommen eine andere Bedeutung. Mit beidem muß genau berechnet, effektiv umgegangen werden, um einen möglichst großen Nutzen daraus ziehen zu können. Alles erhält einen Wert und wird meßbar.
Am Beispiel vom Tabal läßt sich dies gut zeigen: Das Tabakschnupfen nahm viel Zeit in Anspruch. Bis der Tabak von der Schnupftabakdose zur Nase gekommen war, mußte erst das von der Sitte vorgeschriebene Ritual erfüllt werden. Das Tabakschnupfen wurde vom 'gemütlichen' Pfeiferauchen abgelöst. Zum Pfeiferauchen braucht es Ruhe. Eine Zigarre braucht nicht mehr nachgestopft zu werden, doch dauert das Zigarrepaffen immer noch länger als eine Zigarette zu rauchen. Die Zigarette erfüllt das Ideal einer kapitalistischen Arbeitspause von 5 Minuten.
Auch die Menschen müssen berechenbar werden. Bisher war das gewünschte Verhalten durch äußeren Zwang bestimmt gewesen. Doch jetzt sollten die Menschen selbst ihr Verhalten kontrollieren: sie sollten die Selbstbeherrschung erlernen. Gefühle wurden als unvernünftige 'krankhafte Säfte der Seele' beurteilt. Die Gefühle sollten in Schranken gelegt werden und damit entstand die Angst, daß diese Barierren durchbrochen werden könnten.
Der Rausch bekommt ein zwiespältiges Gesicht. Im Mittelalter wurde getrunken, da die Gefühle ungehemmt waren; in der Neuzeit wurde getrunken, um die Gefühle zu enthemmen. Der Rausch wird zur psychischen Entlastung eingesetzt. Einersetis wird dadurch eine zeitlich begrenzte Befreiung von den neuen inneren Zwängen erreicht. Gleichzeitig wird der Rausch negativer beurteilt und ist mit Schuldgefühlen verbunden. Der Alkoholrausch wird geduldet, muß aber mit Selbstdisziplin verbunden sein.

GESCHICHTE VON DROGENVERBOTEN
am Beispiel von Kaffee und Tabak

"Die Reaktionen der Öffentlichkeit auf eine Droge haben häufiger weniger mit den pharmakologischen Eigenschaften der Droge und den Risiken für die Gesundheit zu tun, als mit der Bedrohung, die sie für die moralische, soziale, ökonomische Ordnung zu besitzen scheinen."

Ende des 16. Jahrhunders wurde in Europa Kaffee aus Afrika und im 17. Jahrhundert Tabak aus Amerika eingeführt. Tabak und Kaffee waren zunächst kostspielige Genußmittel des Adels und galten als heilsam und schick. Die Art, Tabak zu gebrauchen, war völlig neu und es gab noch kein Wort dafür. rauchen wurde "Sauferei des Nebels" oder 'Rauchtrinken' genannt. Ein Buch von 1685 hatte den Titel "Die trockene Trunkenheit". Erst im 17. Jahrhundert wurde das Wort "Rauchen" benutzt.

König Jakob I. von England (1603-1625) führte eine zwanzig Jahre dauernde Antidrogenkampagnevor allem gegen den Tabak. Diese Verdammung von Tabak begründete er damit, daß tabak die moralischen und finanziellen Kräfte des Landes aushöhlen würde. Aus der Streitschrift vom Jakob I.: "Diese Sitte wird nun auch von niederen, nichtsnutzigen Personen aufgegriffen, die einen großen Teil ihrer Zeit im Müßiggang verbringen und zum Schaden ihrer Familien und des Landes ihren Lohn dafür verschwenden. Das Tabakrauchen ruft Unwohlsein hervor und macht arbeitsunfähig."
Der tatsächliche Grund für diese harten Worte lag jedoch in Folgendem: Spanien, der Erzfeind Englands zu dieser Zeit, hatte das Handelsmonopol für den Tabakimport und machte damit große Gewinne. Die Antidrogenkampagne Jakob I. hatte jedoch keinen Erfolg. Der Adel gebrauchte weiterhin den Tabak, woraufhin auch das Bürgertum nicht auf den Genuß von Tabak verzichten wollte. 1625 hatte Jakob I. verstanden, daß er mit einer staatlichen Regulierung des Tabakhandels große Gewinne einstreichen könnte. Jetzt ging es nicht mehr um die Einschränkung des Tabakgebrauchs, sondern es ging darum, über die staatliche Kontrolle des Tabakhandels möglichst viel Geld zu holen. 1630 hatte somit die Tabakontroverse ihr Ende gefunden.

In einigen osteuropäischen oder asiatischen Ländern wurde Tabak als Symbol für eine drohende Verwestlichung angesehen, da der Tabak über westliche Handelsweg nach Rußland gelangte.
Rauchen wurde zeitweise in Rußland, Türkei, China, Japan mit Gefängnis, Folter, Todesstrafe bestraft. (Zu anderen Staaten wie z.B. England habe ich dazu keine Informationen gefunden..)
Beispiel Rußland: Der Klerus der konservativen orthodoxen Kirche war gegen das Rauchen. Der Zarenhof dagegen übernahm das Rauchen als Symbol der Unabhängigkeit von der orthodoxen Kirche.
Beispiel Türkei: 1633 wurde Tabak in der Türkei verboten. Als sich dennoch politische Dissidenten

in Tabakhäusern versammelten, wurden die Häuser auf Befehl des Sultans zerstört. Über den Genuß von Tabak wurde die Todesstrafe verhängt.
In Deutschland war Tabak die Droge des Bürgertums. Im 19. Jahrhundert war es verboten, in der Öffentlichkeit zu rauchen. Männer die öffentlich Zigarren rauchten, wurden mit Demokraten gleichgesetzt. 1848 war daher eine Forderung der Revolutionäre die Abschaffung dieses Verbots.

In Preußen förderte Friedrich der Große das kaffeetrinken, bis er entdeckte, daß dadurch seine Gewinne durch das Biermonopol geschmälert wurden. Im Kaffeemanifest von 1771 verbot er Kaffee.

Kaffee wurde in Kaffeehäusern getrunken. Zunächst in arabischen Staaten, der Türkei und England. die Kaffeehäuser galten als Zentren freien Denkens und politischer Unruhe. Der Großwesir der Türkei bezeichnete Kaffeehäuser als Brutstätten des Aufstandes. In Konstantinopel wurden Kaffeehäuser 'Schulen der Weisheit' genannt. Kaffee galt als radikalstes Getränk und es hieß, daß Kaffee den Verstand schärfen würde. In England hießen Kaffeehäuser auch 'penny universities' und Kaffee 'drink of democracy'.

Logisch ist auch, daß die AnbauerInnen Druck von den Drogenhändlern, der regionalen Polizei und Militärs, US-Militär und teilweise von Guerillagruppen (Sendero Luminoso, MRTA) bekommen. Obwohl diese Gewaltstrukturen völlig verschieden und von daher kaum zu vergleichen sind, bedeutet es dennoch, zwischen allen -militärisch gesprochen- Fronten zu stehen. (Infos aus: Peru Information Nr. 15, 1991)

Vom Kokablatt zum Kokain

Im Idealfall lassen sich auf einem Hektar Land bei 3 bis 4 Ernten pro Jahr 1000 bis 1500 kg Kokablätter produzieren.
Eine Indiofamilie besitzt im Schnitt 0,5 - 1 ha Land. Im Idealfall erhält eine Bauernfamilie **2,8 $ pro kg** Kokain; zu wenig, um davon zu leben.

MAMA KOKA
oder: Wer verdient am Kokain?

Das Kauen von Cocablättern ist in der indianischen Kultur der Andenländern das, was in Frankreich Wein- und in der BRD Bierkonsum ist. Da uns auffiel, daß Koka kauen und Kokain nehmen oft verwechselt wird, wollen wir noch mal kurz was dazu sagen.
Traditionell wird in Peru und den Andenländern die Cocapflanze angebaut, die schon in vorinkaischer Zeit bekannt, als heilig eingeschätzt und verbreitet war.
Den Konsum von Kokablättern positiv zu betrachten heißt:
die heilsame Wirkung bei Erkrankungen zu erkennen; zu wissen, daß es den Körper mit Vitaminen und Mineralstoffen versorgt; die gemeinschaftsfördernde Wirkung wahrzunehmen. Doch auch für Coca gilt: Die Dosis macht das Gift!
Die Spanier erkannten als KolonisatorInnen schnell, daß sich das Coca-Kauen der Indios gewinnbringend für sie selbst einsetzen ließ, da es die Belastbarkeit der Indios als Arbeitskräfte erhöhte. So weiteten die SpanierInnen die Anbaugebiete für die Pflanze aus und zahlten den Lohn oft in Cocablättern. Dadurch wurde nicht mehr nur die Coca zu rituellen Zwecken und zu Zeiten großer Belastung gekaut, sondern den Indios eine tägliche Dosis aufgezwungen. Auf diese Weise wurde die Cocapflanze ein Baustein bei der Ausbeutung der Indios.
Aufgrund des Preisverfalls von Kaffee und Kakao ab 1975 wurden viele Indigena-BäuerInnen wirtschaftlich gezwungen, auf rentablere Agrarprodukte umzustellen, also Koka. Es entstanden, besonders in den schwer zugänglichen Ostabhängen der Anden, Koka-Monokulturen. Für die Indios verhinderte die Produktion der Coca in der Illegalität die Möglichkeiten der Preisabsprache und das Einfordern von Rechten.

Wie aus den Kokablättern das große Geld gemacht wird, zeigen wir jetzt:
500 kg Blätter ergeben 2,5 kg Kokapaste (Wert: 1.200 $) Diese Kokabasispaste wird außer in Kolumbien auch in Peru und Bolivien aus einer Mischung von trockener Koka mit Kalk, Natrium, Kerosin, Schwefelsäure und Alkalisalzen hergestellt.
2,5 kg Paste ergeben **1 kg Rohkokain**, der Wert beträgt jetzt **11.000 $**.
Die dafür benötigten chemischen Zusätze sowie die technischen Hilfsmittel werden überwiegend aus USA und Europa eingeführt.
Äther z.B wird weltweit nur von 5 US-Firmen und 7 europäischen Firmen hergestellt. Ohne die chemischen Zusätze, die technische Ausrüstung aus Europa und USA gäbe es kein Kokain auf dem Weltmarkt.
Wenn aus dem Rohkokain reines Kokain gemacht wird, steigt der Wert von **1 kg** auf **20.000 $**, dieser Wert verdreifacht sich nochmal auf **60.000 $**, wenn das Kokain auf geheimen Wegen vom Anbaugebiet in den Anden z.B. in die USA transportiert wird.
Dort wird es dann mit diversen Mitteln gestreckt. **1 kg** Kokain enthält im Endeffekt nur 12% reines Kokain; der Wert beträgt jetzt **480.000$.**
Es ist klar, daß das in den black communities und in den slums verkaufte Kokain von wesentlich mieserer Qualität ist (z.B. Gips als Streckmittel) als das Kokain für die high society.
Je näher die Droge der VerbraucherIn kommt, umso größer ist also der Gewinn.

Verhältnis "legale" und "illegale" Wirtschaft

Durch die Kriminalisierung bestimmter Drogen in Europa und den USA in der Mitte die-

ses Jahrhunderts, hat sich ein illegaler Wirtschaftszweig herausgebildet, die sogenannte Drogenmafia.
Diese "Drogenmafia" ist angeblich eines der größten Probleme weltweit. Dabei rückt die Bedeutung der legalen Drogenmafia total in den Hintergrund. In den Psychiatrien, den Knästen und draußen werden vor allem an Frauen ganz legal Psychopharmaka verteilt. Psychopharmakaabhängigkeit wird dabei in Kauf genommen und/oder sogar gewollt. Die BRD-Regierung verdient z.B. jährlich ca. 6 Mrd. an Alkoholsteuern - legalem Drogenkonsum.

Wir stellen die Trennung von legaler und illegaler Wirtschaft grundsätzlich in Frage. Das Ziel ist legal wie illegal das Gleiche: Möglichst hoher Profit um jeden Preis!
Die illegale Wirtschaft ist den selben Marktgesetzen unterworfen, funktioniert ebenso über ProduzentInnen, HändlerInnen (DealerInnen) und KonsumentInnen. Nur die Gewinnspanne ist wesentlich höher aufgrund des erhöhten Risikos der Illegalität.
Auch die Ausbeutungsverhältnisse sind sehr ähnlich: Die legale Wirtschaft wird von Männern BeHERRscht; in der illegalen Drogenwirtschaft dienen Frauen z.B. als Kurierinnen, was einer der risikoreichsten Jobs ist. Und wieder einmal wird in den Industriestaaten das größte Geld gemacht.

Illegale und legale Wirtschaft existieren niemals getrennt voneinander: um den Gewinn zu erhöhen bedienen sich legale Konzerne illegaler Praktiken. Wie wir bereits wissen, gäbe es ohne die ganz legalen Chemielieferungen in die Andenländer kein Kokain.
Wie legale und illegale Wirtschaft miteinander verflochten sind wollen wir am Beispiel von Geldwäsche veranschaulichen. Die Milliardengewinne z.B. aus Kokageschäften nutzen nix, solange damit nicht in der sogenannten legalen Wirtschaft gearbeitet werden kann. Sie müssen zu Gewinnen aus legalen Geschäften "gemacht werden". Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten:
Z.B wird das Geld bei einer bundesdeutschen Bank eingezahlt; die Bank arbeitet mit dem Geld. Die Banken freuen sich darüber -sofern sich niemand dafür interessiert- und pochen auf ihr Bankgeheimnis (besonders die BRD und die Schweiz).
Die zuständigen Regierungen verzichten auf Nachweise über die Herkunft des Geldes, damit das Kapital nicht in die Flucht getrieben wird. In bestimmten anderen Ländern (USA) gibt es zumindest Gesetze die vorschreiben, daß Geldmengen über 10.000 $ nachgewiesen werden müssen. Eine andere Möglichkeit, aus "schmutzigem" Geld "sauberes" Geld zu machen, sind Scheinfirmen. Z.B.: ein Drogenhändler kennt eine





Spielhallenbesitzerin. Diese macht in ihrem Laden real relativ wenig Umsatz; auf Buchführungsebene einigen sich beide, nun enorme Gewinne auftauchen zu lassen - auch so können Kokadollars legalisiert werden.

Imperialistische Staaten haben KEIN Interesse an der Bekämpfung der sog. Drogenmafia.

Zum einen ist sog. illegales Geld wesentlicher Bestandteil von kapitalistischen Staaten wie BRD, USA und Schweiz.
Zum anderen dient der Vorwand, den Drogenhandel in den Andenländern zu bekämpfen, den USA dazu, dort massiv militärisch zu intervenieren. Die USA will in den Andenländern ihre Politik durchsetzen. Regierungen, die sich nicht an die US-Auflagen halten, bekommen z.B. IWF-Gelder gestrichen.
"Perus Präsident ließ Anfang 1990 einige spektakuläre Militäreinsätze in das Hauptkokaanbaugebiet Alto Huallaga fliegen, um den Vorwurf zu entkräften, peruanische Militärs steckten mit den Drogenhändlern unter einer Decke.

Die DEA (US-DRUG ENFORCEMENT AGENCY) übernahm Koordination und Logistik. Das Gütesiegel wurde im April mit der Beurteilung ausgestellt, Peru habe sich im Kampf gegen den Drogenhandel und für die Menschenrechte gut geschlagen (während sich seit der Amtseinführung Fujimoris täglich durchschnittlich ein Fall von "Verschwindenlassen" ereignet). Die gute Führung wurde mit einem 34-Mio.-Militärhilfe-Paket belohnt." (aus: 500 Jahre Kolonisierung, 500 Jahre Widerstand)
Auch die BRD braucht den Vorwand der Drogenbekämpfung, um den Polizeiapparat zu legitimieren und auszubauen.
Der Kampf gegen illegalisierte Drogen und gegen die sog. Organisierte Kriminalität haben das Feindbild Kommunismus abgelöst. Das Gefühl der Bedrohung soll wachsen und mit ihm die Militarisierung des Bewußtseins; damit soll die Akzeptanz von Repression erreicht werden.

Die imperialistischen Staaten erklären DIE Droge zum Feindbild Nr. 1, die ihnen am besten in den Kram paßt.

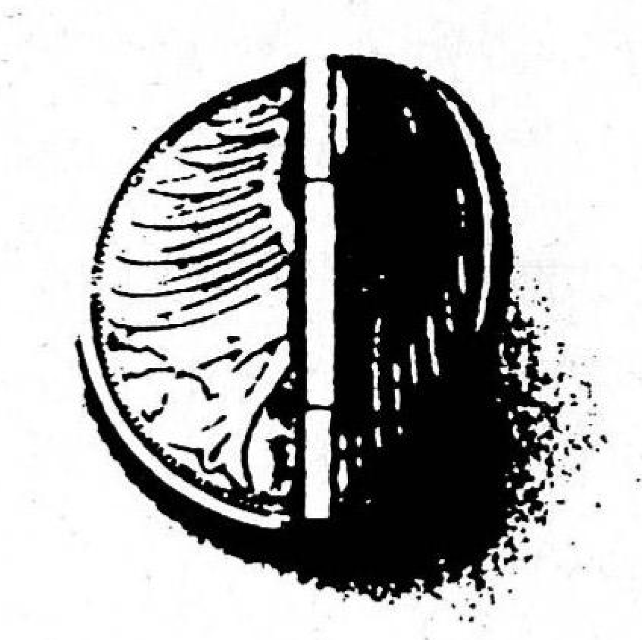
Bsp.: Bis ca 1979 wurde Marihuana in Mexiko angebaut. Durch Abbrennen der Felder und Schließen der US-mexikanischen Grenze verlagerte sich der Anbau in die USA. Damit wurde eine Marihuana-Verknappung erreicht, die dazu dienen sollte, eine neue Cannabis-Züchtung auf dem Markt zu etablieren. Diese wächst prima in Hawaii, Missouri, Kentucky, Tennessy, Nordkalifornien. Inzwischen ist die USA weltweit größter Produzent von Marihuana. Marihuana zählt zu den wichtigsten Agrarprodukten in Kalifornien. 6.000 FarmerInnen leben hauptberuflich vom Marihuana-Anbau.
Feindbild der USA ist jedoch nicht die Droge Marihuana, sondern die Droge Kokain. Die Repressionsdrohung ist für die in der Regel weißen FarmerInnen längst nicht so stark wie gegen die Indigena-BäuerInnen der Andenländer. (Nie würde über kalifornischen Feldern das US-Entlaubungsgift "Round Up" abgespritzt werden, wie es in den Anden passiert.)
Für die BRD ist Heroin das Feindbild Nr. 1. Es wird aus Opium hergestellt (Erzeugerländer: Türkei, Thailand, Pakistan, Iran). Heroin kommt -laut Bullenmeinung- hauptsächlich über Osteuropa in die BRD.

Vorurteile hier gegen türkische Leute und OsteuropäerInnen, in Frankreich gegen NordafrikanerInnen, in den USA gegen MexikanerInnen und KolumbianerInnen werden durch die Medien geschürt, indem suggeriert wird, daß alle ImmigrantInnen DrogenhändlerInnen seien.

THESEN

☻ Der Antidrogenkrieg ist ein Kampf gegen KommunistInnen und alle subversiven Kräfte in Lateinamerika. Die Befreiungsbewegungen in Peru und Kolumbien werden von der US-Regierung und reaktionären Kräften in diesen Ländern (Großgrundbesitzer, Teile der Regierungen oder ganze Regierungen) mit dem Drogenhandel verknüpft, um die Legitimation zu haben, sie zu bekämpfen.
☺ Die Konsumgesellschaft im Kapitalismus ist der größte Markt für DrogenanbieterInnen und ProduzentInnen (in keinem Land der Welt sind die Arzneimittelgesetze so kapitalfreundlich wie in der BRD).
☻ Die Gewinne aus dem Drogenhandel werden hauptsächlich in den Industrieländern Europas und den USA gemacht. (1% des Gesamtgewinns aus dem Kokainhandel geht an die KleinbäuerInnen, die das größte Risiko tragen.)







Der gesetzliche Hintergrund:
DAS BETÄUBUNGSMITTELGESETZ

Der Erwerb bzw. der Versuch, an die im Betäubungsmittelgesetz aufgeführten Stoffe (ca. 400) zu erlangen ist strafbar, der Konsum ist straffrei.
Das BtmG wurde 1972 verabschiedet. Die Grundlage dafür war das Reichsopiatgesetz, erweitert um Hasch, Haluzinogene.... Zu Anfang betraf das ca. 50 - 60 Stoffe mit dem Vorbehalt, die Liste ohne großen Aufwand erweitern zu können, was sie augenscheinlich ja auch reichlich taten.

1982 wurde das Gesetz novelliert (verändert):
§35 Zurückstellung, d.h. Therapie (als) Strafe
§36 Anerkennung von Therapiezeit aufs Strafmaß
§77 Kronzeugenregelung

"Therapie statt Strafe" heißt:
Eine sitzt im Knast als Konsumentin von illegalen Drugs, wenn sie sich gut im Sinne der Sozialarbeiterin, der Psychologin, der Pastorin, der Schluse (d.h. Angestellte der JVA) führt kann sie z.B. in der Frauenhaftanstalt Plötzensee in die Therapiestation kommen.
Tägliche Urinkontrollen sind nur ein Beispiel für den eingeforderten Körper- und Seelenstriptease, um irgendwann in eine der staatliche anerkannten Zwangs-Therapieeinrichtungen zu kommen.
Diese Therapieeinrichtungen haben bestimmte Sicherheitsauflagen z.B. Meldepflicht gegenüber Polizei und StaatsanwältInnen.
Mit der Gesetzesveränderung des BtmG 1982 "Therapie statt Strafe" wurde so die gesetzliche Grundlage geschaffen, um eine lückenlose Zusammenarbeit zwischen staatlich anerkannten sozialpädagogischen Psycho-Einrichtungen, Polizei und Justiz durchzusetzen.
Therapieeinrichtungen (besonders in etwas öden Regionen) waren z.T. natürlich auch begeistert, "frische" KundInnen direkt aus dem Knast zwangsversetzt zu bekommen. Logisch ist auch, daß viele, die aufgrund vom BtmG inhaftiert sind, dies als willkommene Ortsveränderung betrachten und die Chance nutzen, dort zu verschwinden.
Zudem ist interessant, daß 1977 die Kronzeugenregelung für politisch motivierte TäterInnen diskutiert wurde, die Parlamentsmehrheit SPD/FDP jedoch aufgrund von massivem öffentlichen Druck die gesetzliche Veränderung damals ablehnte.

1982 wurde die Kronzeugenregelung in der Novellierung des BtmG dann doch eingeführt. 1982 gabs zwar auch Widerstand dagegen, doch nach unseren Informationen beschränkte sich dieser Widerstand auf Gruppen, die mit dem BtmG direkt konfrontiert waren (Junkies, drinnen und draußen, Selbsthilfegruppen, Drogenprojekte, Knastgruppen). Später war es dann nur noch eine Frage der Zeit, bis das angebliche Modellprojekt auch für politisch motivierte TäterInnen angewandt wurde, es wurde dann auch gesetzlich verankert (1993).

Erst durch das BtmG wird die Verelendung einer willkürlich kriminalisieren Gruppe von DrogenbenutzerInnen produziert!
Es sieht stark danach aus, als hätte "die Linke" die staatliche Drogenpolitik verinnerlicht (Haschisch als die gute Droge, der Rest ist schlecht). Statt gegen die herrschende Drogenpolitik Stellung zu beziehen, geht die Mehrheit den einfachen (staatlichen) Weg der Ausgrenzung und Verfolgung. Erst wenn BtmGlerInnen im Knast sitzen, ist die Linke wieder in der Lage ein Verhältnis dazu, z.B. über Knastarbeit, zu entwickeln.

TSCHÖNKIERÄUME oder Wie sieht linke Drogenpolitik aus?

Das autonome Jugendzentrum Zürich (AJZ) als Versuch linker Drogenpolitik

Das Autonome Jugendzentrum Zürich (AJZ) als Versuch linker Drogenpolitik

Leider ist folgende Darstellung des AJZ unvollständig und möglicherweise nicht chronologisch, da mir nur teilweise datierte Flugblätter und Zeitungsausschnitte zur Verfügung standen und ich trotz verschiedener Bemühungen an keine weiteren Unterlagen rangekommen bin.
1980/81 gab es in Zürich eine starke Jugendbewegung, die sich das AJZ erkämpfte. Von Anfang an waren Junkies in der Bewegung mit dabei, wodurch es zu Problemen im AJZ kam. Junkies wurden beschuldigt geklaut, gelinkt und - was am schlimmsten empfunden wurde andere angefixt zu haben (wobei wir nicht einschätzen können, ob dies der Wahrheit oder den Klischeevorstellungen der Leute entsprach). Außerdem waren immer Dealer im Zentrum, die sehr aufdringlich waren.
Im Sommer 1981 gab es einen VV-Beschluß, daß Junkies im AJZ bleiben durfen, aber dealen nicht geduldet wird. Nach kurzer Zeit haben alle gemerkt, daß dieser Beschluß nicht durchführbar ist, da die Junkies lieber im Zentrum auf ihren Dealer warten und das Verbot einen Rausschmiß der Junkies bedeuten wurde.
Außerdem war die entstandene Drogengruppe (DG) des AJZ (bestehend aus AJZ-BenutzerInnen, Autonomem, Junkies, Ex-Junkies linken PsychologInnen und SozialabeiterInnen), die sich eigentlich politisch mit Drogen(problemen) auseinandersetzen wollten, nur damit beschäftigt zu kontrollieren, daß nicht gedealt wird.
Im Dezember '81 hatte die DG die Idee einen Tschönkie-Raum einzurichten, der am 24.12. eröffnet wurde. Er war 200qm groß, hatte 2 Waschbecken, Grünpflanzen und es waren täglich 200-300 Junkies anwesend.

Der Tschönkieraum (TR) hatte verschiedene Ziele:
- es durfte nur noch im TR gedrückt und gedealt werden, das übrige AJZ sollte vom Heroinproblem entlastet und dadurch das Anfixen verhindert werden
- der Alltag von Junkies sollte verbessert werden (sauberes Wasser, kein Verstecken beim Drücken, repressionsfreier Raum)
- die Ansätze von Selbsthilfe, Solidarität und Widerstand sollten unterstützt werden.
Durch das repressionsfreie Drücken hatten die Junkies bessere Bedingungen, um bei Aktivitäten im AJZ mitzumachen. Außerdem gab es im TR wöchentliche VV's, die gut besucht wurden. Es wurde über Selbsthilfe geredet oder Informationen über Bullen, Knast, Drogenberatungsstellen, u.s.w. ausgetauscht. Es bildete sich auch eine Entzugsgruppe, die selbstständig entziehen wollte
Für Junkies war der TR eine Möglichkeit ohne Repressionsangst zu drücken und das Dope in Ruhe auf Qualität zu untersuchen. Es sollten nur Kleindealer, die auch selbst drückten, im TR akzeptiert werden, um Einzelhändler statt Großdealer zu unterstützen.
Die DG forderte von den Junkies sich zu politisieren, Verantwortung für den TR zu übernehmen und sich am Kampf um das AJZ zu beteiligen. Auch wollte sie, daß Junkies das vorherrschende, durch Medien verbreitete Bild als kranke und kaputte FixerInnen hinterfragen und an ihre Kraft glauben. Der TR war im AJZ umstritten, viele standen ihm feindlich gegenüber. Junkies wurden im übrigen AJZ diskriminiert, zum Teil durch Sprüche oder dadurch, daß sie nicht im Sleep-In schlafen durften. Sie hatten die Sündenbockfunktion für alles was schief lief.
Es gab auch innerhalb der DG Widersprüche zum Tschönkieraum. Es bestanden Ängste, daß Leute durch den TR angezogen würden und dort anfangen würden zu drücken oder daß die Junkies noch mehr drücken, weil es so einfach ist.



Die DG war der Ansicht, daß Drücken auch Widerstand gegen gesellschaftliche Normen bedeutet. Sie wollten Solidarität und Widerstand mit Junkies entwickeln, in der Hoffnung, daß diese neue Power bekommen und ihnen "H" immer weniger wichtig wird. Nach der Aussage der DG hatte das Gros der linken den Ansatz, daß Junkies erst entziehen müßen - zur Not auch mit repressiven Methoden - um dann gemeinsame Aktivitäten machen zu können, was der bürgerlichen Moral sehr nahe kommt. Laut der DG können die meisten Linken erst was mit Junkies anfangen, wenn diese im Knast sitzen und man/frau mit den "Opfern des Systems" Knastarbeit machen kann.



Drei Wochen nach der Öffnung des TR wurde von den Junkies und der DG beschlossen, den Raum bis zur geplanten Drogenwoche zu schließen, da eine Razzia erwartet wurde. Sie wollten die Diskussion in der Zeit bis zur Veranstaltungswoche selbst bestimmen können.
In der 3-wöchigen Öffnung des TR gab es keine Drogentoten, was von der DG als Erfolg gewertet wurde. Dazu beigetragen hat wohl, daß oft ÄrztInnen anwesend waren. Aus den Flugblättern wurde nicht klar, ob die ÄrztInnen auch bezahlt wurden, auf jeden Fall hat das AJZ als Gesamtprojekt eine Million Franken zur Verfügung gestellt bekommen.

Gegen Ende des AJZ wae die Atmosphäre dort so von Leuten geprägt, die nur rumhingen, (legale oder illegale) Drogen konsumierten und sich nicht engagierten, daß die AktivistInnen sich zurückzogen und woanders ihre Aktivitäten aufnahmen.

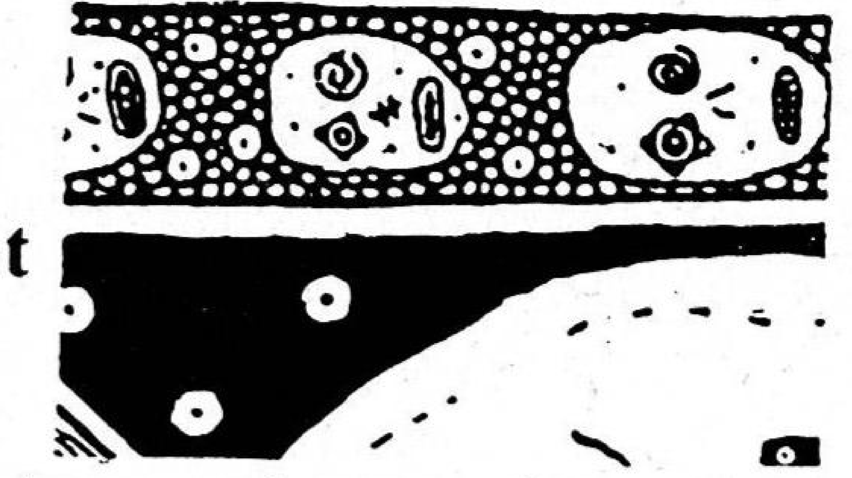
Im März '82 wurde das AJZ geschlossen und abgerissen. Schon vorher war es für Junkies nicht mehr zugänglich. Manche sagen, daß der Grund für die Schließung das Drogenproblem war das überhand genommen hat. Andere sind der Meinung, daß der Grund die finanzielle Austrocknung war, da es seit Weihnachten '81 kein Geld mehr gab.

Die Probleme im AJZ wurden dadurch verstärkt, daß die Polizei die Fixerszene Zürichs am Hirschenplatz geräumt hat und somit die Junkies quasi ins AJZ getrieben wurden. Somit kamen auch die kaputtesten Junkies ins AJZ, die eigentlich keinen Bezug dazu hatten, während für die Junkies, die vorher schon da waren, das AJZ ein Symbol war. Mit den Junkies von außerhalb nahmen die Linkereien stark zu. Die Stadt wurde durch die Vertreibung der Junkies optisch "sauber", gleichzeitig wurde ein Grund für Razzien im AJZ geschaffen. Die Hoffnung der Herrschenden war, daß das AJZ am Drogenproblem erstickt. Gleichzeitig wurde Heroin sehr billig, die Vermutung lag nahe, daß Heroin in die Szene gepumpt werden sollte, um sie zu zerschlagen.

Ich weiß, daß zu diesem Text noch viele Fragen offen sind, die ich leider - mangels Material - nicht beantworten kann. Falls jemand Unterlagen zum AJZ hat, bzw. weiß, wo es welche zu beziehen gibt, könnte mir die Infos bitte zuschicken an: MAFALGA, c/o Verein für Gefangene, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.

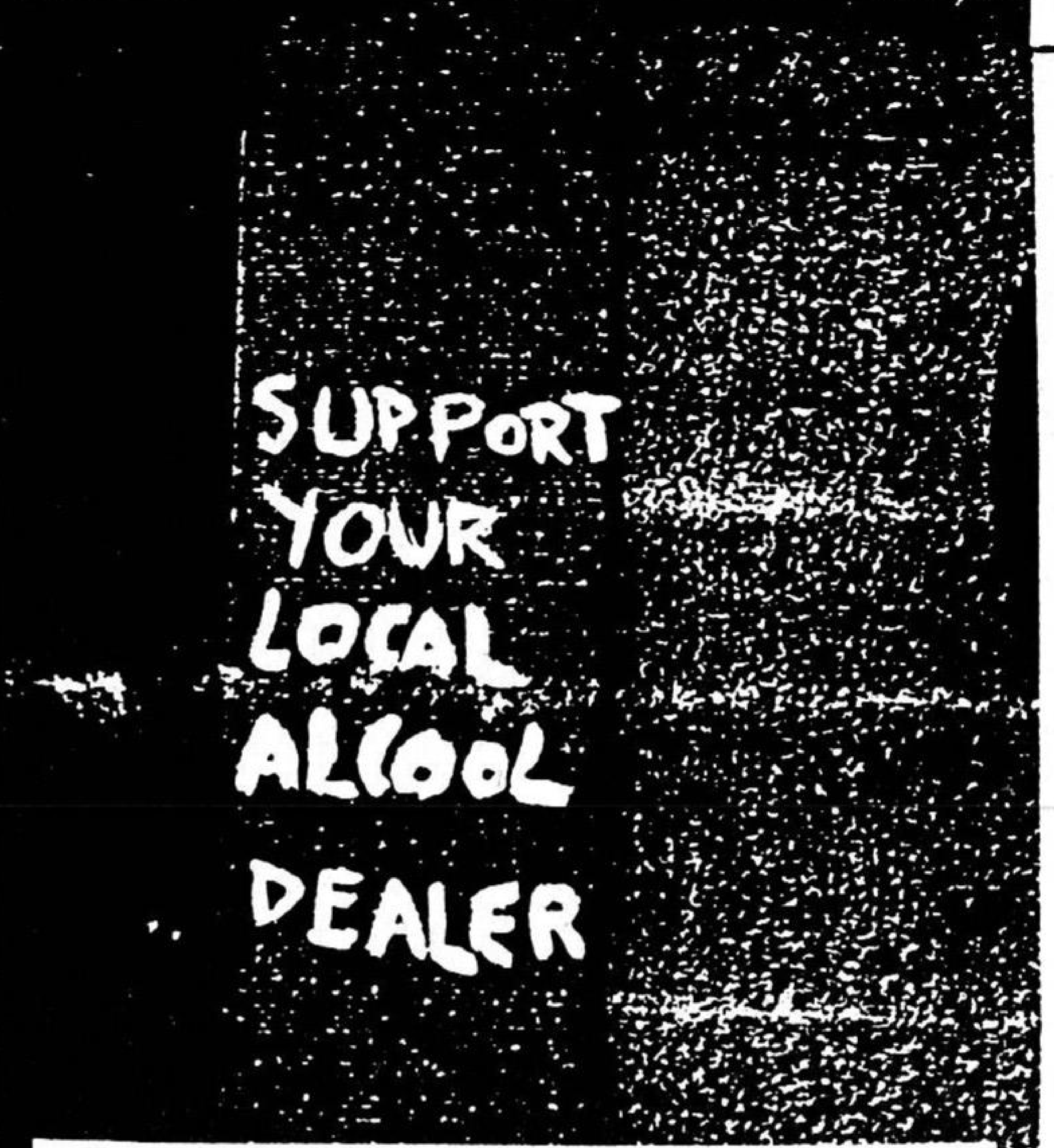


Diskussionen um Heroin in der Berliner autonomen Szene oder: das Ausgrenzungsgespenst geht um



Diese Informationen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da ich sie nur aus verschiedenen gesammelten Flugblättern habe.

Als 1981/82 die Heroinpreise in Kreuzberg beträchtlich fielen und immer mehr Junkies



in Kreuzberg auftauchten, vermutete die Linke, daß die Häuserbewegung durch das Einschleusen von "H" zerschlagen werden sollte. Für die Gruppe "Kiez gegen Heroin", die sich daraufhin bildete, waren wichtige Fragen: Wie kommt jemand auf die Idee, daß wir auf Junk abfahren? Warum wird auch in der Szene soviel Alkohol und Shit konsumiert? Gründe dafür fanden sie in dem Umgang der Szene untereinander. Sie kritisierten, daß nicht offen miteinander geredet wird, daß der Umgang untereinander zu ungenau wäre und sich kritisieren als zu moralisch gilt. Sie verglichen die Verhaltensweise der Szene mit den "Normalis", nämlich daß niemand etwas gegen Saufen oder anderes Abstürzen sagt, solange der o. die Berteffende weiter funktioniert. Für diese Sichtweise bekam die Gruppe den Vorwurf, daß dies ein Rückzug auf neue Innerlichkeit und Psychokisten bedeuten würde.

Innerhalb der Bewegung gab es verschiedene Positionen zum Umgang mit Junkies. Die einen meinten, daß FixerInnen in der Szene aufgefangen werden müßten, andere verlangten, daß Junkies aus den Häusern fliegen sollten.

In linken Lokalen wurden Junkies ausgegrenzt. Damals gab es Buttersäureanschläge gegen türkische Reisebüros, die des Heroinhandels verdächtigt wurden.

1987/88 entzündete sich die Diskussion um Heroin ebenfalls daran, daß sich die Junkieszene nach Kreuzberg verlagerte, es dort guten und billigen Stoff gab und vermutet wurde, daß Heroin in die Szene gepumpt werden sollte. Die Auseinandersetzung lief ähnlich wie 81/82. Der Umgang untereinander und der eigene Drogenkonsum wurden in Frage gestellt, was wiederum den Vorwurf der Psychologisierung einbrachte. Auch in dieser Zeit duldeten viele Kneipenkollektive keine FixerInnen mehr. Es wurden Läden genannt, hinter denen Geldwaschanlagen vermutet wurden. Auch wurden bestimmte Geschäftsinhaber in Kreuzberg als Kokaindealer verdächtigt, deren Namen veröffentlicht wurden.

Im Herbst 1992 ging wieder das





Ausgrenzungsgespenst in mehreren Westberliner linken Lokalen um. Maßnahmen, wie durchbohrte Löffelchen, Schwarzlicht auf dem Klo (damit Junkies ihre Adern nicht finden) oder abgeschlosseneToiletten und Duschen in einem Frauenstadtteilzentrum häuften sich. Erklärungen, wie es zu diesen Schritten kam, gab es entweder gar nicht oder wurden auf Anfragen hin nachgereicht. Ein Kollektiv, welches Schwarzlicht in den Klos anbrachte, wurde stark kritisiert. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, die in der Interim (Berliner Szenezeitung) veröffentlicht wurden. Leider entwickelte sich keine breite Diskussion zum Umgang mit Junkies in der Szene daraus. Auch diese Frauen/Lesbenveranstaltungen zu Drogen und linker Drogenpolitik im Frühjahr '93 konnten eine breite Diskussion nicht in Gang bringen.



THESEN

UMGANG MIT JUNKIES IN DER SZENE UND UNTEREINANDEN

In der Veranstaltung diskutierten wir einige Thesen zum Umgang der linken, autonomen Szene mit Junkies aussieht. Sicher treffen diese Thesen nicht für jerdermann/jedefrau zu, doch bestehen Strukturen und ungeschriebene Gesetzte, die Junkies ausgrenzen.

1. Die Szene übernimmt gängige Moralvorstellungen: Heroin ist eine "böse" Droge und gefährlich und macht krank. Die Gefährlichkeit von Alkohol (20000 Alkoholtote und 2000 Herointote pro Jahr) und der eigene Konsum davon wird dagegen kaum hinterfragt.

2. Von Heroinabhängigen wird erwartet, daß sie clean sein müssen um kämpfen und sich auseinandersetzen zu können, während eigene Abhängigkeiten (Marihuana, Alkohol, ...) nicht in Frage gestellt werden. Für eine (oder mehrere) durchgesoffene Nächte haben alle Verständnis.

3. Die meisten in der autonomen Szene haben genauso Berührungsängste und die gleichen Vorurteile gegenüber Junkies wie die bürgerliche Gesellschaft auch. Das ist kein Wunder; weil wir auch von der Meinungsmache der Medien abhängig sind und eine größere Diskussion und Auseinandersetzung über "H" und Junkies innerhalb der Szene nicht stattfindet. Viele können erst was mit Junkies anfangen, wenn diese im Knast sitzen und frau/man über Knastarbeit in Kontakt mit den "Opfern des Systems" tritt.

4. Wir tun so, als ob uns Junkies und die Politik, die mit ihnen gemacht wird, nichts angeht. Beispiel dafür ist, daß die Trennscheibe bei Besuchen im Knast bei politischen Gefangenen bekämpft, aber bei BTM-Gefangenen nicht thematisiert wird.

5. Die linke Drogenpolitik, die z.Zt. gemacht wird, beschränkt sich hauptsächlich auf Schwarzlicht in Klos u.ä. und grenzt Junkies aus unseren Zusammenhängen aus. Diese Ausgrenzung bedeutet Spaltung! Wir ermöglichen Junkies nicht, sich bei uns aufgenommen zu fühlen, sich Raum zu nehmen.

Zielrichtung für die Diskussion über diese Thesen sollte die Frage sein: Wie können wir mit Junkies in unseren Kneipen und Zusammenhängen umgehen? Linke Kneipen sehen für sich einen Handlungsbedarf, wenn sie Blutspritzer oder benutzte Spritzen auf ihren Klos finden. Für ihre veständlichen Reaktionen darauf wurden sie zum Teil heftig angegriffen. Die berechtigte Kritik der Kollektive ist, daß sie mit dem Problem allein dastehen und keine breite Diskussion darüber in der Szene stattfindet.



Denn "Auseinandersetzung mit "H" heißt auch konsequenterweise Selbstkritik, Hinterfragen unserer Beziehungen untereinander, unserer Umgangsformen und unseres sonstigen Drogenkonsums, vor allem Haschisch und Alkohol." (Flugblatt Gruppe Kiez gegen Heroin, 1982)

Warum fahren manche von uns auf Junk ab? Gehen wir kritisch und solidarisch miteinander um, so wie es unser Anspruch ist? Wie tolerant sind wir mit Andersdenkenden? Ist unser Normenkorsett nicht mindestens genauso eng, wie das der bürgerlichen Gesellschaft? Wie schnell fällt eine/r raus, wenn sie/er eine Weile durchhängt und politisch nicht aktiv ist; wenn sie/er nicht mehr funktioniert?

Wie ist unser eigener Umgang mit legalen und illegalen Drogen? Viele machen sich mit irgendwas dicht, wenn es ihnen nicht gut geht oder können sich nicht anders als mit Alkohol oser Shit entspannen.

Es geht uns nicht darum, daß alle von allen Drogen clean sein müßen, aber daß wir das Feindbild Heroin und Junkies hinterfragen. Daß wir vielleicht ganz ähnliche Mechanismen haben wie Fixer und Fixerinnen, nur daß die meisten das Glück haben, von legalen Drogen abhangig zu sein und nicht in der Illegalität leben zu müssen.

EINE DROGENDISKUSSION
oder: keine von uns will Junkies ausgrenzen



Die Diskussion verlief sehr chaotisch. Ein 'roter Faden' laßt sich schwer finden; außerdem blieb die Diskussion recht abstrakt.

Wir haben trotzdem versucht, wesentliche Punkte herauszuarbeiten.

Wir sind davon ausgegangen, daß die anwesenden Frauen Raster/Vorurteile zu/gegen Junkies und 'H-Abhängigkeit' im Kopf haben. Wir wollten die Diskussion weg von dem 'Problem Junkies' hin zu der Frage 'Umgang untereinander' leiten. Die Thesen, die wir im vorangegangenenTeil aufgestellt haben, sollten dafür zentral sein.

Vielen Frauen war das zu platt, sie wollten anders reden. Beispiele: -"Wir gehen doch hier in der Runde sowieso davon aus, daß staatliche Drogenpolitik Scheiße ist. Keine von uns will Junkies ausgrenzen." - "Es stimmt nicht, daß wir uns noch nie 'nen Kopf um unsere eigenen Süchte gemacht haben." - "Ich habe nicht nur gegenüber Junkies 'nen clean-Anspruch, sondern generell gegenüber Frauen, wenn ich mit ihnen rede oder Aktionen mache." - "Ich habe keine Lust mit zugeknallten Frauen Umgang zu haben, egal ob mit Alk, H, oder Haschisch." - "Wenn ich sage, H ist scheiße, hat das nicht nur was mit Moral zu tun, sondern mit 'ner berechtigten Vorsicht."

Also: Gerade FrauenLesben haben sich mit Sucht auseinandergesetzt. Teilweise ist die Tendenz dabei, ganz auf Suchtmittel (Alk, Nikotin, Joints, usw.) zu verzichten.

Eine machte die Feststellung, daß es in der Frauenlesbenszene einen sehr moralischen Umgang mit Drogengebrauch gibt. "Es ist doch auffällig, daß sich kaum eine je positiv zu Drogengebrauch äußert. Ich muß sagen, mir ist ein Stück Lebensgefühl verloren gegangen, seit ich aufgehört habe, Drogen zu gebrauchen."

In der Diskussion wurde festgestellt, daß es nix bringt, zu dem Ansatz zu kommen: 'Alles ist Sucht', oder daß jede irgendwie süchtig ist', daß Glotzen dasselbe ist wie sich nen Schuß setzen.

Im Rahmen dieser Diskussion wurde auch der Vorschlag gemacht, den massenhaften Therapiekonsum in der FrauenLesbenszene mal unter dem Aspekt von Aufstandsbekämpfungsstrategie zu betrachten, da Therapie häufig mit einer Entpolitisierung einhergehe. Das Argument der Aufstandsbekämpfungsstrategie würde jedoch immer nur gegen Junkies benutzt werden, und Junkies würden damit sofort als Szeneabtrünnige behandelt werden. Dagegen wurde eingewandt, daß mit einer solchen Argumentation dann alles, was nicht zum Widerstand gehört, automatisch Aufstandsbekämpfungsmittel sein müßte und daß Therapie nicht 'von außen' in die Szene eingeschleust werden würde.

Alles in allem bleibt jedoch die Frage: ***Wie reden,*** wenn wir einerseits die - aus unserer Sicht - gemachte Trennung zwischen 'H' und anderen Drogen infrage stellen, andererseits aber auch nicht Gefahr laufen wollen, uns in Relativierungen zu verlieren.

Außerdem wurde aus vielen Äußerungen deutlich, daß 'H' trotz allem für viele *die* 'böse Droge' ist. Die Aus-



sage einer Frau ("Bei Heroin fällt sofort das Raster 'Sucht'. Bei anderen Drogen wird erstmal geschaut, ob eine abhängig ist.") wurde teilweise indirekt bestätigt: "Heroin macht doch sehr schnell süchtig". "Heroin war im ersten Weltkrieg ein wirksames Schmerzmittel, also muß es doch ein ziemlich krasses Zeug sein."

Ähnliches wurde auch bei der Diskussion um die Legalisierungsforderung deutlich. Anfänglich stand im Raum, "daß es hier wohl keine gibt, die gegen eine Legalisierung von kriminalisierten Drogen ist." Dann wurde jedoch deutlich, daß es da unterschiedliche Vorstellungen zu gibt und daß z.B. neben der Freigabe von Heroin auch die Vorstellung von einer kontrollierten Abgabe für bereits Süchtige da ist: "Heroin ist ein Stoff, der sehr schnell abhängig macht. Deswegen sollte er nur an schon Süchtige vergeben werde. Es reichen schon die ganzen Alk-Abhängigen."

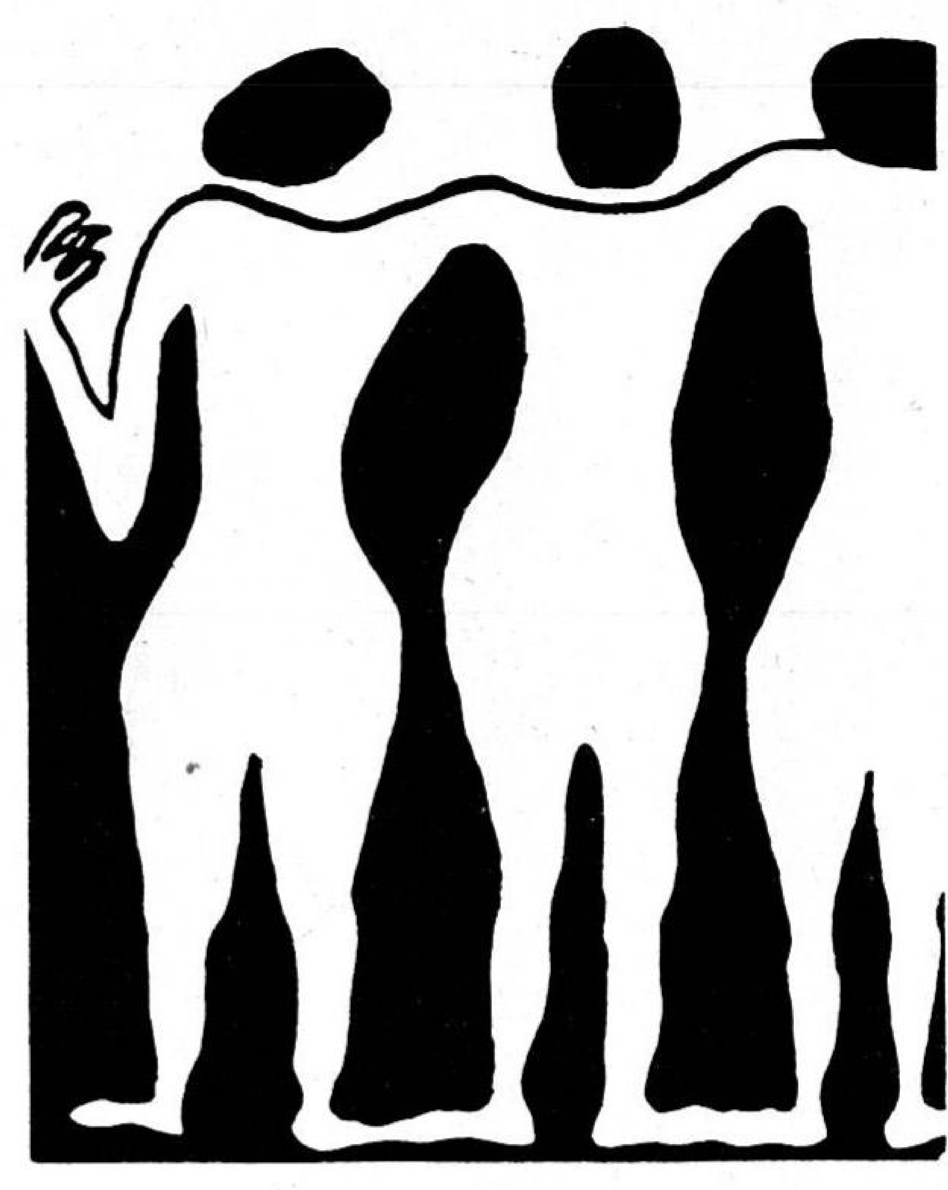
Viele fanden jedoch eine Legalisierung wichtig und richtig. Es war klar, daß sich darüber genauere Gedanken gemacht werden müßten.

Die Legalisierungsforderung ausgenommen, sprachen wir kaum über konkrete Forderungen, die die Lebenssituation von Junks verbessern könnten.
Am nächsten war uns die Schoko, ein Berliner Frauenstadtteilzentrum. Wir haben erfahren, daß in der Schoko der Duschraum nicht mehr frei zugänglich ist, und es geht das Gerücht um, dies sei wegen "den Junks und den Verrückten." Solche Begründungen werden meist ohne Skepsis geschluckt. Das einzige was daran stimmt ist, daß *eine* Frau den Duschraum überaus ausgiebig bewässert hat, die anwesenden Frauen es jedoch anscheinend nicht peilen, ihr einfach zu sagen, daß sie damit aufhören soll. Hintergrund dieses Konflikts ist jedoch, daß die Schoko-Duschen von vielen Frauen als Duschmöglichkeit genutzt werden, was einigen der Schokofrauen schon länger ein Dorn im Auge ist. Diese (tatsächliche) Begründung hätte jedoch einen Entrüstungssturm hervorgerufen, hingegen akzeptierten die meisten Frauen das mit "Problemen mit Junkies und Verrückten" begründete Verbot unhinterfragt.
Da viele der anwesenden Frauen Schokobenutzerinnen sind, wurde daran überlegt, eine Diskussion in der Schoko einzufordern und die Öffnung der Räume wieder zu erreichen.

Soweit zur Diskussion. Wir denken, daß es überhaupt ein Anfang war, auch wenn erstmal nichts geklärt werden konnte

Ein paar Gedanken zur Legalisierung von Heroin

Durch die vorhergehenden Texte wird deutlich, daß nicht das Heroin selbst, sondern dessen Kriminalisierung die Verelendung von Junkies bewirkt.
FixerInnen müssen erhöhte Schwarzmarktpreise für mit Mehl, Gips, zerstampften Tabletten, usw. gestrecktes Heroin zahlen. Dagegen würde reines Heroin pro Gramm ca. 3 DM kosten.
Junhkies betäuben sich häufig mit Tabletten Psychopharmaka, wenn sie kein "H" zur Verfügung haben. Die Tabletten, ebenso wie die Streckungsmittel, beeinträchtigen den menschlichen Organismus weit mehr, als reines Heroin. Die Gesundheitsschädlichkeit von reinem Heroin konnte bisher nicht bewiesen werden.
Bei einer Legalisierung würde die Beschaffungskriminalistät wegfallen. Ein weiterer Vorteil wäre, daß der illegale Drogenhandel nicht mehr als Vorwand benutzt werden könnte, um den Polizeiapparat auszubauen.



Wenn frau/man weiter über Legalisierung nachdenkt, wird es schwierig. Denn wie soll Heroin auf den Markt kommen? Wenn es Heroin auf Rezept geben würde, müßten Junkies sich als "krank" melden und erfassen lasssen, und wären von ÄrztInnen und Krankenkassen abhängig. Heroin im Supermarkt hätte vermutlich ähnliche Konsequenzen wie die Vermarktung von Alkohol: Es wird billiger, die Qualität wird besser, der Staat verdient am Verkauf in Form der auf die Droge erhobenen Steuer, die Unternehmen versuchen massiv den Absatz zu steigern (wie z.B. mit der überall präsenten Alkoholwerbung). Bei einer Legalisierung von Heroin im kapitalistischen System würde die Pharmaindustrie die Profite machen , was wir auch nicht gerade begrüßenswert finden.
Einige von uns haben die Befürchtung, daß eine Legalisierung erstmal viele NeueinsteigerInnen bedeuten könnte: andere dagegen haben die Einschätzung, daß nicht mehr Leute Drogen benutzen würden, sondern daß durch die größere Auswahl an legalen Drogen DrogengebraucherInnen nach einem Qualitätsvergleich "ihre" Droge wechseln würden.

Trotz aller Widersprüche fordern wir die Legalisierung als Zwischenschritt, damit sich die Lebensbedingungen von Junkies verbessern.





Liebe ist wie die Kirsche auf dem Schlagrahm

Beim Geschlechterkampf zwischen Spitzmaulnashörnern kann schon mal ein Auge draufgehen. Kifaru II. (Foto) musste das Feld räumen, als Sabi ihn während der Trächtigkeit nicht mehr ertrug.

Jeden Abend Lichterlöschen um zehn? One-night-Stands am Laufmeter? Rückgriffe auf ExfreundInnen? – Was machen Singles, wenn sie die Lust überkommt und «es einfach sehnt»? Gespräche mit fünf Singles aus dem Raum Zürich bringen die kleinen Unterschiede zutage.

Von Brigitte Blöchlinger (Text) und Li Şanli (Fotos)

Georg, 35 und nach einer achtjährigen Beziehung seit bald drei Jahren Single, kennt ein paar Frauen, die er anrufen kann, wenn er die Nacht nicht alleine verbringen möchte – manchmal funktioniert's, gelegentlich nicht. An One-night-Stands hat er kein besonderes Interesse; eine Haltung, die die andern vier befragten Singles grosso modo teilen. Lieber meldet sich Georg bei alten Bekannten oder früheren Freundinnen. «Guter Sex ist vor allem mit Frauen möglich, die man bereits kennt», erzählt er, «man verwechselt Sex nicht mit Liebe; es ist fast schwieriger, *mit* Liebe guten Sex zu haben als ohne. Ich behaupte, als Single hast du mehr guten Sex als in einer Beziehung. Ich zum Beispiel hatte während der letzten drei Jahre meiner letzten Beziehung keinen. So attraktiv deine Frau auch ist, das Interesse an Sex kann in einer Beziehung absterben. Nach einer Trennung – die ja nie einfach so rund vor sich geht: ein, zwei Zusatzrunden drehen die meisten, bevor sie sich definitiv trennen – ist eine Single-Phase wichtig. Man muss sich mit sich selbst, mit seinem Zustand und mit der Gesellschaft auseinandersetzen, was nicht immer angenehm ist, weil es an viele unangenehme Gefühle rührt. Ich wurde durchs Single-Sein ein extrem offener Mensch. Ich habe echte Freunde, die mich als Einzelperson wahrnehmen, als das, was ich bin, und nicht als Teil einer 'Kiste'. Gute Freundschaften werden sehr wichtig.»

Auch Sven, 30 und nach einer langjährigen Beziehung seit sechs Jahren ohne feste Beziehung, verfügt phasenweise über einen Fundus an Frauen, die er bereits kennt und mit denen Sex ab und zu drinliegt. Bis letztes Jahr hatte er ausserdem eine feste Liebhaberin, die ihrerseits mit dem Freund zusammenlebte. «Sex ergibt sich in den meisten Fällen mit Frauen, die ich bereits etwas kenne, oder aber mit ehemaligen Freundinnen. Da ist es viel einfacher – natürlich auch weniger prickelnd, sondern gefasster, aber auch gut. Ich kenne zur Zeit etwa drei Frauen, denen könnte ich telefonieren, aber alle sexuellen Begegnungen wären mit Ansprüchen verknüpft, drum lasse ich es momentan lieber bleiben. Sex und Zärtlichkeit werden erst mit der Zeit gut, es braucht Vertrauen und meistens etwas 'Gebrauchsanleitung', was jeder gern hat, ob man lieber gebissen oder sanft berührt werden möchte.»

Auch Nora, 34, verfügt über Telefonnummern, dank denen sie herausfinden kann, ob eine Nacht zu zweit drinliegt. «Die sexuellen Beziehungen zu Frauen und zu Männern waren früher stets gleichwertig, das Geschlecht spielte gar keine so grosse Rolle. Als Single finde ich Beziehungen zu Frauen befriedigender. Männer sind generell anstrengend; und wenn man mit ihnen ins Bett geht, glauben sie immer, man sei verliebt, und beginnen, Ansprüche zu stellen. Bei Frauen ist es klarer, sie haben nicht dieses Bild im Kopf, dass jede sie lieben muss, und entsprechend weniger sind sie beleidigt, wenn frau sagt, sie sei nicht verliebt. Mit Frauen hatte ich nie so ein 'Getäube' wie mit Männern. Ich habe eine Exfreundin, der ich telefonieren kann, dann unternehmen wir am Abend meist noch etwas, bevor wir zusammen ins Bett gehen; während es bei einem der Exfreunde eigentlich klar ist, dass es ausschliesslich um Sex geht. Ansonsten habe ich heute mit Frauen eher One-night-Stands.»

Gegen «Abenteuer» hat keineR der Befragten grundsätzlich etwas einzuwenden. Vielmehr sind es die bereits gemachten persönlichen Erfahrungen, die die Sache nicht gerade einfacher machen; die Ansprüche wachsen mit den Jahren. Man weiss mit der Zeit vor allem, was man nicht will. Sexuelle Arrangements mit bekannten PartnerInnen erlauben die angenehme Mischung zwischen Vertrautheit und weitgehender Unabhängigkeit. Man kann den «Knatsch» einer festen Beziehung von sich fernhalten und muss sich doch nicht jedesmal ganz neu einstellen – ganz abgesehen davon, dass es so einfach auch wieder nicht ist, jemanden kennenzulernen.

«Nur wenige Männer haben ein gutes Verhältnis zur Sexualität»

Das Urteil von Frauenseite über das Männerangebot fällt recht zurückhaltend aus. Alice, die vierzig ist und seit vier Jahren ohne festen Partner lebt, stellt fest: «Ich kenne wenige Männer, die ein gutes Verhältnis zur Sexualität haben. Es gibt schlichtweg nur wenige interessante, attraktive Männer, mit denen Umgang zu haben anregend wäre. Und um Monotonie und Mittelmässigkeit zu erleben, dafür bin ich zu neugierig aufs Leben. Es gibt aber durchaus Phasen, während denen Sexualität als Single befriedigender sein kann als in einer Paarbeziehung – weil es weniger problembeladen ist, weil weniger Ansprüche damit verknüpft sind. Man wird präsenter, auch genussfähiger, die Phantasien sind freier. Das Ganze ist natürlich gleichzeitig auch gefährdeter. Nach der Trennung von meinem langjährigen Freund wurde es für mich sehr wichtig, verbindliche Beziehungen zu haben, Beziehungen, die getragen werden durch gemeinsame Arbeit und Interessen. Solche Freundschaften sind so bedeutend wie sexuelle Beziehungen. Es braucht ein Netz von sozialen Orten und von Personen, auf die man sich verlassen kann.»

Patrizia ist 29. Ihre letzte dreijährige Freundschaft ging vor zwei Jahren in die Brüche. Die Enttäuschung darüber, dass trotz grosser Liebe ihrerseits die Beziehung nicht funktionierte, sitzt noch immer recht tief. Patrizia streut als einzige im Gespräch immer wieder ein, dass sie sich eine Beziehung wünscht. «Ich sehne mich nach einer Beziehung, finde aber im Moment keine. Ich suche nicht direkt, bin aber überhaupt nicht abgeneigt. Das Gefühl, verliebt zu sein, ist gewaltig, das hätte ich gerne und würde auch sofort darauf einsteigen.» Patrizia wartet jedoch nicht einfach nur darauf, dass sie sich verliebt, sondern sie ist auch sexuell aktiv und fordernd – was die Männer nicht selten zurückschrecken lässt. «Für mich ist guter Sex total wichtig. Wenn du mal weisst, dass es guten Sex gibt, dann möchtest du immer wieder – auch zwei-, dreimal pro Tag. Eine solche Haltung macht den Männern angst. Sie haben Angst, dass ich sie reinnehmen will. Wenn du als Frau klar durchgibst, du willst *viel* Sex, gibt man dir zu verstehen, du seist ein Monster.»

Nora hat es insofern einfacher, als sie nie rein heterosexuell ausgerichtet war und deshalb ohne weiteres auf Sex mit Männern verzichten kann. «Mit Männern keinen Sex zu haben ist kein Verlust», konstatiert sie.

Männer wirken unattraktiv, mittelmässig, uninspirierend, verklemmt und nörgelig – keine schmeichelhafte Bilanz. Die weibliche Sexualität kommt bei den Männern eindeutig besser weg, auf jeden Fall hat keiner der Männer von sich aus grössere Beanstandungen formuliert. Beide befragten Männer bemerkten jedoch, dass viele Frauen Sex und Liebe nicht trennen können oder aus moralischen Gründen nicht trennen wollen – statt dass sie Sex ohne emotionale Konsequenzen, ohne Wunsch nach mehr Nähe und die damit verbundenen leidigen Besitzansprüche geniessen würden. Dabei könnte es doch ganz einfach sein: Das Leben an und für sich muss angenehm und bekömmlich wie Schlagrahm sein (um eine Formulierung von Sven zu gebrauchen), dann ist die Liebe wie eine Kirsche obendrauf; sie rundet das ohnehin schon Feine ab.

Alleinerziehende Liebhaberinnen

Georg kennt ein paar alleinerziehende Mütter, mit denen er sexuelle Beziehungen pflegt. Nicht auszudenken, zu welch vielfältigen Mischungen von Verbindlichkeit und Freiheit solche Kontakte führen können: wenn der Kindsvater als Besucher und gegentlicher Liebhaber auftaucht, der Liebhaber wiederum als Vertrauensperson, neuer Onkel für das Kind und sexueller Partner ohne Verpflichtungen fungiert - usw.

Emotionale Nähe, sich verbunden fühlen, Verantwortung übernehmen und gleichzeitig seine Freiheit bewahren – den Gefühlskombinationen und -variationen sind keine Grenzen gesetzt, und vor allem werden sie unabhängig von Verwandtschaftsbanden gelebt.

Vielleicht zeigt sich bei den alleinerziehenden Müttern aber einfach nur besonders deutlich, was das Single-Dasein allgemein ohnehin bewirkt: dass es nämlich die traditionellen Beziehungen aufweicht und vielfältige neue Beziehungsmöglichkeiten ins Spiel bringt – von deren Komplexität nicht wenige überfordert sein dürften.

So wird es ja auch vorkommen, dass sich die diversen «Beziehungen» kreuzen – wie steht man/frau denn im gegebenen Fall zu sich ergebenden Dreiecksbeziehungen? «Dreiecksbeziehung? Das hatte ich mal, muss ich nicht mehr haben. Das ist eine permanente Überforderung, das interessiert mich nicht mehr», findet Patrizia. Und auch Georg meint: «Das hab' ich einmal gemacht, weil ich einfach mit ihr zusammensein wollte, aber es bringt nichts, jemand zahlt immer drauf.» Für Sven hingegen ist die Dreieckssituation ideal, ermöglicht sie ihm doch, seinen ausgeprägten Aktivitäten und Arbeiten nachzugehen, ohne Ansprüche nach mehr gemeinsam verbrachter Zeit gewärtigen zu müssen. Man sieht sich, wenn beide Zeit und Lust haben, und da Sven meist sehr wenig Zeit hat, kommt die Liebhaberin trotzdem nicht zu kurz, weil sie ja noch ihren Freund hat.

Die Liebe – der Sex

Bei all den nicht beziehungsweise irgendwie doch bestehenden Gefühlen von Verbindlichkeit drängt sich die lapidare Frage nach der Liebe wieder auf. Worin besteht denn eigentlich der Unterschied zwischen «alten FreundInnen», «festen LiebhaberInnen» einerseits und konventionellen Paarbeziehungen andererseits?

«Ich will vor allem Zärtlichkeit, Streicheln, Körperkontakt», überlegt sich Georg zu seinen festen freien Arrangements. «Es braucht dazu Zuneigung, man könnte auch sagen Sympathie, Lust, Zuwendung, physische Anziehung, viel Respekt. Aber das ist alles nicht das gleiche wie Liebe. Was Liebe ist? Wenn ein nüchterner Verstandesmensch wie ich den Kopf ausschaltet und Sachen macht, die er sonst nicht macht. Nein, im Ernst, man will teilnehmen und akzeptiert auch unangenehme Eigenschaften, weil sie halt zu der Person gehören, die man liebt, weil vieles stimmt. Das Tolle an einer Zweierbeziehung ist der 'Synergieeffekt': Man hat teil am andern, und das Positive an Erlebnissen und Gefühlen potenziert sich noch, wenn man es zusammen erlebt.»

Patrizia unterscheidet ebenfalls zwischen Sex, der nicht tiefere Verbundenheit bedeuten muss, und Liebe, die neben Annehmlichkeiten auch unliebsame Gefühle mit sich bringt: «Wenn genügend Sympathie und Zärtlichkeit da sind, finde ich es o. k., Sex zu machen. Wenn ich nur mit den Männern ins Bett gehen würde, die ich liebe, wären's extrem wenige. Der Wunsch nach einer festen Beziehung hat sich bei mir noch nie aus einer Bettgeschichte heraus entwickelt. Es kam höchstens vor, dass ich mehr von Männern wollte, mit denen ich noch keinen Sex hatte. Ich glaube an die Liebe, sie muss in der ersten Minute da sein – wie lange es dann dauert, ist ungewiss. Ich habe aber Angst, dass sich die altbekannten Gefühle einstellen: Besitzansprüche von ihm, Eifersucht meinerseits.»

Alice verbindet Sex als einzige mit einem tieferen Gefühl von innerem Engagement – ein Gefühl, das die anderen eher der Liebe zusprechen. «Sexualität entwickelt sich zusammen mit einer sonstigen Bezogenheit, Sexualität ist kein zusammenhangsloses Phänomen. Mit wem ich Zärtlichkeit und Sexualität lebe, zu dem empfinde ich auch innere Nähe. Ich brauche nicht Zärtlichkeit pur, mit dem Ausdruck 'Streicheleinheiten' kann ich nichts anfangen. Ich kann mir selber gut schauen, ich delegiere nicht an andere, dass sie mich umsorgen. Ich *brauche* in diesem Sinne nicht Zärtlichkeit. Wer Zärtlichkeit braucht, weil er sie sich im weiteren Sinn nicht selber geben kann, verbindet mit Zärtlichkeit unterschwellig noch andere Ansprüche – dem misstraue ich. Ich brauche emotionale Nähe, die sich aus dem Gefühl der Verbindlichkeit heraus entwickelt.»

> Alice, 40, seit vier Jahren Single
>
> Georg, 35, seit drei Jahren Single
>
> Nora, 34, seit vier Jahren Single
>
> Patrizia, 29, seit zwei Jahren Single
>
> Sven, 30, seit sechs Jahren Single

Das Beziehungsnetz

Die fünf befragten Singles haben in der Praxis die romantische Vorstellung, eine einzige Person müsse einen möglichst grossen Bereich im Leben abdecken, in ihr Gegenteil verkehrt. Die Bedürfnisse werden verteilt auf das ganze, meist grosse Beziehungsnetz. Mit der einen kann man Fachdiskussionen führen, mit dem andern wandern, die dritte fungiert als Seelenwärmerin, mit dem fünften liegt Sex drin. Das Beziehungsnetz besteht vorwiegend aus Gleichgesinnten: Paare neigen dazu, mit anderen Paaren intensiveren Kontakt zu pflegen, Singles mit Singles, Kinderlose mit Kinderlosen, Junge mit Jungen – eine Trennung der verschiedenen Lebensweisen, die sich wegen den unterschiedlichen Ansprüchen und Interessen fast zwangsläufig so ergibt. Vielleicht steckt dahinter neben praktischen Gründen aber auch eine gewisse Scheu, durch die jeweils andere Lebensgestaltung in Frage gestellt zu werden. Die Pärchen neiden den Singles ihre Freiheit, die Familien sehnen sich nach singleartiger freier Zeiteinteilung, Singles vermissen die Sicherheit und Geborgenheit einer festen Beziehung und verschieben einen allfälligen Kinderwunsch auf unbestimmte Zeit.

Ein zufriedenstellendes Beziehungsnetz ist auf jeden Fall eine der Grundvoraussetzungen für ein glückliches Single-Dasein. Das Optimum ist – überspitzt formuliert – dann erreicht, wenn jedeR genau weiss, was er oder sie will, dann können für die verschiedenen Bedürfnisse entsprechende Personen gesucht werden, die ein ähnliches Bedürfnis haben.

Lusttöterin Arbeit

Die Arbeit, das zeigen auch verschiedene Untersuchungen, nimmt den grössten Teil der Zeit eines Singles in Anspruch. Laut «Cash» (vom 19. 2. 1993) finden fast zwei Drittel der Singles ihren Job absolut faszinierend. Überdurchschnittlicher Arbeitseinsatz spendet aber nicht nur Sinn und gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung, er ist auch einer der besten Lusttöter. Sven ist sich dessen völlig bewusst; die Lust auf Sex hängt bei ihm direkt mit der Zeit zusammen, die er gerade zur Verfügung hat. «Je mehr Zeit ich habe, zum Beispiel während den Ferien, desto häufiger meldet sich die Lust.» Auch Nora sieht einen Zusammenhang zwischen ihrem verstärkten Einsatz am Arbeitsplatz und einem Rückgang an Sinnenfreuden: «Die meiste Energie setze ich bei der Arbeit ein. Im Moment finde ich diese Sublimation gut, aber langfristig ist das kein besonders gesunder Umgang mit sich selbst. Es hat sich so ergeben, es ist bequem so, zum Teil habe ich meinen jetzigen Zustand aktiv herbeigeführt. Wenn der grösste Teil der Energie in den Job fliesst, erledigen sich andere Bedürfnisse von alleine.»

Was jedeR Single ganz persönlich bei sich beobachtet, dass nämlich die Arbeit und die freie Verfügung über die eigene Zeit zu einem wichtigen Be-



standteil des Alltags wird, entspricht gleichzeitig genau den Anforderungen, die die heutige Arbeitswelt an das Individuum stellt. «Je unabhängiger jemand auftritt, um so besser erfüllt er oder sie die Erfordernisse der modernen Industriegesellschaft», hält beispielsweise der deutsche Familienforscher Hans Betram fest. Das impliziert ein maximal arbeits- und minimal freizeitorientiertes Leben mit hoher Ortsflexibilität – insofern sind Singles die LieblingsarbeitnehmerInnen der Wirtschaft. Sie müssen keine Rücksicht nehmen auf die Familie, sind arbeitsortsmässig flexibler und setzen sich länger und stärker für ihre Arbeit ein.

«Das Alleinsein und auch längere Phasen ohne Sex gehören», findet Alice, «zu einem bestimmten Teil dazu, wenn man kreativ sein will. Allein zu sein, ohne sexuelle Beziehung, hat auch seine Qualität. Das macht mir nicht so angst. Wenn man kreativ sein will, eine gute Arbeit machen will, muss man allein sein können, anders ist es nicht möglich.»

Sexuelle Bedürfnisse melden sich je nach der persönlichen Einstellung dazu stärker oder schwächer. Man kann Sex einen grossen Wert beimessen oder eben nicht. «Früher war es für mich ein Grundbedürfnis», resümiert Nora, «heute muss es nicht so oft sein und brauche ich auch nicht unbedingt eine andere Person dazu. Ein paar Wochen ohne sind gar kein Problem. Natürlich finde ich Sex nach wie vor etwas Wichtiges und Schönes, aber der Stellenwert nimmt ab.»

Sex früher und heute

Patrizia beobachtet gegenwärtig bei vielen Leuten eine Tendenz, sich in feste Beziehungen zu begeben und dort ihre Sexualität zu leben. In Sachen Emanzipation hat sich ihrer Erfahrung nach nicht viel getan; zum einen hätten sich nur wenige Frauen wirklich emanzipiert, und viele, besonders jüngere, suchten noch immer einen erfolgreichen Mann, zu dem sie hinaufschauen könnten; andererseits gebe es nach wie vor so gut wie keinen Mann, der eine stärkere und erfolgreichere Frau neben sich ertrage. Aber auch früher, in den achtziger Jahren, habe man eigentlich trotz der Maxime der Frauenbewegung, dass das Private politisch sei, nicht wesentlich freier über Sexualität gesprochen.

Sven erlebte die Zeit Mitte der achtziger Jahre gerade innerhalb des «Politkuchens» als äusserst verkrampft. «Der Tenor lautete: Wir sind alle deformiert und müssen erst eine eigentliche, herrschaftsfreie und gesunde Sexualität aus uns hervorbuddeln. Es war ein permanenter Krieg der Männer gegen sich selbst, indem sie sich als Verkörperung des Patriarchats darum bemühten, nichts falsch zu machen. Mann fragte sich dauernd: Wo bin ich patriarchalisch? Anmache war völlig verpönt. Geschlechtliche Annäherung spielte sich über das Theoretisieren und Problematisieren des Themas 'Beziehungen' ab. In die Diskussionen hat man als Beispiele persönliche Erfahrungen eingespeist und sich so doch noch selber etwas offenbart und Terrain ausgelotet.» Sven verbrachte mit WG-Bewohnerinnen lange Abende, während denen das Thema Beziehung durchdiskutiert wurde. «Man hätte diese Zeit lustiger verbringen können», findet er heute, «allerdings wäre das nur ausserhalb des Politkuchens möglich gewesen. Heute sind die Sexualpraktiken ideologiefreier. Alles ist in Ordnung, wenn es von zwei Individuen gewünscht wird, die in der Lage sind, herauszufinden, was für sie gut ist», definiert Sven die derzeitige Stimmung. Für ihn gilt, nach all den apodiktischen Theorien der vergangenen Jahre: «Man kann Liebe eigentlich nicht individuell genug betrachten.»

«Auch heute muss man sich direkte Anmache als 'Szenentyp' verkneifen», findet Georg. «Das Problem liegt nach wie vor darin, dass es keinen klaren Code gibt, mittels dessen ein Hetero durchgeben könnte, dass er Kontakt und Sex sucht. So passiert es halt immer wieder, dass man einen Abend lang in einer Bar herumsitzt und Whisky säuft, weil die, für die man sich interessiert, auch Whisky trinkt und man ja nicht als Langeweiler dastehen will, und am Schluss gehen die meisten frustriert nach Hause, weil sie nicht herausgefunden haben, ob der andere mehr wollte oder nicht.» Georg schlägt ein Farbpunktesystem vor, wie in Indien. Roter Punkt würde bedeuten: Rühr mich nicht an, gelber: Ich will mich einfach unterhalten und bei Grün würde Sex drinliegen.

Patrizia sieht das anders: «Die meisten wollen sich doch nach wie vor in die Augen sehen und sich so verlieben.»

Der Einfluss von Aids

Die Ansichten über die Gefährlichkeit von Aids variieren recht stark, und erstaunlich individuell werden die Meldungen zu Aids aufgenommen und verarbeitet.

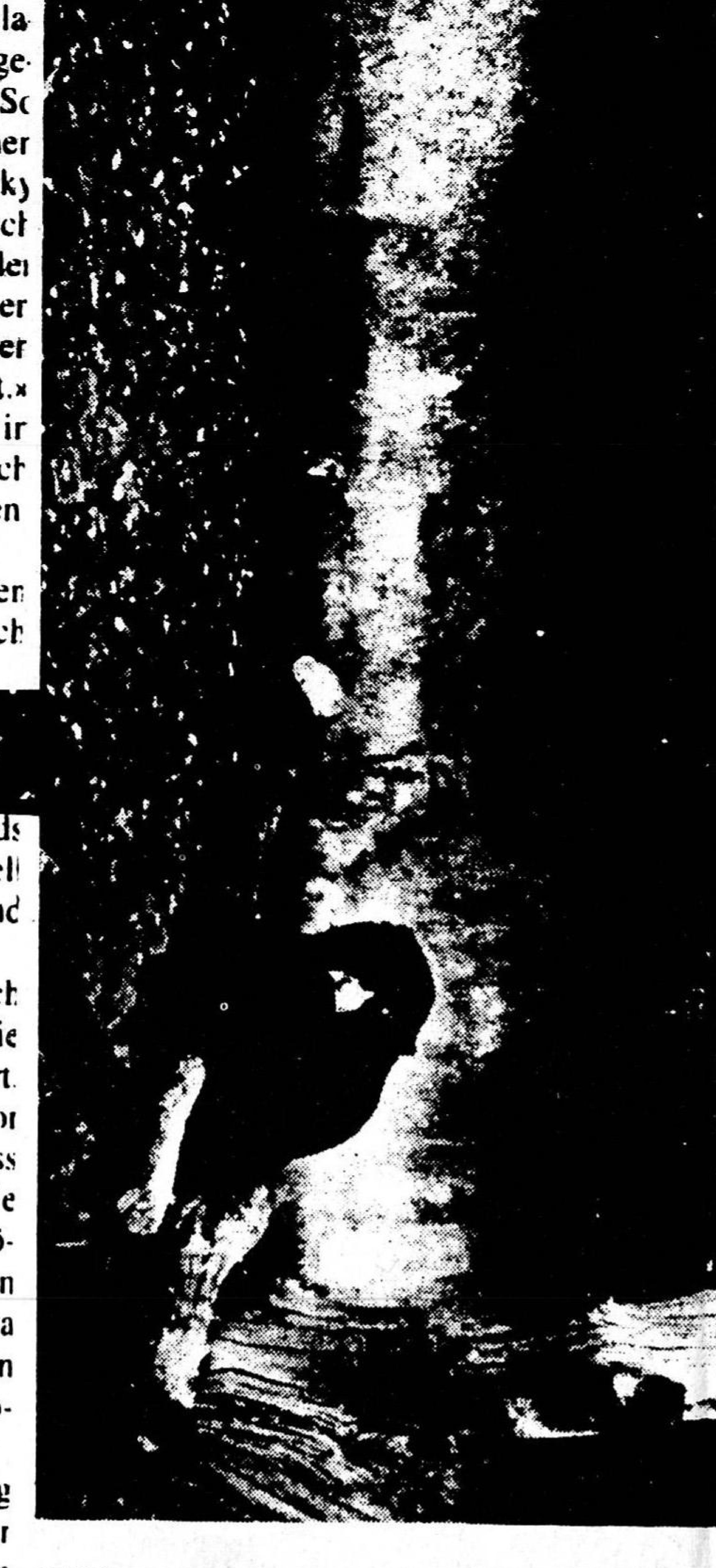
Nora besteht seit vier Jahren auf dem Gebrauch von Parisern. Safer Sex mit Frauen – davon hat sie gehört, sich jedoch nicht weiter darum gekümmert. Von seiten der Männer spürt sie keine Angst vor Aids, allerdings ist es heutzutage schon klarer, dass man Pariser benutzt. «Ausser bei Exfreunden, die haben häufig noch die Ansicht, Pariser seien unnötig, da man sich von früher her kennt – als ob man sich seither nie mehr hätte anstecken können.» Da Sex mit Männern für Nora zur Zeit ohnehin kein Thema mehr ist, hat sich das Problem für sie erübrigt.

«Aids ist eine gemachte Hysterie», erklärt Georg dezidiert. Als Velofahrer in der Stadt Zürich fühlt er sich mehr bedroht durch die dreckige Luft und den Verkehr als durch das Virus. Er geht regelmässig Blut spenden und bekommt den Aids-Test so gleich mitgeliefert. «Viele der Frauen, die ich kenne, nehmen die Pille schon lange nicht mehr, und der Pariser wird eher zur Verhütung gezückt als gegen Aids.» Georgs Vertrauen in seine verschiedenen festen Sexpartnerinnen ist genügend gross, dass manchmal auf Pariser verzichtet wird. Und das, obwohl er von sich selber sagt, dass er relativ unvorsichtig sei und die Lust auch mal zu dominant sein könne und den Verstand ausschalte.

Sven findet, die «Männergrüppli» der achtziger Jahre hätten sich zumindest in bezug auf Aids positiv ausgewirkt. «Man gewöhnte sich als Mann daran, Pariser zu benützen; damals zur Verhütung, heute auch als Schutz gegen Aids.»

Für Patrizia ist Aids nicht der alleinige Grund, weshalb sie auf dem Gebrauch von Präservativen besteht. «Ich glaube nicht, dass alles, was über Aids gesagt wird, wahr ist, dass das Virus 'zwangsläufig killt', dass jedoch das Schüren der Angst das Ausbrechen von Aids beschleunigt. Aids ist für mich nicht der Grund, warum bei Sex für mich der Gebrauch von Parisern logisch ist. Ich nehme doch nicht die Pille, um ab und zu mit einem Mann ins Bett gehen zu können. Ausserdem gibt es ja noch eine Menge anderer Krankheiten neben Aids. – Ich habe keinen Test gemacht, und ich werde auch keinen machen.»

PS: Vieles, werte LeserInnen, wurde hier nur angedeutet und Sie möchten eigentlich gerne mehr wissen? Gehen Sie doch einfach wieder einmal aus – laut neusten Schätzungen sollen in der Schweiz 300 000 Personen single sein; an den einschlägigen Bartheken, beim Tanzen oder Joggen, in Bibliotheken oder Restaurants treffen Sie sicher eine, die sich in ein Gespräch verwickeln lässt. ■






Kultur
und
Konsum
Donnerstag, 28.10., 19.00 Uhr
Infoveranstaltung zur neuen "Bleiberechtsregelung" für
ehemalige Vertragsarbeiter/innen der DDR.
im Bandito Rosso, Lottumstr. 10a
Samstag, 30.10.
Premierenparty zu: Botho Strauß, "Bekannte Gesichter,
gemischte Gefühle", 21.00 Uhr Aufführung der Theatergruppe
"Neubn oder nie"
danach Kiezdisco mit Kino
Ort: SFE, Gneisenaustr. 2a, 3.Stk
Sonntag, 30.10.: ab 12.00 Uhr
autonomer Flohmarkt, Gneisenaustr. 2a, Anmeldung im Ex
VERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN
VORTRAG UND DISKUSSION:
FORMEN DES KLASSENKAMPFES IM SPÄTKAPITALISMUS
MONTAG 1. November 19 Uhr
Musik-Cafe Ton-Ton
Boddinstr. Ecke Isarstr.
(Nähe U-Bhf. Neukölln)
Die Dosis
macht das Gift!
♀ SPECIAL: HC-KONZERT
29.10. "DO OR DIE" (NL)
22°° "TRIBE 8" (USA)
3.11. WITCH KITCH-ESSEN
ab 19°° IM EX
5.11. HARDCORE/METAL/HIP HOP
22°° PARTY
EVENTUELL
UM 23°° KAMPFSPORT-PERFORMANCE
LADIES ONLY!
Ecke Uferstr.13
Martin-Optiz-Str.
U-Bhf Nauener Platz
od. Pankstr.
CLASH
WECK MIT DEM NAZIDRECK
SOLIFETE
FÜR DIE
ANTIFA KNAST-KASSE
MIT APPARATSCHIK
20 Uhr
AM SAMSTAG, 30.10.
Eintritt: 5 Maak
Im Rahmen des anarchistischen Bildungsprogramms
Berlin Herbst 1993
28.10.93
Klassiker der Anarchie Stirner
Jochen Knoblauch
El Locco
2.11.93
Marktwirtschaft ohne Kapitalismus
Klaus Schmitt
Infoladen Bambule
3.11.93
Monetäre Katastrophen-schutzübung
Siegfried Schwenke
El Locco
4.11.93
Klassiker der Anarchie Mühsam
Lorenz Hettich
El Locco
Beginn jeweils 19.00 Uhr

…gruß? Dann sieh, daß Du M e n s c h
bleibst: Mensch sein ist vor allem die Hauptsache. Und das heißt:
fest und klar und h e i t e r sein, ja heiter trotz alledem und alledem,
denn das Heulen ist Geschäft der Schwäche. Mensch sein …



Ordnung herrscht in Berlin !

… „Ordnung herrscht in Berlin!" verkündet triumphierend die bürgerliche Presse, verkünden Ebert und Noske, verkünden die Offiziere der „siegreichen Truppen", denen der Berliner kleinbürgerliche Mob in den Straßen mit Tüchern winkt, mit Hurra! zujubelt. Der Ruhm und die Ehre der deutschen Waffen sind vor der Weltgeschichte gerettet. Die jämmerlich Geschlagenen von Flandern und den Argonnen haben ihren Ruf wiederhergestellt durch den glänzenden Sieg – über die 300 „Spartakisten" im „Vorwärts"! Die Zeiten des ersten ruhmreichen Eindringens deutscher Truppen in Belgien, die Zeiten Generals von Emmich, des Bezwingers von Lüttich, erblassen vor den Taten der Reinhardt und Gen. in den Straßen Berlins. Niedergemetzelte Parlamentäre, die über die Übergabe des „Vorwärts" verhandeln wollten und von der Regierungs-Soldateska mit Kolben bis zur Unkenntlichkeit zugerichtet wurden, so daß die Rekognoszierung ihrer Leichen unmöglich ist, Gefangene an die Wand gestellt und in einer Weise hingemordet werden, daß Schädel und Hirn herumspritzen: Wer denkt da noch angesichts so glorreicher Taten an die schmählichen Niederlagen vor den Franzosen, Engländern und Amerikanern? „Spartakus" heißt der Feind in Berlin und der Ort, wo unsere Offiziere zu siegen verstehen. Noske, der „Arbeiter", heißt der General, der Siege zu organisieren weiß, wo Ludendorff versagt hat…

„Ordnung herrscht in Warschau!" – „Ordnung herscht in Paris!" – „Ordnung herrscht in Berlin!" So laufen die Meldungen der Hüter der „Ordnung" jedes halbe Jahrhundert von einem Zentrum des weltgeschichtlichen Kampfes zum andern. Und die frohlockenden „Sieger" merken nicht, daß eine „Ordnung", die periodisch durch blutige Metzeleien aufrecht erhalten werden muß, unaufhaltsam ihrem historischen Geschick, ihrem Untergang entgegengeht … „Ordnung herrscht in Berlin!" Ihr dumpfen Schergen! Eure „Ordnung" ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon „rasselnd wieder in die Höh richten" und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden. Ich war, ich bin, ich werde sein!

Rosa Luxemburg

„Rote Fahne"
14. Januar 1919

sofortige

und bedingungslose

Freilassung von Irmgard Möller